

Hochschule Magdeburg-Stendal  
Soziale Arbeit, Gesundheit und Medien  
Fachbereich Kommunikation und Medien  
Studiengang Sozial- und Gesundheitsjournalismus



## Migration-Medienecho 1992/93

Eine Betrachtung der Leitmedien DER SPIEGEL und DIE ZEIT

Masterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.)

eingereicht von: Diana Pfeifer  
Steindamm-Privatweg 10  
39114 Magdeburg

Matrikel-Nr.: 20143296  
eingereicht am: 01.03.2019

Erstprüfer: Dr. Berthold Petzinna  
Zweitprüfer: Prof. Uwe Mann

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	Einleitung.....	S.3
<b>2.</b>	Auswahl des Untersuchungsgegenstandes.....	S.5
2.1	Die Rolle von Leitmedien.....	S.5
2.2	DIE ZEIT: Ein Profil.....	S.6
2.3	DER SPIEGEL: Ein Profil.....	S.10
2.4	Eigenschaften von Wochenzeitungen/Wochenblättern.....	S.14
<b>3.</b>	Der historische Hintergrund.....	S.15
3.1	Migrationsbewegung aus Jugoslawien 1992/93.....	S.15
3.1.1	Die Geschichte Jugoslawiens.....	S.16
<b>4.</b>	Für den Untersuchungszeitraum und -gegenstand relevante Großereignisse.....	S.28
<b>5.</b>	Bestandsaufnahme und Untersuchung relevanter Artikel bezüglich der Migrationsbewegung aus Jugoslawien nach Deutschland in DIE ZEIT.....	S.30
5.1	Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland.....	S.31
5.1.1	Zentrale Aufnahmestellen.....	S.31
5.1.2	Aufnahme und Integration – Probleme und Erfolge.....	S.33
5.2	Politik und Gesellschaft.....	S.38
5.2.1	Einwanderungs- und Asylpolitik.....	S.38
5.2.2	Rechtsruck und Rechtsradikalismus im Zuge der Ereignisse.....	S.50
5.3	Kriminalisierung der Bürgerkriegsflüchtlinge.....	S.58
5.4	Solidaritätsappelle/-bewegungen.....	S.60
5.5	Sonstige relevante Artikel.....	S.62
5.6	Balkankrieg.....	S.63
<b>6.</b>	Bestandsaufnahme und Untersuchung relevanter Artikel bezüglich der Migrationsbewegung aus Jugoslawien nach Deutschland in DER SPIEGEL.....	S.65
6.1	Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland.....	S.66
6.1.1	Zentrale Aufnahmestellen.....	S.66
6.1.2	Aufnahme und Integration – Probleme und Erfolge.....	S.67
6.2	Politik und Gesellschaft.....	S.75
6.2.1	Einwanderungs- und Asylpolitik.....	S.75
6.2.2	Rechtsruck und Rechtsradikalismus im Zuge der Ereignisse.....	S.89
6.3	Kriminalisierung der Bürgerkriegsflüchtlinge.....	S.100
6.4	Solidaritätsappelle/-bewegungen.....	S.101
6.5	Sonstige relevante Artikel.....	S.102
6.6	Balkankrieg.....	S.103
<b>7.</b>	Resumee.....	S.104
<b>8.</b>	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	S.120
8.1	ZEIT-Aufsätze.....	S. 122
8.2	SPIEGEL-Aufsätze.....	S. 127
<b>9.</b>	Selbstständigkeitserklärung.....	S.133

## 1. Einleitung

„In dieser Gesellschaft leisten Medien mit ihrer Öffentlichkeitsfunktion einen wesentlichen Beitrag zur Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit und tragen insofern in hohem Maße gesellschaftliche Verantwortung.“<sup>1</sup> Diese Arbeit untersucht, wie die Leitmedien, in diesem Falle repräsentiert von DIE ZEIT und DER SPIEGEL, jeweils mit dieser Verantwortung umgehen, inwiefern sie sich in der Praxis an ihr Leitbild halten und wie sich die Berichterstattung der beiden Magazine zu einem gemeinsamen Themenkomplex unterscheidet. Hierfür soll die Berichterstattung der beiden Magazine zu der Migrationsbewegung aus dem ehemaligen Jugoslawien in dem Zeitraum 1992/93 betrachtet werden. Seit den 90er Jahren flohen durchschnittlich 177.000 Menschen pro Jahr vor dem Balkankrieg nach Deutschland. 1992 wurde mit fast einer halben Million Bürgerkriegsflüchtlingen, die in Deutschland Schutz suchten, der Zenit dieser Fluchtbewegung erreicht.<sup>2</sup>

Zu Beginn wird die Auswahl des Untersuchungsgegenstandes begründet. Generell wird definiert, was ein Leitmedium ausmacht und die Relevanz für die Gesellschaft eruiert. Anschließend wird sich mit den beiden als Untersuchungsgegenstand ausgewählten Magazinen ZEIT und SPIEGEL befasst. Die Geschichte ihrer Gründung wird grob nachgezeichnet, das jeweilige Leitbild und das Zielpublikum vorgestellt und der Stellenwert für die aktuelle Medienlandschaft in Deutschland ergründet. Im Anschluss werden noch kurz die generellen Eigenschaften einer Wochenzeitung beleuchtet.

Im nächsten Schritt soll die Geschichte Jugoslawiens nachgezeichnet sowie die Entwicklungen rekonstruiert werden, die zum Krieg und somit zu der Migrationsbewegung führten. So bekommt der Leser einen Einblick in den historischen Hintergrund der untersuchten Thematik.

Als letzte Vorbereitung für den Praxisteil der Arbeit werden für den Untersuchungszeitraum und -gegenstand relevante Großereignisse aufgelistet und kurz vorgestellt. Auf die Ereignisse wird in der Berichterstattung beider Magazine immer wieder Bezug genommen. Zudem stellen die Großereignisse stets gewisse Scheidepunkte dar, die die thematische Verteilung der Artikel sowie die generelle Berichterstattung beeinflussen.

---

<sup>1</sup>Yildiz, Erol: *Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft*, in: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.): *Massenmedien, Migration und Integration*. VS Verlag: Wiesbaden, 2006, S.37.  
<sup>2</sup>Ziegler, Philip. *Was wurde aus den Flüchtlingen der Neunziger?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2016-09/integration-fluechtlinge-arbeitsmarkt-deutschland-diw-studie> [zuletzt geprüft am 14.10.2018]

Im praktischen Teil der Arbeit werden alle für das Untersuchungsthema relevanten Artikel aus der ZEIT und dem SPIEGEL gesammelt, zunächst zahlenmäßig erfasst und in drei große Themengruppen unterteilt:

**1. Die Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland:**

Die unter diesem Punkt gefassten Artikel berichten explizit von der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Zum Einen von der Unterbringung in den Zentralen Aufnahmestellen, zum Anderen von Problemen und Erfolgen bezüglich der generellen Aufnahme und Integration. Da die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien anfangs noch nicht aus dem Asylverfahren herausgehalten worden sind bzw. der politische Streit darum fast die gesamten zwei Jahre andauerte, wurden auch Artikel berücksichtigt, die sich nicht nur explizit mit den Bürgerkriegsflüchtlingen beschäftigen, sondern mit Asylsuchenden insgesamt.

**2. Politik und Gesellschaft:**

Diese Themengruppe enthält die Unterpunkte Einwanderungs- und Asylpolitik sowie Rechtsruck und Rechtsradikalismus in Deutschland im Zuge der Ereignisse, also im Verlauf der wachsenden Flüchtlingszahlen und der andauernden Asyldebatte. Diese Tendenz gipfelte in rassistischen Gewalteskalationen, wie den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen, Mölln oder Solingen.

**3. Balkankrieg:**

Die Artikel bezüglich des Balkankrieges werden zwar zahlenmäßig erfasst, jedoch inhaltlich nicht erörtert, da dies nicht Teil der Untersuchung ist.

Zudem werden noch einige kleinere Unterpunkte angeführt, wie Solidaritätsappelle, Kriminalisierung der Flüchtlinge und sonstige relevante Artikel. Innerhalb der Themengruppen wird durch den chronologischen Aufbau das generelle Zeitgeschehen dargestellt, prägnante Großereignisse festgestellt und Entwicklungen abgelesen. Pro Magazin visualisieren jeweils zwei Diagramme die thematische Verteilung relevanter Artikel, um Entwicklungen, Zusammenhänge und Beziehungen feststellen zu können. Schlussendlich erfolgt das vergleichende Resumee der Untersuchungsergebnisse.

## 2. Auswahl des Untersuchungsgegenstandes

Vor der Quellenanalyse wird zunächst die Auswahl des Untersuchungsgegenstandes begründet. Zwei Printmedien sollen in ihrer Berichterstattung zur Migrationsbewegung aus dem ehemaligen Jugoslawien 1992/1993 verglichen werden. Als besonders betrachtenswert erweisen sich sogenannte Leitmedien, da sie aufgrund ihrer im Folgenden beschriebenen Eigenschaften von hoher Relevanz für die Gesellschaft sind.

### 2.1 Die Rolle von Leitmedien

Der Begriff Leitmedium kann sowohl für ganze Mediengattungen, wie beispielsweise „das Fernsehen“, „die Printmedien“ oder für einzelne Titel, wie etwa DER SPIEGEL oder DIE ZEIT verwendet werden. Darunter wird ein Medium verstanden, das eine führende und einflussreiche Rolle im Bezug auf andere Medien sowie in der Gesellschaft vertritt.<sup>3</sup> Wilke (1999) benennt in „Leitmedien und Zielgruppenorgane“ konkrete Merkmale, die ein Leitmedium auszeichnen können:

- starke Verbreitung beziehungsweise Reichweite,
- starke Nutzung durch die gesellschaftliche Führungsschicht, Entscheidungsträger und Angehörige von Eliten,
- starke Nutzung durch Journalisten als Multiplikatoren der Informationen und Sichtweisen,
- häufiges Zitieren in anderen Medien,
- eine publizistische Intention, ergo ein normatives journalistisches Selbstverständnis,
- eine Leitfunktion durch frühzeitiges Aufgreifen von Themen (Agenda-Setting),
- Schaffung von Deutungsrahmen (Framing) oder besondere Gestaltung,
- ein besonderer Qualitätsanspruch im Hinblick auf Exklusivität, besondere journalistische Leistungen oder die Reputation namhafter Mitarbeiter.<sup>4</sup>

Laut Göttlich (2002) umschreibt der Begriff Leitmedium

---

<sup>3</sup>Vgl. Bönisch, Julia (2006): *Meinungsführer oder Populärmedium? Das journalistische Profil von Spiegel Online*. Münster: LIT Verlag Münster, S. 89.

<sup>4</sup>Vgl. Hans-Bredow-Institut (2013): *Leitmedium Internet? Mögliche Auswirkungen des Aufstiegs des Internets zum Leitmedium für das deutsche Mediensystem*. Online verfügbar unter [http://www.hans-bredow-institut.de/webfm\\_send/734](http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/734) [zuletzt geprüft am 18.01.2018]

„die Dominanz eines spezifischen Einzelmediums in einer historischen Phase [...], dem nach Maßgabe der Entfaltung der journalistischen Kriterien Aktualität, Universalität, Periodizität und Publizität eine Hauptfunktion in der Konstitution gesellschaftlicher Kommunikation und von Öffentlichkeit zukommt.“<sup>5</sup>

Kepplinger (1992) bezieht sich bei seiner Definition von Leitmedien auf deren Zielgruppen. Im Gegensatz zu Populärmedien kommen Leitmedien anstatt einem, gleich drei Adressaten zuteil: „die politischen Eliten, die Journalisten und die Masse der Rezipienten, die keiner der beiden Kategorien angehören, also Leser, Hörer und Zuschauer.“<sup>6</sup> Weil und wenn Leitmedien die Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Kultur erreichen, besitzen sie ein hohes Potenzial der Einflussnahme: Von ihnen publizierte Themen sind für die zuständigen Eliten stets von Relevanz, so können Leitmedien Entscheidungen mit tiefgreifenden Folgen beeinflussen.<sup>7</sup>

Infolgedessen wurden DER SPIEGEL sowie DIE ZEIT als Untersuchungsgegenstand bestimmt. Im Folgenden werden beide Medien vorgestellt und begründet, weshalb die beiden Magazine als zu untersuchende Quellen gewählt wurden.

## 2.2 DIE ZEIT – Ein Profil

Als 1945 das Kriegsende und die Befreiung von der Diktatur absehbar wurden, beschlossen vier junge Männer ein „freies, unabhängiges, überregionales und politisches Blatt“<sup>8</sup> ins Leben zu rufen. Die Gründungsväter waren Richard Tüngel, Stadtbaurat a. D., Lovis H. Lorenz, Chef einer Berliner Illustrierten, Rechtsanwalt Gerd Bucerius und der Verlagskaufmann Ewald Schmidt, der im Krieg als Korvettenkapitän und Flottillenkommandant gedient hatte. Letzterer fungierte auch als Namensgeber – angelehnt an die bekannten westlichen Vorbilder „The Times“ und „Le Temps“ sollte das neue Blatt „DIE ZEIT“ heißen. Motivation war unter anderem, eine Diktatur wie unter Hitler nie wieder zuzulassen, sie wollten „die Politik und das Zeitungsmachen [nicht mehr] [...] anderen überlassen“<sup>9</sup>, sich politisch sowie moralisch engagieren. So beantragten die vier Männer während der Aufbruchstimmung bei Kriegsende eine Lizenz bei der britischen Besatzungsmacht. Diese hoffte darauf, dass die vielen neu aufkeimenden Blätter „die

<sup>5</sup>Vgl. Göttlich, Udo (2002): *Massenmedium*. In: Schanze, Helmut (Hg.): *Metzler Lexikon.Medientheorie Medienwissenschaft*. Stuttgart, Weimar: Verlag J.B. Metzler, S. 193f.

<sup>6</sup>Vgl. Bönisch, S. 89.

<sup>7</sup>Vgl. Blum, Roger; Bonfadelli, Heinz; Imhof, Kurt; Jarren, Otfried (Hrsg.) (2011): *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation: Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien*. Wiesbaden: Springer-Verlag, S. 20.

<sup>8</sup>Vgl. Janßen, Karl-Heinz (1995): *Die Zeit in der ZEIT*. Hamburg: Siedler, S. 9.

<sup>9</sup>Ebd.

Deutschen zur Demokratie [...] erziehen“<sup>10</sup> würden. Wichtig war den Alliierten bei ihrer Lizenzvergabe unter anderem, dass die Bewerber „lupenreine Demokraten“<sup>11</sup> waren. Diesbezüglich hatten die ZEIT-Gründerväter perfekte Voraussetzungen: Ewald Schmidt hatte bei den Verlagshäusern Mosse und Ullstein gelernt und war danach Hauptvertriebsleiter bei liberalen Zeitungen, wie der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Da seine Frau Jüdin war, wurde Schmidt von den Nazis mit einem Berufsverbot belegt. Während des Krieges diente er in der Kriegsmarine, positionierte sich stets gegen die Nazis und konnte seine Familie vor dem Konzentrationslager bewahren.<sup>12</sup> Richard Tüngel wurde 1933 von den Nazis im Rahmen der Gleichschaltung zum Frührentner erklärt. So schlug er sich als Schriftsteller durch und versorgte Gerd Bucerius mit geheimen Informationen über das System, die er „aus dem feinen Netz [erfuhr], das die Systemgegner in ganz Deutschland miteinander verband.“<sup>13</sup> Lovis H. Lorenz war promovierter Kunsthistoriker und ebenfalls nie Parteimitglied. 1933 bis 1944 arbeitete er als Chefredakteur der „Woche“ - die damals wichtigste deutsche Illustrierte. Ebenso wie andere Presseorgane war sie gleichgeschaltet und gebunden an die Regelungen und Vorgaben des Propagandaministeriums. Gegen Kriegsende arbeitete Lorenz als Kriegsberichterstatter bei der Marine. Dank seiner langjährigen journalistischen Erfahrung wurde er bei der Lizenzvergabe von den Briten zum Hauptlizenzträger der ZEIT ernannt.<sup>14</sup> Gerd Bucerius, promovierter Jurist, hatte während der Nazizeit auch jüdische Klienten verteidigt und wurde daraufhin vom Hetzblatt „Der Stürmer“ öffentlich angegriffen. Zudem wurde er als des Wehrdienstes unwürdig eingestuft, da er eine Jüdin geheiratet hatte. Seine politische Einstellung war stadtbekannt, sodass er prompt nach Kriegsende in einen Entnazifizierungsausschuss einberufen wurde.<sup>15</sup> Die erste Ausgabe der ZEIT erschien am 21. Februar 1946 in Hamburg.<sup>16</sup> Auf der ersten Seite formulierten die vier Herausgeber unter dem Titel „unsere Aufgabe“ in wenigen Zeilen was ihnen am Herzen lag: Die Wahrheit zu sagen, die Sorgen, Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung zu thematisieren und in eine bessere Zukunft zu blicken.<sup>17</sup> Die Grundhaltung des ursprünglichen ZEIT-Teams war „national und liberal im guten, alten

---

10Ebd., S. 10.

11Ebd.

12Ebd.

13Ebd., S. 11.

14Ebd.

15Ebd.

16DIE ZEIT: *Geschichte*. Online verfügbar unter <http://www.zeit-verlagsgruppe.de/unternehmen/geschichte/> [zuletzt geprüft am 16.02.2018]

17Vgl. Janßen, S. 23.

Sinne der Demokraten von 1848.“<sup>18</sup> Von Anfang an machte die ZEIT aus, dass mutig Kritik an den Besatzungsmächten geübt wurde, was untrennbar verbunden war mit dem ersten Chefredakteur Ernst Samhaber (1901-1974).<sup>19</sup> Samhaber war Deutsch-Chilene, promovierter Historiker, Journalist und Wirtschaftspublizist. Er war nie Parteimitglied, arbeitete aber von 1933-1937 im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Nach Tätigkeiten bei der „Deutschen Zukunft“, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, dem „Deutschen Verlag“ und der NS-Wochenzeitung „Das Reich“, begründete er nach Kriegsende auf Anfrage der Briten die Tageszeitung „Die Welt“ mit und wurde Chefredakteur der ZEIT. 1946 erhielt er nach Bekanntwerden seiner Vergangenheit im Zuge eines ersten Entnazifizierungsverfahrens Berufsverbot, welches 1948 aufgehoben wurde.<sup>20</sup> In einem Nachruf ehrte Gerd Bucerius Samhabers Einsatz und Mut: „Kein Journalist und kein Politiker hat so viel riskiert wie Samhaber. Seine Artikel in der ZEIT waren lange die einzige Stimme des Protests in den vier Besatzungszonen.“<sup>21</sup> Infolge von Samhabers Berufsverbot wurde Gründungsmitglied Richard Tüngel der zweite Chefredakteur in der Geschichte der ZEIT. Dieser entwickelte jedoch „seit etwa 1947 [einen] zunehmenden Rechtsdrill und [begann] einschlägig belastete Journalisten als Beiträger anzuwerben.“<sup>22</sup> Dazu gehörte u.a. der NS-Jurist Carl Schmitt, dessen 1954 von Tüngel veröffentlichter und mit einem lobenden Vorspann versehener Artikel zur Revolte führte.<sup>23</sup> Marion Gräfin Dönhoff, die schon drei Jahre nach der Gründung zur Redaktion der ZEIT gehörte und später zu einer der Schlüsselpersonen als Herausgeberin und auch Chefredakteurin avancierte, protestierte gegen die Mitarbeit von „Nazibonzen“ und verließ daraufhin die Redaktion der ZEIT.<sup>24</sup> Zwischenzeitlich schrieb sie für die „Welt“ aus den Vereinigten Staaten und den „Observer“ in London, bis Tüngel im Sommer 1955 beurlaubt wurde, Gerd Bucerius Marion Gräfin Dönhoff nach Hamburg zurückholte und sie mit der Leitung des politischen Ressorts betraute.<sup>25</sup> Nach einem Gerichtsverfahren wurde Tüngel schließlich aus der Redaktion ausgeschlossen. Der Schiedsspruch machte Gerd Bucerius

---

18Ebd., S. 24.

19Ebd., S. 42.

20DIE ZEIT: *Ernst Samhaber*. Online verfügbar unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst\\_Samhaber](https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Samhaber) [zuletzt geprüft am 15.08.2018]

21Vgl. Janßen, S. 42.

22Von Hodenberg, Christina (2006): *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973*. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 129.

23Ebd. sowie Von Kuenheim, Haug; Sommer, Theo: *Fast eine Freundschaft*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2003/42/A-Vorwort> [zuletzt geprüft am 17.02.2019]

24Vgl. Schrag, Wolfgang (2007): *Medienlandschaft Deutschland*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH, S. 157. sowie Von Hodenberg, S. 129. sowie Von Kuehnheim; Sommer.

25Von Kuenheim; Sommer. Sowie Von Hodenberg, S.129.

im März 1957 zum Alleineigentümer der ZEIT.<sup>26</sup> Bucerius war viele Jahre Verleger und Herausgeber der ZEIT, verlegte auch den „Stern“, den „SPIEGEL“ und die „Wirtschaftswoche“.<sup>27</sup> Nach Bucerius wurde auch der Verlag benannt, bei dem DIE ZEIT bis heute jeden Donnerstag erscheint. Ansässig ist der Zeitverlag G. Bucerius GmbH & Co in Hamburg. So wurde erst nach Bucerius Übernahme aus der ZEIT das linksliberale Blatt, wie es heute bekannt ist.

Mit einer Auflage von etwa einer halben Million Exemplaren ist DIE ZEIT Deutschlands auflagenstärkste politische Wochenzeitung.<sup>28</sup> Im Gegensatz zu den meisten Zeitungen ist die Auflage der ZEIT in den letzten Jahren gestiegen. Laut IVW betrug die Druckauflage im ersten Quartal von 1998 587.438 Exemplare, im ersten Quartal von 2006 schon 608.321 Exemplare. Demnach konnte ein Plus von 3,55% vermeldet werden. Die verkaufte Auflage der ZEIT stieg um 7,13% von 473.391 auf 507.159 verkaufte Zeitschriften. Die Verbreitung der ZEIT steigerte sich in derselben Zeitspanne sogar um 10,43% von 479.369 auf 529.374 Lesern und die Abonnements um 35,14% von ehemals 255.763 Abos auf 345.637.<sup>29</sup>

Aufgrund ihres wöchentlichen Erscheinungstermins ist sie eher den Zeitschriften als den Zeitungen zuzuordnen. Seit 2004 ist Giovanni di Lorenzo Chefredakteur.<sup>30</sup> DIE ZEIT ist unabhängig von „Parteien, Verbänden und Konfessionen“<sup>31</sup> und beschreibt sich selbst als liberal, verfolgt aber ein bestimmtes Meinungsprofil. DIE ZEIT ist bestrebt ihren Lesern Hintergrundwissen und Analysen zu liefern. Dadurch soll dem Leser die Möglichkeit geboten werden, sich zu wichtigen politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Fragen eine eigene Meinung zu bilden.<sup>32</sup> Als weitere Themengebiete sind unter anderem Wirtschaft, Bildung, Reisen und Feuilleton zu nennen. So richtet sich DIE ZEIT an eine „klassisch akademisch gebildete Leserschaft“<sup>33</sup>.

Auflage, Reichweite sowie die beschriebenen Eigenschaften die Signifikanz der ZEIT für die Gesellschaft betreffend, begründen die Auswahl des Wochenblattes als Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit.

---

26Von Kuenheim; Sommer.

27Vgl. Schrag, S. 157.

28Vgl. Janßen, S. 42.

29Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: *Die Zeit*. Online verfügbar unter <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/967?quartal%5B19981%5D=19981&quartal%5B20161%5D=20161#views-exposed-form-aw-titel-az-aw-az-qa> [zuletzt geprüft am 16.02.2018]

30DIE ZEIT: *Chronik*. Online verfügbar unter <http://www.zeit-verlagsgruppe.de/unternehmen/chronik/> [zuletzt geprüft am 16.02.2018]

31Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hrsg.) (2002): *Fischer Lexikon Publizistik und Massenkommunikation*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag, S. 442.

32Vgl. Schrag, S. 157.

33Ebd.

## 2.3 DER SPIEGEL – Ein Profil

DER SPIEGEL zählt zu den Nachrichtenmagazinen oder auch politischen Magazinen und erschien 1947 als erstes seiner Art. Vorbilder waren das amerikanische „TIME-Magazine“ sowie die britische „News Review“ als anderthalb Jahre nach Kriegsende drei britische Soldaten den Anstoß zum ersten Nachrichtenmagazin Deutschlands lieferten.<sup>34</sup> Die jüdisch-britischen Gründerväter des „SPIEGEL“-Vorläufers „DIESE WOCHE“ waren die Presse-Offiziere John Seymour Chaloner, Harry Bohrer und Henry Ormond.

Harry Bohrers Familie wurde im KZ Auschwitz umgebracht, er floh 1939 vor den NS-Truppen nach London und arbeitete seit Ende 1945 bei der „30<sup>th</sup> Information Unit“ der Briten in Hannover. Dort war er zuständig für das editorial management sowie Akquise der deutschen Redakteure und traf auf John Seymour Chaloner und Henry Ormond. Ormond wurde 1937 in Dachau inhaftiert und flüchtete 1939 ebenfalls nach Großbritannien, von wo er als „enemy alien“ nach Kanada geschickt wurde. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland fing der ehemalige Berliner Richter ebenso in der „30<sup>th</sup> Information Unit“ an. Später betrieb er eine Anwaltskanzlei in Frankfurt am Main und war Nebenklagevertreter bei den Auschwitz-Prozessen Mitte der Sechziger Jahre.<sup>35</sup>

Unter dem Namen „DIESE WOCHE“ erschienen fünf Ausgaben bis das Blatt am 1. Juli 1947 in deutsche Hände übergang, eine neue Lizenzierung erhielt und in „DER SPIEGEL“ umbenannt wurde.<sup>36</sup> Lizenzträger waren der damals dreiundzwanzigjährige Rudolf Augstein, der auch als Herausgeber fungierte sowie Roman Stempka und Gerhard R. Barsch. 1950 stieg der Hamburger Verleger John Jahr in das noch defizitäre Unternehmen ein. Rudolf Augstein galt zu diesem Zeitpunkt als „unangefochten dominierende Persönlichkeit in Verlag und Redaktion“<sup>37</sup> des SPIEGELS und hatte das Unternehmen journalistisch und strukturell unter Kontrolle.

Augstein wurde 1923 in Hannover geboren und wuchs in einem streng katholischen, nationalkonservativen Elternhaus auf. Sein Vater soll vor und nach der Diktatur Adolf Hitlers Antisemit gewesen sein, doch während der NS-Zeit hielt er sich diesbezüglich bedeckt. Augstein war seit seiner Kindheit Messdiener sowie Mitglied beim elitären Jugendbund „Neudeutschland“. Als dieser im NS-Staat aufgelöst wurde, kam Augstein zu

---

34Ebd., S.163.

35Vgl. Hachmeister, Lutz (2014): *Heideggers Testament*. Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH, S. 98f.

36Ebd.

37Ebd., S. 101.

einer Puppenspieler-Gruppe der Hitlerjugend.<sup>38</sup> 1941 absolvierte er ein Volontariat beim „Hannoverschen Anzeiger“. Nach Ableistung des Reichsarbeitsdienstes diente Augstein als Artilleriefunker an der Ostfront, zuletzt im Leutnantsrang. Nach kurzer amerikanischer Gefangenschaft kehrte Augstein im Juni 1945 nach Hannover zurück und arbeitete fortan als „Sub-Editor“ beim neuen „Hannoverschen Nachrichtenblatt“, bevor die Gründungsväter von „DIESE WOCHE“ und „DER SPIEGEL“ ihn mit ins Boot holten. Augsteins national-libertäre Grundhaltung festigte sich Ende der vierziger Jahre. Zum Einen positionierte er sich für ein starkes Deutschland in Mitteleuropa, zum Anderen führte er einen „publizistischen Kampf gegen katholisches Muckertum und klerikale Kulturpolitik, gegen die 'Demokratie' des Adenauer- und Gorbachev-Staates.“<sup>39</sup> Als langjähriger Herausgeber, Chefredakteur und Kolumnist trug Augstein viel dazu bei, dass aus dem SPIEGEL das

„mächtigste Nachrichtenmagazin der Welt [wurde], jedenfalls bezogen auf das Land, in dem es erscheint; andere Periodika dieses Genres wie *Time*, *Newsweek*, *profil*, *L'Express* oder *Le Point* hatten in ihren Heimatländern nicht die ungeheure Wirkung, die der *Spiegel* bis in die neunziger Jahre hinein stilistisch, institutionell und politisch erreichte.“<sup>40</sup>

Erst 1993 kam mit dem „FOCUS“ ein weiteres Nachrichtenmagazin in Deutschland auf.<sup>41</sup> Augstein prägte den Grundsatz des SPIEGELs „vor keiner Autorität, auch nicht einer befreundeten, zu kuschen“, vielmehr solle das Magazin „Kehrseiten beleuchten und politische Illusionen zum platzen bringen.“<sup>42</sup> Engagement für „die Freiheit des Einzelnen und gegen die Übermacht staatlicher und gesellschaftlicher Apparate“<sup>43</sup> sowie der „programmatische Kampf gegen Machtmissbrauch und Korruption“<sup>44</sup> waren Augsteins wichtigste Ziele. Die Umsetzung dessen war mit großen finanziellen Aufbringungen für exklusive Informationen und erheblichem Recherche-Aufwand verbunden. Nach seinem Tod 2002 betitelte die „FAZ“ Augstein als den zeitweise „mächtigste[n] Mann im Staate.“<sup>45</sup> Die Redaktion in Hannover war anfangs eine Zusammenkunft aus „Flakhelfer[n], Hitler-Jugendliche[n] und junge[n] Offiziere[n] [...] [sowie] ein paar Profis aus den Propagandakompagnien der Wehrmacht [...] und 'bürgerlichen' Redakteuren [...]“<sup>46</sup> Hier

---

38Ebd.

39Ebd., S. 102f.

40Vgl. Schrag, S. 162. sowie Vgl. Hachmeister, S. 103.

41Vgl. Mast, Claudia (Hg.) (2012): *ABC des Journalismus*. Konstanz und München: UVK Verlagsgesellschaft mbH, S. 39.

42Vgl. Schrag, S. 163. sowie Vgl. Pürer, Heinz; Raabe, Johannes (1996): *Medien in Deutschland. Band 1*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH, S. 185.

43Vgl. Pürer; Raabe, S. 185.

44Ebd.

45Vgl. Hachmeister, S. 103.

46Ebd., S. 105.

seien beispielsweise die ehemaligen SS-Hauptsturmführer Georg Wolff und Horst Mahnke zu nennen. Wolff, der auch als Norwegenspezialist beim Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) tätig war, arbeitete 1952-1978 als Redakteur und Ressortleiter für „Geisteswissenschaften“ beim SPIEGEL.<sup>47</sup> In den 50er und 60er Jahren zählte Wolff zu den prägenden Persönlichkeiten der Redaktion – Augstein hätte ihn gerne zum Chefredakteur ernannt, jedoch scheiterte sein Vorhaben an Wolffs Vergangenheit.<sup>48</sup> Horst Mahnke war auch ein ehemaliger Fachmann beim SD und persönlicher Assistent von Franz Alfred Six, dem „Amtschef im SD- bzw. des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), zuständig für die akademisch-strategische 'Gegnerforschung'“. <sup>49</sup>

Der frühe SPIEGEL zeigte sich FDP-nah und nationalliberal, später konnte er im „'linksliberale[n]' Mainstream“ verortet werden.<sup>50</sup> Augstein gab sich stets nationalbewusst in seinen Artikeln und Kommentaren und machte kein Geheimnis daraus, dass er mit der europäischen Einigung nichts anzufangen wusste.<sup>51</sup> Der deutschen Wiedervereinigung stand Augstein jedoch äußerst positiv gegenüber, was zu Differenzen mit dem damaligen Chefredakteur Erich Böhme führte, der sich stets gegen ein vereintes Deutschland positionierte.<sup>52</sup>

Erwähnenswert sei die SPIEGEL-Affäre von 1962, die „das Verständnis für die Pressefreiheit nachhaltig beeinflusst und die Politisierung der Gesellschaft vorangetrieben“<sup>53</sup> hat. Dabei ging es um einen SPIEGEL-Artikel der unter dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ Zweifel an dem Verteidigungskonzept der Bundeswehr äußerte. DER SPIEGEL wurde daraufhin wegen Landesverrats angezeigt und fünf Journalisten, darunter Rudolf Augstein, verhaftet.<sup>54</sup> In der Bundesrepublik folgten zahlreiche Demonstrationen gegen die Aktion sowie gegen die Regierung, was auch als Anstoß für die Politisierung der Studenten gesehen wird und einige Jahre später in den Studentenprotesten resultierte. Die Vorwürfe gegen den SPIEGEL erwiesen sich jedoch als unbegründet. Das Magazin bestärkte seinen Ruf als „Blatt der Aufklärung [...] [und] 'Sturmgeschütz der Demokratie'“<sup>55</sup>.

Die 70er und 80er Jahre waren die erfolgreichsten Jahre des SPIEGELs. Das Magazin

---

47Ebd., S.16.

48Ebd.

49Ebd., S. 108.

50Hachmeister, S. 9 und 106.

51Ebd., S. 164.

52Ebd.

53Ebd.

54Ebd., S. 165.

55Ebd.

schaffte es wiederholt Politikern Versagen oder Fehlverhalten nachzuweisen - aus vielen Titelgeschichten folgte prompt ein Skandal oder eine Affäre, was meist in Rücktritten der jeweiligen betroffenen Politikern resultierte.<sup>56</sup> Heutzutage sei es schwieriger geworden Skandale und Affären aufzudecken. DER SPIEGEL sei jedoch nicht weniger um die Enthüllung jener Sachverhalte bemüht, vielmehr sei die Gegenseite inzwischen schlauer im Umgang mit der Medienlandschaft und raffiniert genug sich nicht so leicht erwischen zu lassen.<sup>57</sup>

DER SPIEGEL erscheint ein Mal wöchentlich beim Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG in Hamburg und ist in seinem publizistischen Stil einmalig und daher auch umstritten.<sup>58</sup> Die Kriterien der sogenannten „SPIEGEL-Stories“ wurden schon 1949 detailliert festgelegt. Zudem verfestigte sich über die Jahre ein gewisser Sprachduktus, auch „SPIEGEL-Sprache“ genannt, ein oft ruppiger, aggressiver Ton, der bei Sprach-, Kommunikationswissenschaftlern und Publizisten immer wieder in harsche Kritik gerät.<sup>59</sup> Zudem wurden die SPIEGEL-Artikel zu Augsteins Zeiten nur in Ausnahmefällen namentlich gekennzeichnet, was den Fokus auf die Nachrichten lenkte und die individuellen Verfasser in den Hintergrund rückte.<sup>60</sup> Diese Zeiten sind jedoch vorbei. Des Weiteren verfügt der SPIEGEL über ein außerordentlich ausgestattetes Dokumentationszentrum, auch bekannt als SPIEGEL-Archiv, das in Europa eines der besten und somit legendär ist.<sup>61</sup>

Das Hauptaugenmerk von Nachrichtenmagazinen wie dem SPIEGEL liegt auf der Einordnung und Interpretation aktueller Ereignisse sowie der Beschaffung von Hintergrundwissen. Besonders ist die „scharfsinnige, aggressive Kritik der Publikationen“ des SPIEGELS<sup>62</sup>. Als hauptsächliche Themenbereiche seien „Inland, Ausland, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur“<sup>63</sup> zu nennen und die Titelseite deutet stets auf den Hauptbeitrag des jeweiligen Heftes hin. Die Leserschaft von Nachrichtenmagazinen wie dem SPIEGEL kann aufgrund ihres hohen Bildungsniveaus als „Info-Elite“ bezeichnet werden.<sup>64</sup>

DER SPIEGEL ist mit einer Druckauflage von knapp einer Million Exemplaren und einem

---

56Ebd., S. 166.

57Ebd.

58Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: *Der Spiegel*. Online verfügbar unter <http://www.ivw.de/aw/print/ha/titel/122>, [zuletzt geprüft am 2.02.2018]. Sowie vgl. Noelle-Neumann, S. 450.

59Vgl. Pürer; Raabe, S. 186.

60Bröckers, Mathias: *Wenn das Narrativ stimmt, sind Fakten zweitrangig*. Online verfügbar unter <https://www.heise.de/tp/features/Wenn-das-Narrativ-stimmt-sind-Fakten-zweitrangig-4258586.html> [zuletzt geprüft am 20.02.2019]

61Ebd.

62Vgl. Noelle-Neumann; Schulz; Wilke, S. 450.

63Ebd.

64Ebd.

durchschnittlichen Verkauf von etwa 800.000 Magazinen (Stand 2016) das Erfolgreichste seiner Art und nimmt in Deutschland die Rolle eines Meinungsführers ein.<sup>65</sup> Dennoch musste DER SPIEGEL seit 1998 Einbußen verzeichnen. So sank die Druckauflage von ehemals 1.287.908 Exemplaren im ersten Quartal von 1998 um 28,44% auf 921.625 Exemplare im ersten Quartal von 2016. Der Verkauf sowie die Verbreitung nahmen in derselben Zeitspanne um jeweils etwa 23% von ehemals knapp über einer Million Exemplaren auf etwa 800.000 ab. Jedoch stiegen die Zahlen der Abonnements von 301.737 Abos 1998 auf 378.479 im Jahre 2016. Das macht einen Zuwachs von 25,43%.<sup>66</sup> DER SPIEGEL ist heute – noch vor der BILD-Zeitung – das meistzitierte Printmedium Deutschlands, somit Leitmedium und gilt als Erfinder des investigativen Journalismus in Deutschland.<sup>67</sup>

Zusammenfassend sei zu sagen, dass DER SPIEGEL eines der wichtigsten Leitmedien Deutschlands ist, was das Magazin zum Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit befähigt.

## 2.4 Eigenschaften von Wochenzeitungen/Wochenblättern

Die als Untersuchungsgegenstand ausgewählten Leitmedien DER SPIEGEL und DIE ZEIT sind sogenannte Wochenblätter oder Wochenzeitungen, da sie ein Mal wöchentlich erscheinen. In Deutschland gibt es 20 verschiedene Medien dieser Gattung mit einer Auflage von 1,7 Millionen Exemplaren insgesamt (Stand 2016).<sup>68</sup> Wochenblätter sind Tageszeitungen und insbesondere dem Radio, Internet und Fernsehen in ihrer Aktualität, Universalität, Periodizität und Publizität unterlegen.<sup>69</sup> Jedoch werden die aktuellen Themengebiete der Tagespresse in den Wochenzeitungen ausführlicher und tiefgründiger behandelt, Details und Zusammenhänge beleuchtet sowie mit Hintergrundwissen angereichert.<sup>70</sup> Als Vorbild dieser Gattung kann beispielsweise der britische „Observer“ gesehen werden.<sup>71</sup> Anders als die allgemeine Tagespresse sind Wochenblätter in der

---

65Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: *Der Spiegel*. Online verfügbar unter <http://www.ivw.de/aw/print/ha/titel/122>, [zuletzt geprüft am 2.02.2018]. Sowie Noelle-Neumann, S. 450.

66Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: *Der Spiegel*. Online verfügbar unter <http://www.ivw.de/aw/print/ha/titel/122>, [zuletzt geprüft am 2.02.2018]. Sowie Noelle-Neumann, S. 450.

67Vgl. Schrag, S. 163.

68Vgl. Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (Hrsg.) (2016): *Die Deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten 2016*. Online verfügbar unter [https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzv\\_hauptseite/aktuell/publikationen/2016/ZDF\\_2016.pdf](https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzv_hauptseite/aktuell/publikationen/2016/ZDF_2016.pdf) [zuletzt geprüft am 1.02.2018]

69Vgl. Ruß-Mohl, Stephan (2010): *Journalismus*. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch, S.153. Sowie vgl. Mast, S. 37.

70Vgl. Noelle-Neumann; Schulz; Wilke, S.442.

71Ebd.

Regel mehr oder weniger „richtungs- oder festrichtungsbestimmt“<sup>72</sup>. Man findet in dieser Gattung auch die Reste der ehemals stark ausgeprägten Parteipresse, wie zum Beispiel den „Bayernkurier“ (CSU).<sup>73</sup> Wochenblätter sind an „längerfristiger Meinungsbildung orientiert“<sup>74</sup> und stellen oft verschiedene Meinungen zu einem Themenkomplex vor, ohne jedoch das eigene Meinungsprofil abzutreten. So richten sie sich mit ihrem politischen Meinungsprofil auch an eine bestimmte Leserschaft, die dieses teilt, was eine hohe Leser-Blatt-Bindung erzeugt. Zusätzlich zu aktuellen Themen greifen Wochenblätter auch immer wieder Themenkomplexe der Vergangenheit auf. Neben politischen Fragen werden auch wissenschaftliche, populärwissenschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle und soziale Themen angesprochen.

### 3. Der historische Hintergrund

Im Folgenden wird die Geschichte Jugoslawiens nachgezeichnet, um einen Einblick in die Hintergründe zu erhalten, die zu dem Balkankrieg und der daraus resultierenden Fluchtbewegung führten.

#### 3.1 Migrationsbewegung aus Jugoslawien 1992/1993

Die Flüchtlingsbewegung aus dem ehemaligen Jugoslawien 1992/1993 wird als die größte Migrationswelle Europas seit dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Der jugoslawische Staat wies eine

„im europäischen Kontext beispiellose[...] ethnisch-religiöse[...] Vielfalt, der divergierenden historisch-politischen Traditionen und Strukturen sowie gravierender sozial-ökonomischer Unterschiede [auf und] hat [...] Zeit seines Bestehens an mangelnder innerer Kohäsion und vielschichtigen Verteilungskonflikten gelitten“<sup>75</sup>.

Insbesondere muslimische Bosnier, aber auch andere Bevölkerungsgruppen wurden Opfer der „unfassbaren Gräueltaten der 'ethnischen Säuberungen'“<sup>76</sup> infolge des Krieges bei dem ein „vermeintlich neuartiges Muster ethnisch-religiös motivierter innerstaatlicher

---

<sup>72</sup>Ebd.

<sup>73</sup>Ebd.

<sup>74</sup>Mast, S. 37.

<sup>75</sup>Calic, Marie-Janine: *Der erste „neue“ Krieg?- Staatszerfall und Radikalisierung der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien*. Online verfügbar unter <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2005/id=4431> [zuletzt geprüft am 09.03.2018]

<sup>76</sup>Vgl. Yonan, Gabriele (1998): *Flüchtlinge vom Balkan*. Göttingen: Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V., S. 7.

Gewalt in den Vordergrund<sup>77</sup> trat. Die Bilanz des Krieges beläuft sich auf etwa eine viertel Million Tote, hunderttausende Verletzte und ein zu großen Teilen zerstörtes Land. Mehr als 700.000 Menschen flohen infolgedessen aus dem Kriegsgebiet auf der Suche nach Schutz in Westeuropa.<sup>78</sup> Etwa 350.000 Menschen, also circa die Hälfte der Flüchtlinge, wurde in Deutschland aufgenommen.<sup>79</sup> Das Friedensabkommen von Dayton vom Herbst 1995 sollte den bis dahin vier Jahre andauernden Krieg beenden.<sup>80</sup>

### 3.1.1 Die Geschichte Jugoslawiens

Als Ergebnis des Zusammenbruchs der osmanischen und habsburgischen Fremdherrschaft war der Staat der Kroaten, Serben und Slowenen 1918 aus extrem disparaten historischen Regionen zusammengefügt worden.<sup>81</sup> Ab 1929 war der Staat unter dem Namen Jugoslawien bekannt.<sup>82</sup> Am 29. November 1943 wurde die Basis für einen neuen Zusammenschluss südslawischer Völker unter der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) gelegt. Die von der kommunistischen Volksfront Josip Broz Titos gewonnenen Wahlen am 29. November 1945 führten zu der Gründung der Föderativen Republik Jugoslawien (FRJ), die am 31. Januar 1946 eine nach sowjetischem Vorbild gestaltete Verfassung erhielt. Zusammengesetzt wurde die FRJ aus den sechs Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien.<sup>83</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges konnten die „tiefgreifenden ethno-politischen und sozial-ökonomischen Strukturprobleme“<sup>84</sup> Jugoslawiens vorerst verschleiert werden von der verhältnismäßig gut laufenden Wirtschaft des Staates, Titos hohem internationalen Renommee und der aus dem Partisanenmythos kommenden kommunistischen Ideologie der „Brüderlichkeit und Einigkeit“. Überwunden wurden diese Probleme jedoch nie und Konflikte waren vorprogrammiert - immerhin waren 20 verschiedene Völker und

---

77Calic.

78Vgl. European forum for migration studies: *Statistiken zur Migration und Integration von Migranten-Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in verschiedene Staaten*. Online verfügbar unter [http://www.efms.uni-bamberg.de/ds27\\_2\\_e.htm](http://www.efms.uni-bamberg.de/ds27_2_e.htm) [zuletzt geprüft am 09.03.2018]

79Ebd.

80Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: *Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen*. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/31042/der-zerfall-jugoslawiens-und-dessen-folgen?p=all> [zuletzt geprüft am 26.03.2018]

81Vgl. Calic. Und Djuric, Rajko; Bengsch, Bertolt (1992): *Der Zerfall Jugoslawiens*. Berlin: Morgenbuch Verlag, S.45. Sowie Elvert, Jürgen (1997): *Der Balkan*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 114.

82Vgl. Calic. Sowie Vgl. Elvert, 114.

83Melcic, Dunja (2007): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193.

84Calic.

Volkgruppen zusammengeschlossen. Deren soziale Distanz einhergehend mit ungerechten Chancen zum Leben und partizipieren sowie einem deutlichen Wohlstandsgefälle von Nordwesten nach Südosten beschworen Verteilungskonflikte und nationalistische Unterströmungen herauf.<sup>85</sup>

Ab 1948 sagte sich Tito von der Sowjetunion und dem Ostblock los, was 1950 zur Entzweiung der Parteien führte, die bis zum Ende der Regierung Stalins erhalten blieb. Des Weiteren baute Jugoslawien zu den westlichen Staaten wirtschaftliche Beziehungen auf.<sup>86</sup> Am 7. April 1963 folgte die Umbenennung der FRJ in die *Sozialistische Föderalistische Republik Jugoslawien* (SFRJ).<sup>87</sup> Wojwodina und Kosovo, zwei Provinzen innerhalb Serbiens, wurden infolge der neuen Verfassung 1974 zu Autonomen Provinzen aufgewertet.<sup>88</sup> Somit war ihr Status dem der anderen Teil-Republiken – Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien – annähernd gleichwertig. Wojwodina und der Kosovo unterstanden Serbien nur noch formell, allerdings, im Gegensatz zu den anderen Republiken, ohne das Recht auf Selbstbestimmung (inklusive des Sezessionsrechts).<sup>89</sup>

In den 1980er Jahren entwickelten sich „vor dem Hintergrund einer schweren Wirtschaftskrise und schleichender Entlegitimierung des politischen Systems zwei gegensätzliche politische Strömungen“<sup>90</sup>: Auf der einen Seite standen die Unterstützer einer Liberalisierung von Politik und Wirtschaft, die vor allem von Politikern aus Slowenien angeführt wurden. Auf der anderen Seite befanden sich insbesondere serbische Politiker, welche eine Rezentralisierung und Stärkung des Bundesstaats Jugoslawiens befürworteten. Zentraler Punkt war dabei Jugoslawiens Verfassung von 1974, die eine noch stärkere Föderalisierung der einzelnen Republiken enthielt. Dies ging einher mit einer „Schwächung der Bundesorgane sowie [...] [der] Einrichtung eines kollektiven, dem Konsensprinzip verpflichteten Staatsoberhauptes“<sup>91</sup>, was jedoch die Entschlussfindung auf föderaler Ebene beeinträchtigte und den Republiken weitestgehend die Verantwortung übertrug.<sup>92</sup>

---

85 Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 197.

86 Vgl. Wikipedia: *Jugoslawien*. Online verfügbar unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawien#F%C3%B6derative\\_Volksrepublik\\_Jugoslawien\\_\(1945%E2%80%931963\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawien#F%C3%B6derative_Volksrepublik_Jugoslawien_(1945%E2%80%931963)) [zuletzt geprüft am 23.03.2018] und Melcic, S. 195.

87 Wikipedia: *Jugoslawien*. sowie Melcic, S. 195.

88 Melcic, 204. sowie Djuric; Bengsch, S. 59.

89 Melcic, S. 204.

90 Bundeszentrale für politische Bildung.

91 Ebd.

92 Ebd.

Seit 1918 herrschte in Jugoslawien ein „Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle“<sup>93</sup>: Norden und Nordwesten Jugoslawiens waren die vergleichsweise wohlhabenden Gebiete, dagegen stand der arme Süden. Serbien (ohne die Autonomen Provinzen) repräsentierte in etwa den gesamtstaatlichen Durchschnitt. Mehrfach durchgeführte staatliche Umverteilungsmaßnahmen erreichten es nicht diese Schere zu verkleinern, vielmehr vergrößerte sie sich seit der Einführung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ Mitte der 60er Jahre immer weiter. Parallel dazu wurde die Bevölkerung immer unzufriedener dem sozialistischen System gegenüber: Infolge häufiger Fehlinvestitionen und Mittelverschwendungen standen die Kroaten und Slowenen dem Mitteltransfer in den ärmeren Südosten immer ablehnender gegenüber und fühlten sich durch diesen in ihrer eigenen Entwicklung gehemmt. Gleichzeitig entrüsteten sich die Serben sowie die anderen ärmeren Republiken über den „Egoismus“ der bessergestellten Regionen. Jedwedes Volk fühlte sich „ausgebeutet“ und wurde zunehmend frustrierter, was jedoch unter Tito, der den Sozialismus in Jugoslawien repräsentierte, unter Kontrolle gehalten werden konnte. Mit seinem Tod im Mai 1980 starb also nicht nur der große Staatsmann und Diktator Jugoslawiens, sondern auch die Verkörperung des jugoslawischen Sozialismus.<sup>94</sup>

Im Laufe der 80er Jahre verloren die „Legitimationsstützen des Systems ihre Bindekraft oder wurden obsolet“<sup>95</sup>: Der Selbstverwaltungssozialismus stellte sich als „schwerfällig und reformresistent“<sup>96</sup> heraus und der Gründungsmythos des zweiten Jugoslawien ("Volksbefreiungskampf und sozialistische Revolution" sowie "Brüderlichkeit und Einheit") rückte immer weiter in den Hintergrund.<sup>97</sup> Auch das im Vergleich mit anderen real existierenden sozialistischen Staaten hohe Maß an Wohlstand und Freiheit in Jugoslawien ging zugrunde: Arbeitslosigkeit und Armut breiteten sich aus, die Verteilungskämpfe zwischen den jugoslawischen Republiken und Autonomen Provinzen verschärften sich, der allgemeine Lebensstandard verringerte sich und die Staatsschulden stiegen. Anstelle des einstigen Stolzes auf ihren Staat hielten Gefühle der Orientierungslosigkeit, Unsicherheit und Angst Einzug bei der Bevölkerung.<sup>98</sup>

Untersuchungen zu den interethnischen Beziehungen in Jugoslawien zeigten, dass diese von der Mehrheit der Bevölkerung noch bis Ende der 1980er Jahre als gut oder zumindest

---

93 Ebd.

94Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung; Melcic, S. 205f. sowie Djuric; Bengsch, S. 70.

95Melcic, S. 205f. sowie Djuric; Bengsch, S. 70.

96Melcic, S. 205f. sowie Djuric; Bengsch, S. 70.

97Melcic, S. 205f. sowie Djuric; Bengsch, S. 70.

98Melcic, S. 205f. sowie Djuric; Bengsch, S. 70.

befriedigend beschrieben wurden. Eine Ausnahme bildete das von massiven, teils rassistischen Vorurteilen geprägte Verhältnis von Albanern auf der einen und den Serben, Mazedoniern und Montenegrinern auf der anderen Seite. Außerdem zeichnete sich ab, dass bis zum Jahr 1990 das jugoslawische Zugehörigkeitsgefühl unter der Bevölkerung mehrheitlich vertreten war, nur bei den Albanern, Slowenen und Kroaten war dieses weniger stark ausgeprägt. An zweiter Stelle rangierte die Zugehörigkeit zu Europa und erst auf dem dritten Rang war die Zugehörigkeit zu der jeweiligen Republik bzw. Region angesiedelt.<sup>99</sup> So belegen die damaligen Umfragen, dass „die ethnischen Spannungen [...] nicht Ursache für, sondern Folge von Krise und Zerfall Jugoslawiens [waren]“.<sup>100</sup>

Neben serbischen Politikern und Intellektuellen waren auch ein erheblicher Anteil der Kosovo-Albaner unzufrieden mit der Verfassung von 1974. Im Frühling 1981 demonstrierten die Albaner für eine Anerkennung ihrer Provinz als Republik. Die Unruhen wurden seitens der jugoslawischen Regierung durch den Einsatz von Panzern, Massenverhaftungen usw. eingedämmt, die Vorkommnisse als „Irredentismus“ bzw. „Konterrevolution“ klassifiziert und nicht weiter nach der Ursache für die Probleme gesucht.<sup>101</sup>

Die Zeitung der Serbischen Orthodoxen Kirche, "Pravoslavlje", veröffentlichte am 15. Mai 1982 ein von 21 Priestern und Mönchen unterzeichneten „Appell zur Verteidigung der serbischen Bevölkerung und seiner Heiligtümer in Kosovo“ der u.a. erklärte: "Ohne alle Übertreibung kann man sagen, dass das serbische Volk in Kosovo einen langsamen, gut geplanten Genozid erleidet."<sup>102</sup> Das Organ veröffentlichte in der kommenden Zeit mehrere Artikel ähnlicher Aussage, woraufhin sich den Priestern und Mönchen Wissenschaftler und Schriftsteller anschlossen.<sup>103</sup> Jahrzehntlang war das Ansprechen heikler nationaler Themen tabuisiert worden – nun beherrschte „der Märtyrer- und Genozid-Topos die öffentlichen Diskurse in Serbien [...].“<sup>104</sup>

Die Tageszeitung "Veèernje Novosti" veröffentlichte im September 1986 ein von der Serbischen Akademie der Wissenschaften verfasstes Memorandum zur aktuellen gesellschaftlichen Lage Jugoslawiens. Die Autoren attackierten die politische Führung des Landes und seiner Republiken und benannten einige Ursachen für die Krise der 1980er

---

99Melcic, S. 205f. sowie Djuric; Bengsch, S. 70.

100Bundeszentrale für politische Bildung.

101Vgl. Ebd.

102Ebd.

103Ebd.

104Ebd.

Jahre: 1. Das Erbe Stalins und die Kommunistische Internationale, 2. Die Wirtschaftsreformen Mitte der 60er und 3. Die Verfassung von 1974.<sup>105</sup> Weitere Kritikpunkte der Autoren waren die Diskriminierung der Serben, die „Dreiteilung Serbiens“ und der vorangehende Genozid an der serbischen Bevölkerung Jugoslawiens.<sup>106</sup> Sie sahen die Lage der Serben nicht nur im Kosovo bedrohlich, sondern auch in Kroatien. Im Memorandum forderten die Autoren die „Wiederherstellung der vollen nationalen und kulturellen Integrität des serbischen Volkes“, die 'Wiederherstellung' des serbischen Staates und die 'demokratische Mobilisierung aller geistigen und moralischen Kräfte des Volkes'.<sup>107</sup> Politiker im ganzen Land, auch in Serbien, verurteilten das Memorandum. Dennoch setzten sich die Serben aus dem Kosovo sowie Schriftsteller und Wissenschaftler weiterhin für ihr Volk ein.<sup>108</sup>

1987 folgte die politische Wende in Serbien, ausgehend davon, dass Slobodan Milošević, seit Ende Mai 1986 Chef der Partei des Bundes der Kommunisten (BdK) Serbiens, im April die Kosovo-Hauptstadt Pristina besuchte, den Serben Mut machte und seine Unterstützung versprach.<sup>109</sup> So avancierte er zum „Retter der Serben“ und wurde am 14. Dezember zum Staatschef der Republik Serbien.<sup>110</sup>

Die kommende Zeit war von nationalistischer Mobilisierung der Serben in Wojwodina, Montenegro und Serbien geprägt. Es fanden u.a. „perfekt inszenierte 'Demonstrationen'“ statt, die Druck auf die politischen Führungen ausübten und die Staatschefs Wojwodinas und Montenegros schließlich zurücktreten ließen. Ersetzt wurden diese durch Männer aus Miloševićs Reihen.<sup>111</sup>

Aufkommendem Widerstand im Kosovo begegneten Polizei und Armee mit hohem Gewalteininsatz und einem hohen Maß an Brutalität. Die Autonomie des Kosovo und Wojwodinas wurde durch eine serbische Verfassungsänderung im März 1989 stark eingeschränkt und weiterhin beanspruchte Milošević die Stimmen der beiden Provinzen für sich, sodass Serbien nach der Gleichschaltung Montenegros gleich vier Stimmen in den jugoslawischen Bundesorganen hatte – mehr Stimmen als die anderen Republiken Jugoslawiens zusammen. Dies sorgte natürlich für Unmut und so bröckelte der Zusammenhalt im Staat immer weiter.<sup>112</sup>

---

105Ebd.

106Ebd.

107Ebd.

108Ebd.

109Bundeszentrale für politische Bildung, sowie Melcic, S. 329f.

110Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 329f.

111Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 329f.

112Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 329f.

Eine notwendige Einigung über die Ausgestaltung eines neuen Jugoslawien rückte immer weiter in den Hintergrund, obwohl die gesamtjugoslawische Option zunächst von allen Politikern sowie der Mehrheit der Bürger der Republiken präferiert worden war. Dies zeigte sich insbesondere bei den ersten freien Wahlen 1990 bei denen zum ersten Mal seit 63 Jahren in allen Republiken (außer Serbien und Montenegro, dort behaupteten sich die Kommunisten) national-"bürgerliche" Parteien oder Koalitionen als Sieger hervorgingen.<sup>113</sup> Das Wahlergebnis läutete den Höhepunkt des jugoslawischen Zerfalls ein. Insbesondere die Wahlsieger in Kroatien trugen maßgeblich zur Eskalation bei. Die nationalistische "Kroatische Demokratische Gemeinschaft" (HDZ) unter Franjo Tudjman verunsicherte die knapp 600.000 kroatischen Serben schon während des Wahlkampfes mit nationalen Parolen.<sup>114</sup> Nach dem Wahlsieg wurde die kroatische Verfassung insofern geändert, dass die Serben vom zweiten Staatsvolk zu einer Minderheit herabgestuft wurden.<sup>115</sup> Des Weiteren wurde die bis dahin notwendige Zweidrittelmehrheit bei nationalitätenpolitischen Entscheidungen des kroatischen Parlaments aufgehoben, was neben vieler weiterer serbophober Aktionen die Diskriminierung der Serben weiterhin verschärfte.<sup>116</sup>

Nachdem die Neuordnung Jugoslawiens gescheitert war, folgten vielzählige Volksbefragungen, die zumeist unter großem Zeitdruck und ohne ausreichende Aufklärung der Bevölkerung über die Konsequenzen ihrer weitreichenden Entscheidung erfolgten. So konnten die Einwohner Sloweniens, Kroatiens, Mazedoniens, Bosnien-Herzegowinas und Montenegros mit „Ja“ oder „Nein“ über die Souveränität ihrer jeweiligen Republik und/oder der Sezession vom Staat Jugoslawien abstimmen.<sup>117</sup> Da die nationale Zugehörigkeit hauptsächlich ausschlaggebend dafür war, welche Entscheidung ein Abstimmender traf, diente die Volksbefragung fast mehr einer Volkszählung. Diejenigen nationalen Minderheiten, die keine Möglichkeit sahen, dass die Abstimmungen zu einer Entscheidung in ihrem Sinne führen könnten, boykottierten diese und/oder stimmten bei eigenen Volksbefragungen ab.<sup>118</sup>

Am massivsten betroffen von der drohenden Aufteilung Jugoslawiens waren diejenigen Volksgruppen deren Angehörige zu einem ausschlaggebenden Teil nicht in der zugehörigen Republik, sondern über viele weitere Republiken verstreut niedergelassen waren, wie beispielsweise die Serben oder Kroaten. Laut der Volkszählung von 1981

---

113Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 329f.

114Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 329f.

115Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 329f.

116Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 329f.

117Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung.

118Ebd.

lebten nur 60% (4,8 Mio.) aller in Jugoslawien beheimateten Serben in der Republik Serbien.<sup>119</sup> Die übrigen Landsmänner und -frauen verteilten sich absteigend auf Bosnien-Herzegowina, Wojwodina, Kroatien, Kosovo und auf die restlichen Republiken. Daraus ergaben sich für die Serben bezüglich der politischen Zukunft Jugoslawiens hauptsächlich zwei Möglichkeiten: Entweder der Erhalt eines nach ihren Forderungen umgestalteten gesamtstaatlichen Jugoslawiens oder die Gründung eines neuen Staates („Großserbien“) der alle Gebiete, in denen Serben lebten, umfassen sollte. Nicht ganz so dramatisch aber ähnlich sah die Situation der Kroaten aus, von denen immerhin 75% der Landsleute in der eigenen Republik angesiedelt waren. Andere Bevölkerungsgruppen, wie z.B. die bosnischen Muslime oder auch die slawischen Mazedonier waren ganz klar an einem Erhalt des Gesamtstaates interessiert.<sup>120</sup>

Die Parlamente Sloweniens und Kroatiens verkündeten am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit.<sup>121</sup> Der damalige jugoslawische Regierungschef Ante Markovic wies daraufhin die Jugoslawische Volksarmee (JVA) an, die slowenischen Grenzen militärisch zu sichern, was den Beginn des zehntägigen Krieges zwischen der Volksarmee und der slowenischen Territorialverteidigung markierte. Eine europäische Vermittlungsinitiative konnte den Krieg beenden.<sup>122</sup> In Kroatien kam es vermehrt zu brutalen Konflikten zwischen aufständigen Serben, der kroatischen Nationalgarde, der Polizei und paramilitärischen Banden, die zu einem Krieg um die serbisch bevölkerten Gebiete Kroatiens führten. Dabei wurde die serbische Minderheit zum einen von der JVA und zum anderen von neuen Sondereinheiten (den „Roten Baretten“) der Milošević unterstehenden Geheimpolizei in Serbien sowie von paramilitärischen Banden aus Serbien unterstützt.<sup>123</sup>

Zur „Säuberung des Territoriums“ wurden zwischen August und Dezember 1991 circa 80.000 Kroaten und Muslime aus den serbisch kontrollierten Regionen Kroatiens vertrieben.<sup>124</sup> Dubrovnik und andere Städte Kroatiens wurden angegriffen und die schon seit drei Monaten belagerte und fast vollständig zerstörte ostslawonische Stadt Vukovar wurde – begleitet von ersten genozidalen Handlungen - von den Serben eingenommen.<sup>125</sup> In Kroatien formte sich am 19. Dezember 1991 die „Serbische Republik Krajina“ aus der fast alle Nicht-Serben vertrieben wurden oder flohen.<sup>126</sup>

---

119Ebd.

120Ebd.

121Ebd.

122Ebd.

123Vgl. Ebd.

124Ebd.

125Bundeszentrale für politische Bildung sowie Djuric; Bengsch, 169ff.

126Bundeszentrale für politische Bildung sowie Djuric; Bengsch, 169ff.

Die Europäische Gemeinschaft offerierte zahlreiche Verhandlungsinitiativen zur Schlichtung des Konflikts, die aber bis Ende 1991 keinen Erfolg brachten. Auch andere internationale politische Akteure, wie z.B. die USA, begegneten den Zuständen im jugoslawischen Staat mit Ratlosigkeit und warteten als Außenstehende ab, wie sich die Lage im Land entwickeln würde.<sup>127</sup>

Nachdem die internationale Jugoslawienkonferenz im September 1991 zu keinem Ergebnis führte, erkannten die europäischen Außenminister auf deutschen Druck hin Kroatien und Slowenien im Januar 1992 als eigenständige Staaten an, „sofern sie die Menschen- und Minderheitenrechte garantierten, die bestehenden Grenzen respektierten und demokratische Prinzipien einführten“<sup>128</sup>. Einige Staaten der Europäischen Gemeinschaft stimmten der Anerkennung nur widerwillig zu. Ein Teil der Gegner schätzte die Anerkennung der beiden Staaten, insbesondere in Hinblick auf Bosnien-Herzegowina, als zu früh und konfliktverschärfend ein, für den anderen Teil kam die Anerkennung verspätet. Die europäischen Kriterien für eine Anerkennung erfüllte Kroatien zu diesem Zeitpunkt nicht, jedoch sahen Milošević und die Armeeführung sich durch die Ablehnung einer jugoslawischen Teilung der westlichen Länder ermutigt in ihrem militärischen Vorgehen.<sup>129</sup> Die Kriegshandlungen waren also nicht Folge der Anerkennung, vielmehr strebte die serbische Seite die Eroberung der beanspruchten Teile Kroatiens und die Vertreibung der dort lebenden Kroaten ungeachtet aller diplomatischen Bemühungen weiterhin an.<sup>130</sup>

Milošević unterzeichnete am 2. Januar 1992, als das Kriegsziel erreicht war, einen Waffenstillstand und genehmigte die Entsendung einer UN-Schutztruppe in die umkämpften Gebiete. Anschließend zog sich die JVA nach Bosnien zurück.<sup>131</sup>

Die Muslime und Kroaten in Bosnien hatten sich bei einem Volksentscheid Ende Februar/Anfang März 1992 für eine Abspaltung vom serbisch beherrschten Rumpf-Jugoslawien ausgesprochen.<sup>132</sup> Dies führte zu einem Krieg in Bosnien, der in seinen Ausmaßen den Krieg in Kroatien weit übertraf:

„Die serbische Kriegsstrategie des bewaffneten Aufstands einer erst verängstigten, dann aufgehetzten Bevölkerung und des Einsatzes der Jugoslawischen Volksarmee unter Hinzuziehung paramilitärischer Einheiten und 'Wochenend-Krieger' aus Serbien und dem

---

127Bundeszentrale für politische Bildung.

128Bundeszentrale für politische Bildung sowie Calic.

129Bundeszentrale für politische Bildung sowie Calic.

130Bundeszentrale für politische Bildung.

131Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melic, S. 389f.

132Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melic, S. 389f.

Ausland funktionierte in Bosnien noch effektiver als in Kroatien. Zwischen Sommer 1991 und Ende 1993 operierten in Bosnien 83 paramilitärische Banden, darunter 53 serbische, 13 kroatische und 14 bosniakische.<sup>133</sup>

Die Anführer der bosnischen Serben gingen sofort in die Offensive und belagerten Anfang April 1992 Sarajevo.<sup>134</sup> Im Mai wurde die "Serbische Republik/Republika Srpska" von einer Versammlung der bosnischen Serben ausgerufen und ernannte Radovan Karadžić zu ihrem Präsidenten, die nicht-serbische Bevölkerung wurde aus dem Gebiet vertrieben.<sup>135</sup> Gleichzeitig erklärten die Kroaten das autonome Gebiet „Herceg Bosna“ zu ihrem eigenen Staat.<sup>136</sup> Nur die muslimischen Bosnier waren sich einig, dass der Staat erhalten bleiben müsse, schließlich besaßen sie außerhalb Bosnien-Herzegowinas keine Mutternation. Unsicher war man sich jedoch, ob ein kleines Jugoslawien, ein muslimischer Nationalstaat oder eine islamische Republik die beste Alternative für sie wäre.<sup>137</sup>

Die JVA zog sich aus Bosnien-Herzegowina nach Serbien und Montenegro zurück und hinterließ ihre Waffen und Ausrüstungen zu einem großen Teil den bosnischen Serben. So formierte sich unter dem Kommando von General Ratko Mladić aus 35.000 sogenannten Freischärlern und 60.000 bosnisch-serbischer Soldaten und Offiziere eine Armee, die den bosnischen Regierungstruppen weit überlegen war, sodass sie seit Sommer 1992 mehr als zwei Drittel Bosniens beherrschten.<sup>138</sup> Anfänglich versuchten kroatische und bosniakische Streitkräfte Widerstand gegen die Serben zu leisten - die Militärallianz zerfiel jedoch und Anfang 1993 brach der sogenannte „Zweite Krieg“ der einstigen Verbündeten aus, der erst Mitte 1994 durch internationale Bemühungen eingedämmt werden konnte.<sup>139</sup>

Im Frühsommer 1995 begann sich die Lage in Kroatien und Bosnien zu ändern: Anfang August wurde die „Republik Krajina“ von der kroatischen Armee eingenommen, wobei der serbischen Armee und deren Angehörigen freier Abzug garantiert wurde. Daraufhin begann die Flucht von mehr als 150.000 Serben aus Krajina nach Bosnien und Serbien, währenddessen kam es zu brutalen Racheaktionen und Kriegsverbrechen seitens der Kroaten.<sup>140</sup>

In Bosnien brachte die militärische Kooperation bosnischer Regierungstruppen mit der

---

133 Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 389f.

134 Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 389f.

135 Bundeszentrale für politische Bildung sowie Melcic, S. 389f.

136 Vgl. Calic.

137 Ebd.

138 Bundeszentrale für politische Bildung.

139 Vgl. Calic.

140 Bundeszentrale für politische Bildung.

kroatischer Armee im Nordwesten Bosniens eine Änderung der militärischen Lage innerhalb weniger Wochen. Die kooperierenden Truppen konnten bei gemeinsamen Angriffen bedeutende Gebiete einnehmen.<sup>141</sup> Währenddessen flog die NATO Luftangriffe gegen serbisch besetzte Territorien rund um Sarajevo, Pale und Tuzla und die USA starteten eine erneute Friedensinitiative: Im Oktober 1995 wurde ein Waffenstillstand beschlossen und der Krieg in Bosnien konnte nach dreieinhalb Jahren beendet werden.<sup>142</sup> Anschließend fand sich in Dayton (Ohio) eine Friedenskonferenz zusammen, bei der die zerstrittenen Parteien einem Abkommen zustimmten, welches am 14. Dezember in Paris unterschrieben wurde.<sup>143</sup> Bosnien blieb als „konföderativer Staat unter internationaler Aufsicht“<sup>144</sup> erhalten und setzte sich fortan aus der „bosniakisch-kroatischen Föderation“ (51% des Staatsgebiets) und der „Serbischen Republik“ (49%) zusammen.<sup>145</sup> Das Abkommen von Dayton verpflichtete die Vertragspartner Vertriebene und Flüchtlinge bei ihrer Heimkehr zu unterstützen.

Dies markierte jedoch nicht das Ende der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien: Sofort setzten in den seit 1990/91 von serbischer Hand kontrollierten Gebieten ethnische Säuberungen ein.<sup>146</sup> Der Euphemismus „ethnische Säuberungen“ wurde Anfang der 90er Jahre von dem bosnischen Krieg geprägt.<sup>147</sup> Die UNO definierte den Begriff als eine „vorsätzliche Politik, die von einer ethnischen oder religiösen Gruppe verfolgt wird, um die Zivilbevölkerung einer anderen ethnischen oder religiösen Gruppe durch gewaltsame und terroristische Mittel aus bestimmten geographischen Gebieten zu entfernen.“<sup>148</sup> Bevölkerungsgruppen, die bei der angestrebten Homogenisierung von Nationalstaaten als störend empfunden wurden, sollten entfernt und deren Lebensgrundlage zerstört werden.<sup>149</sup> So wurden „symbolische Akte der Grausamkeit [durchgeführt], bei denen bestimmte kulturell spezifische und aus der Geschichte bekannte Muster der Verstümmelung und Tötung angewandt wurden.“<sup>150</sup> Auch alles was an die zu entfernende Ethnie erinnerte, wie z.B. religiöse und kulturelle Bauwerke sowie traditionelle Kommunikations- und Kulturräume (z.B. Sarajevos Innenstadt) wurden vernichtet. In Bosnien wurde systematisch katholisches und islamisches Kulturgut zerstört oder schwer

---

141Ebd.

142Vgl. Elvert, S. 240ff.

143Elvert, S. 244ff. Sowie Melcic, S. 441f.

144Elvert, S. 244ff. Sowie Melcic, S. 441f.

145Elvert, S. 243 sowie Melcic, S.441f.

146Elvert, S. 243 sowie Melcic, S.441f.

147Vgl. Calic.

148Ebd.

149Ebd.

150Ebd.

beschädigt, im Kosovo wurden serbisch-orthodoxe Kirchen und Kloster von albanischen Extremisten abgebrannt.<sup>151</sup>

Der Kosovo, „der gefährlichste Krisenherd“, wurde bei den Friedensverhandlungen in Dayton ausgeklammert. Aus diesem rechtlich zu Serbien gehörenden Gebiet, das zu 90% von Albanern bewohnt war, äußerten sich Anfang der 90er Jahre auch Unabhängigkeitswünsche. Das serbische Parlament hatte die Rechte der Kosovaren stark eingeschränkt, woraufhin jene mit einem Boykott aller jugoslawischen Institutionen reagierten. Zudem wurde ein albanischer Parallelstaat gegründet und bei einem Referendum im September 1991 für die Unabhängigkeit und Souveränität des Staates Kosovo gestimmt.<sup>152</sup> Massive Menschenrechtsverletzungen und eine immer schlimmer werdende sozial-ökonomische Krise bewegten 1996 die Untergrundorganisation „Kosovo-Befreiungsarmee“ (UCK) zu bewaffneten Kämpfen für die Unabhängigkeit ihrer Provinz. Belgrad setzte ab 1997 Armee und Sonderpolizei gegen die Rebellen ein – im März 1998 folgte die Eskalation des seit Jahren schwelenden Konflikts zum Krieg.<sup>153</sup> Internationale Vermittlungsinitiativen scheiterten, woraufhin die NATO im März 1999 Luftangriffe gegen Industrieanlagen, Infrastruktur und militärische Gebäude Jugoslawiens flog. Damit einhergehend setzte eine der größten Flüchtlingsbewegungen Europas nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein: Etwa 800.000 Menschen flohen aus dem Kosovo oder wurden vertrieben. Belgrad lenkte im Juni 1999 ein und stimmte der Umwandlung des Kosovo in ein internationales Protektorat zu, wobei der endgültige völkerrechtliche Status unklar blieb.<sup>154</sup>

Die massiven Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien waren ausschlaggebend für die Formung der internationalen Strafgerichtsbarkeit: Um die vielen Verbrechen juristisch verfolgen zu können, gründete die UN am 23. Mai 1993 mit der Resolution 827 einen Ad-hoc-Gerichtshof mit Sitz in Den Haag – seit den Nürnberger Prozessen die erste internationale Strafinstanz.<sup>155</sup> Der Gerichtshof erhob Völkermordanklage gegen die Führer der bosnischen Serben, Radovan Karadžić und Ratko Mladić, aufgrund der „ethnischen Säuberungen“ 1992/93 in Bosnien-Herzegowina.<sup>156</sup> Ihnen wurde vorgeworfen die Auslöschung der Bosniaken vorsätzlich geplant, vorbereitet und befohlen zu haben. Stellvertretend für die zahlreichen

---

151Ebd.

152Ebd.

153Ebd.

154Ebd.

155Vgl. Ebd.

156Ebd.

Völkermorddelikte und Kriegsverbrechen steht die Tötung von etwa 8000 Bosniaken nach der serbischen Eroberung der ostbosnischen UN-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995.<sup>157</sup> Des Weiteren wurde u.a. gegen den ehemaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević und vier jugoslawische Generäle ein Verfahren eingeleitet aufgrund der Vertreibung von 800.000 Albanern aus dem Kosovo im Frühling 1999. Die Anklage lautete auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verstöße gegen das in den Genfer Konventionen niedergelegte Kriegsvölkerrecht.“<sup>158</sup>

Insgesamt flohen nach Schätzungen des UNHCR 734.970 Menschen (Stand März 1995) aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien. Die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge (350.000, also 48%) fanden Schutz in Deutschland.<sup>159</sup> Kleinere europäische Länder wie die Niederlande, Schweden, Österreich und die Schweiz haben jeweils mehr Flüchtlinge aufgenommen als Frankreich und Großbritannien zusammen. Österreich hat mit sechs Flüchtlingen pro Tausend Einwohner die meisten Flüchtlinge pro Kopf aufgefangen. In Deutschland zählte man auf 1.000 Einwohner 4,3 aufgenommene Bürgerkriegsflüchtlinge.<sup>160</sup>

Laut einer Berechnung der Universität Bamberg kehrte der Großteil der in Deutschland zwischen 1991 und 1995 Schutz suchenden Flüchtlinge in ihre Heimat zurück. Etwa 20.000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina wurden als Härtefälle eingestuft und blieben dauerhaft in Deutschland.<sup>161</sup>

---

157Ebd.

158Ebd.

159Vgl. Efms: *Statistiken zur Migration und Integration von Migranten- Kriegsflüchtlinge aus dem ehem. Jugoslawien in verschiedene Staaten*, online verfügbar unter: [http://www.efms.uni-bamberg.de/ds27\\_2\\_e.htm](http://www.efms.uni-bamberg.de/ds27_2_e.htm) [zuletzt geprüft am 26.03.2018]

160Ebd.

161Grimmer, Claudia: *Die 90er in Deutschland- Da war doch was?*, online verfügbar unter: <https://www.br.de/nachrichten/fluechtlinge-rueckblick-kosovo-balkan-100.html> [zuletzt geprüft am 19.03.2018]

#### 4. Für den Untersuchungszeitraum und -gegenstand relevante Großereignisse

Im Folgenden werden relevante gesellschaftliche Großereignisse kurz vorgestellt, auf die in den untersuchten Artikeln Bezug genommen wird.

##### 1. Eberswalde, 25. November 1990

Eine Gruppe Skinheads tritt so lange auf einen Angolaner ein, bis dieser regungslos am Boden liegen bleibt. Der Mann erliegt seinen Verletzungen etwa zwei Wochen später.<sup>162</sup>

##### 2. Dresden, 1. April 1991

In einer Dresdner Straßenbahn wird ein Mosambikaner von einer Gruppe Skinheads angegriffen, bis er schließlich aus dem fahrenden Zug stürzt. Fünf Tage später stirbt der Mann an den Folgen.<sup>163</sup>

##### 3. Hoyerswerda, 17. September 1991

In der sächsischen Stadt greifen Rechtsradikale unter applaudierenden Anwohnern ein Ausländerwohnheim an. Die Polizei schafft es nicht die Lage zu entschärfen, stattdessen werden die Ausländer mit Bussen aus der Stadt gefahren.<sup>164</sup>

##### 4. Rostock-Lichtenhagen, 22.-25. August 1992

Im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen greifen etwa 1.000 Neonazis, Skinheads sowie betrunkene und gewaltbereite Jugendliche die Unterkunft für Asylbewerber sowie das Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter an: „Es wurden Gehwegplatten zertrümmert, Steine und Molotowcocktails geworfen, Autos angezündet. Der Gewaltexzess wurde von tausenden Anwohnern toleriert und bejubelt.“<sup>165</sup>

##### 5. Mölln, 23. November 1992

In der schleswig-holsteinischen Stadt werfen zwei junge Rechtsradikale Brandsätze in zwei Häuser türkischer Familien. Eine Frau und zwei Mädchen kommen bei dem Anschlag

---

162Süddeutsche Zeitung: *Wenn Neonazis zuschlagen*. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextreme-anschlaege-in-deutschland-wenn-neonazis-zuschlagen-1.1647363> [zuletzt geprüft am 01.02.2019]

163Ebd.

164Ebd.

165Mauersberger, Kerstin: *Rechter Terror: 25 Jahre Rostock-Lichtenhagen*. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/zeitreise/rechter-terror-nsu-rostock-lichtenhagen-100.html> [zuletzt geprüft am 01.02.2019]

um.

#### 6. München, 06. Dezember 1992

Bei der sogenannten Lichterketten-Bewegung zündeten 400.000 Menschen eine Kerze gegen Ausländerhass an und demonstrierten so gegen den umgreifenden Rechtsextremismus in Deutschland. Kurz darauf folgten Lichterketten in Hamburg, Essen und Nürnberg. Insgesamt beteiligten sich etwa eine Million Menschen an der bis dato größten Demonstration gegen Ausländerhass.<sup>166</sup>

#### 7. Solingen, 29. Mai 1993

Vier junge Männer verüben einen Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie in Solingen. Fünf Mädchen und Frauen sterben bei dem Brand.<sup>167</sup>

---

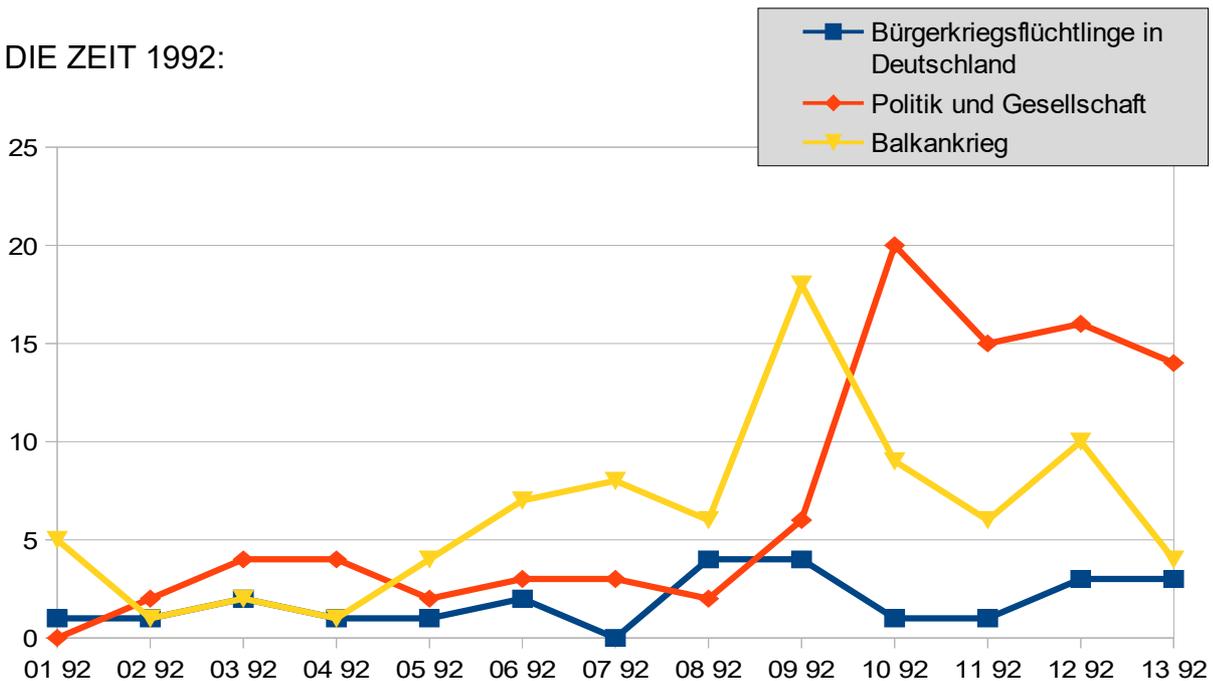
<sup>166</sup>Esslinger, Detlef: *400.000 Kerzen gegen rechte Gewalt*. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/jahre-lichterkette-in-muenchen-kerzen-gegen-rechte-gewalt-1.1543012>  
[zuletzt geprüft am 01.02.2019]

<sup>167</sup>Süddeutsche Zeitung.

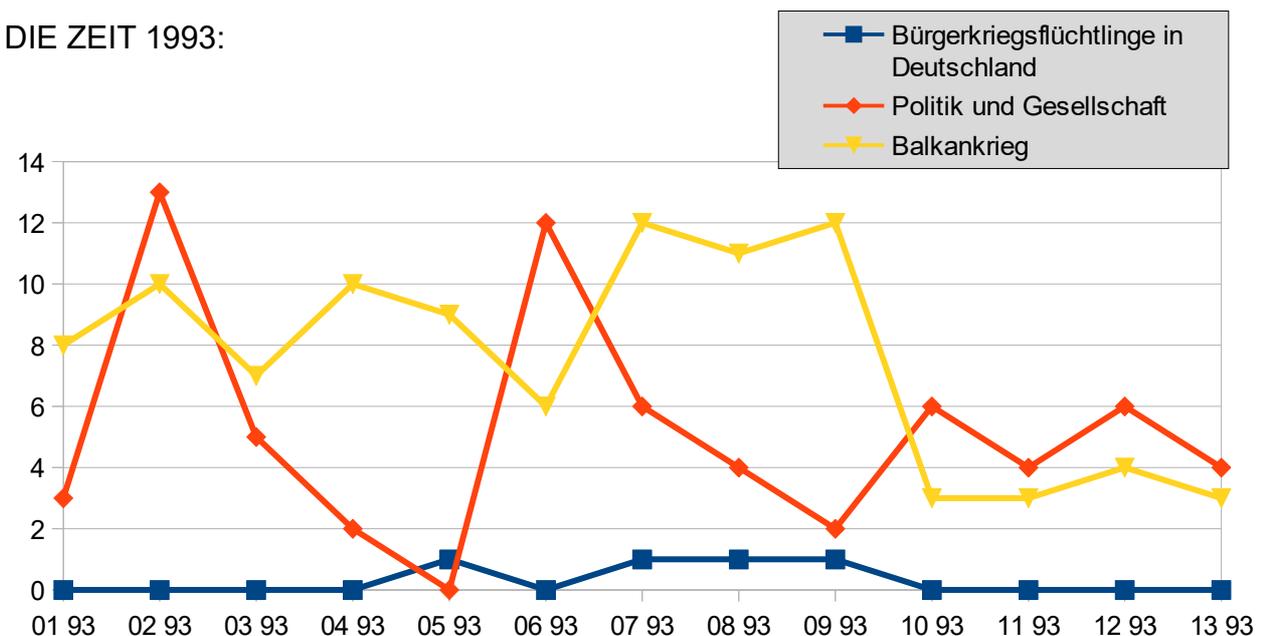
## 5. Bestandsaufnahme und Untersuchung relevanter Artikel bezüglich der Migrationsbewegung aus Jugoslawien nach Deutschland in der ZEIT

Es folgt eine Bestandsaufnahme sowie Untersuchung der relevanten Artikel der ZEIT-Ausgaben der Jahre 1992/1993. Die folgenden Diagramme visualisieren die thematische Verteilung der Artikel in den betrachteten Jahren. Anschließend werden die Untersuchungsergebnisse gegliedert innerhalb der Themengruppen dargestellt.

DIE ZEIT 1992:



DIE ZEIT 1993:



## 5.1 Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland

### 5.1.1 Zentrale Aufnahmestellen

In „Platz für Bulgarien, männlich?“<sup>168</sup> werden die Zustände in der östlichsten ZAST Deutschlands in Eisenhüttenstadt, Brandenburg geschildert. Inzwischen sei die Leiterin des Hauses total verzweifelt: So sei die Luft in der Zentralen Aufnahmestelle aufgrund der Überfüllung kaum mehr zu atmen, die Zustände werden als menschenunwürdig beschrieben und den Menschen ginge es sehr schlecht. Von der ZAST aus werden die Asylsuchenden auf die verschiedenen Flüchtlingsheime umverteilt, jedoch würden sich manche Asylsuchenden weigern aus den Bussen auszusteigen oder rechte Randalierer hindern sie daran.<sup>169</sup> Noch bis vor kurzem galt die ZAST als das Vorzeigeheim – nun gleiche sie einem „hektischen Umschlagplatz von Tausenden von Schicksalen“<sup>170</sup>.

Auch in dem Artikel „Schöne Theorie der kurzen Wege“<sup>171</sup> werden die untragbaren Zustände einer Asylbezirksstelle geschildert, an der u.a. rechtsradikale Schmierereien beobachtet wurden. In dieser Einrichtung werde versucht das sogenannte Sechs-Wochen-Modell umzusetzen, welches die Asylverfahren beschleunigen soll. Auch hier gebe es viel zu wenig Personal und dementsprechend viele unbearbeitete Altfälle.<sup>172</sup>

In dem Artikel „Schlimm, schlimmer...“<sup>173</sup> werden erneut die desolaten Zustände einer ZAST beschrieben: Die Berliner Aufnahmestelle sei total überfüllt und rund um die Uhr von Asylbewerbern belagert. Infolgedessen ordnete der Innensenator an die ZAST nach Hohenschönhausen zu verlagern – in ein „Revier der Rechtsradikalen“, schlecht zu erreichen und schwer vor Angriffen zu schützen.<sup>174</sup> Alle möglichen Instanzen hätten versucht den Innensenator zu überzeugen seinen Plan zu ändern. Dieser lenke jedoch aus Prinzip nicht ein. Vielmehr zeige er sogar Verständnis mit den Tätern der Anschläge in Rostock-Lichtenhagen: So seien deren Taten nicht im Rechtsradikalismus begründet, sondern das Ergebnis „vollauf berechtigten Unmut[s] über den Massenmissbrauch des Asylrechts“<sup>175</sup>. In diesem Zuge hat sich die Bürgerinitiative "Gemeinsam gegen

---

168Vgl. DIE ZEIT: *Platz für Bulgarien, männlich?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/37/platz-fuer-bulgarien-maennlich> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

169Ebd.

170Ebd.

171Vgl. Pahlke, Dieter: *Schöne Theorie der kurzen Wege*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/44/schoene-theorie-der-kurzen-wege> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

172Vgl. Ebd.

173Vgl. Dieckmann, Christoph: *Schlimm, schlimmer...* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/43/schlimm-schlimmer> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

174Ebd.

175Ebd.

Asylmißbrauch" gegründet, die meint zu wissen, dass sich unter den Berliner Asylsuchenden kein wirklich Notleidender befinden könne<sup>176</sup>: „Diese Menschen haben gar nicht die Kraft, geschweige denn die finanziellen Mittel, um die weite Reise nach Deutschland anzutreten.“<sup>177</sup> Die Berliner ZAST wurde schließlich tatsächlich, wie vom Innensenator geplant, nach Hohenschönhausen verlegt. In dem Artikel „Dauerstreit um die neue Asylstelle“<sup>178</sup> wird der komplizierte Anreiseweg dorthin beschrieben, der insbesondere für Menschen, die die Sprache nicht beherrschen, sehr schwierig zu bewältigen sei. Zudem führt der Weg die Asylsuchenden durch wenig besiedelte Gebiete, wo es beispielsweise auch keine Telefonzellen für den Notfall gibt.<sup>179</sup> Zumal es schon vermehrt zu fremdenfeindlichen Attacken gekommen ist, stellen diese Umstände ein Sicherheitsrisiko für die Flüchtlinge dar. Die Innenverwaltung scheint dies nicht zu tangieren, vielmehr meint Ulrich von Chamier, Leiter der Ausländerbehörde: „Wer so einfallsreich ist, von Nigeria nach Deutschland zu finden, der findet auch nach Hohenschönhausen.“<sup>180</sup> Für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien besteht in Berlin-Kreuzberg eine extra Anlaufstelle, diese sei jedoch auch total überrannt. Asylsuchende würden dort, aus Angst am nächsten Tag nicht den nötigen Aufenthaltsstempel zu ergattern, bei klirrender Kälte vor dem Gebäude übernachten.<sup>181</sup>

In „Öl für die Flammen“<sup>182</sup> geht es um Jürgen Trittins Vorhaben einer neuen ZAST in Hannoversch-Münden, dem sich Unternehmen, Einwohner und die CDU entgegen stellen. Es hätten sich bereits mehrere Bürgerinitiativen gegründet, die entsprechende Gegenaktionen organisieren.<sup>183</sup> Die ansässigen Unternehmen befürchten, dass die geplante ZAST zu einer Kriminalitätssteigerung in der Region führe, was sich negativ auf ihr Geschäft auswirken könnte. Ferner sind sie der Ansicht, dass der Großteil der Flüchtlinge sowieso keinen Anspruch auf Asyl habe und somit nicht zu dulden sei: „Berichteten doch die Medien fast täglich 'von den zum Teil kriminellen Übergriffen' der Asylbewerber, von denen nur 'ein verschwindend kleiner Teil tatsächlich als Asylanter einzustufen ist.“<sup>184</sup> Diesem angeblichen Asylmissbrauch muss laut der Unternehmen

---

176Vgl. Ebd.

177Ebd.

178Vgl. DIE ZEIT: *Dauerstreit um die neue Asylstelle*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/45/dauerstreit-um-die-neue-asylstelle> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

179Vgl. Ebd.

180Ebd.

181Vgl. Ebd.

182Vgl. DIE ZEIT: *Öl für die Flammen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/45/oel-fuer-die-flammen> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

183Vgl. Ebd.

184Ebd.

Einhalt geboten werden, „bevor wir in der Bundesrepublik total überschwemmt werden.“<sup>185</sup> Dabei betonen sie jedoch, nicht rechts gesinnt zu sein. Dennoch drohen die Firmen sogar mit Umzug und setzen ihre Arbeitnehmer quasi als Geiseln ein, um ihre privaten Wünsche durchzusetzen. Als Protest gegen die Fremdenfeindlichkeit in Hannoversch-Münden haben mehrere Flüchtlingsinitiativen Demonstrationen geplant.<sup>186</sup>

### 5.1.2 Aufnahme und Integration - Probleme und Erfolge

Anfang des Jahres 1992 berichtet die ZEIT unter dem Titel „Feuerprobe bestanden“<sup>187</sup> über die Aufnahme von 10.000 kroatischen Bürgerkriegsflüchtlingen in Pforzheim. Die Autorin beschreibt den Zustand der Flüchtlinge als desolat und deutet an, welchen Schrecken sie im Kriegsgebiet entflohen sind. Insbesondere die Hilfsbereitschaft und der Einsatz der Pforzheimer wird lobend in den Vordergrund gestellt. Dieses Engagement scheint jedoch einigen nicht zu passen: „Eine ganze Stadt übt Solidarität mit den Freunden aus Osijek. Fast eine ganze Stadt. 'Kroatensau' war auf den Zettel gekritzelt, der neulich bei Röschs im Briefkasten lag. Und Pater Juro hat kürzlich eine Morddrohung erhalten.“<sup>188</sup> Zur Erklärung: Familie Rösch nahm Flüchtlinge bei sich auf und der Pater setzte sich in besonderem Maße für die Hilfesuchenden ein.<sup>189</sup>

In „Das traurige Wort von Zumutbarkeit“<sup>190</sup> wird im Februar 1992 von einer von 75 Asylbewerbern besetzten Kirche in Norderstedt, Schleswig-Holstein berichtet. Dort wohnten die Flüchtlinge unter der Obhut des Pastors bis der Sozialminister deren Umverteilung nach Ostdeutschland beschloss.<sup>191</sup> Im Osten wären sie bereits nach sechs Tagen von einem wütenden Mob attackiert worden, woraufhin die Flüchtlinge erneut Schutz in der Kirche von Norderstedt suchten. Da die Kirche den Gesetzen folgend die humanitäre Hilfe einstellte, wurden die Flüchtlinge fortan von Linksautonomen unterstützt. Doch die Behörden drängten auf eine erneute Umverteilung der Asylbewerber und die Räumung der Kirche. In diesem Zuge bot der Pastor den Flüchtlingen die Hilfe von einem von ihm entwickelten Unterstützungsprogramm an, das sie in Ostdeutschland begleiten

---

185Ebd.

186Vgl. Ebd.

187Vgl. Marx, Katja: *Feuerprobe bestanden*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/02/feuerprobe-bestanden> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

188Ebd.

189Vgl. Ebd.

190Vgl. Stock, Ulrich: *Das traurige Wort von der Zumutbarkeit*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/06/das-traurige-wort-von-der-zumutbarkeit> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

191Vgl. Ebd.

würde. Nichtsdestotrotz wurde der Geistliche von den Linksautonomen des Rassismus, Faschismus und des Verrats beschuldigt. Der Pastor fühle sich tief getroffen und meint:

„Es gebe zu wenig Menschen in Deutschland, die etwas für Flüchtlinge tun wollen, und das Schlimme an Norderstedt sei, daß sich diese wenigen nun in zwei Lager gespalten hätten.“<sup>192</sup> Der Autor sympathisiert stark mit dem Pastor und stellt sich gegen die Linksautonomen, deren Art von Engagement ihm zu weit geht. Dennoch macht der Artikel deutlich, wie wichtig es sei, sich für Geflüchtete einzusetzen.

„Die Albaner bleiben“<sup>193</sup> berichtet über ein Dorf in Baden-Württemberg, deren Einwohner sich gegen die Umverteilung dreier Flüchtlinge nach Ostdeutschland einsetzen. Die Dorfbewohner unterstützen das Anliegen der Asylbewerber, denn diese hätten Arbeit, seien gut integriert und im Sportverein aktiv. Letztendlich wurde von einer Umverteilung abgesehen und der Landtag versprach „bei der Verteilung individuelle Belange der Asylbewerber mehr als in der Vergangenheit [zu] berücksichtigen“<sup>194</sup>. Der Artikel stellt sich klar auf Seiten der Geflüchteten, lobt die Solidarität und Menschlichkeit der Dorfbewohner und kritisiert die Politik.

Im Juli 1992 beschreibt der Artikel „Eine Welle läuft ins Leere“<sup>195</sup> wie hilfsbereite Bürger, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen wollen, durch die Bürokratie an ihrem Vorhaben scheitern. Die Autorin berichtet von Menschen, die aufgrund der Berichte im Fernsehen Mitleid mit den Geflüchteten verspürten und helfen wollten. Bei dem Versuch, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, seien sie jedoch von einer zur nächsten Stelle verwiesen worden. Dem entgegenwirken möchte die „Aktion Fluchtweg“, gegründet von Alternative Liste/Die Grünen, taz und der "Initiative zur Unterstützung der jugoslawischen Friedensbewegung", bei der sich Bürger registrieren lassen können, die einen oder mehrere Geflüchtete aufnehmen wollen. Die Aktion sei aus Ohnmacht und Wut geboren: Von den knapp 5.000 Flüchtlingen, die Deutschland aufnahm, sind nur 110 nach Berlin gekommen, obwohl viele Bürger den Wunsch geäußert hätten, mehr Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet und zu sich zu holen. Die Adressen der registrierten Berliner, die die „Aktion Fluchtweg“ sammelte, sollen Druck auf die Politik ausüben, die Aufnahme von mehr Menschen zu bewilligen: „Und ein bißchen beschämen sollte die Aktion wohl auch, angesichts der kleinmütigen,

---

192Ebd,

193Vgl. Maußhardt, Philipp: *Die Albaner bleiben*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/11/die-albaner-bleiben> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

194Ebd.

195Vgl. Gaserow, Vera: *Eine Welle läuft ins Leere*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/32/eine-welle-laeuft-ins-leere> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

nach Quoten bemessenen staatlichen Hilfsbereitschaft.“<sup>196</sup> Innerhalb von drei Tagen haben sich mehr als 400 Berliner bei der „Aktion Fluchtweg“ gemeldet, woraufhin der Bürgermeister die Initiatoren der Bewegung empfangen und Unterstützung versprochen hat. Diese stellte sich jedoch als nichtig heraus, da Berlin nur mehr Flüchtlinge aufnehmen wolle, wenn Bund und Länder gleichziehen. Zudem sieht die Sozialsenatorin die private Unterbringung von Geflüchteten als problematisch an: „Wenn die Flüchtlinge länger blieben als erwartet, sprachliche und kulturelle Probleme auftauchten, reichten Mitleid und spontane Hilfsbereitschaft als Basis nicht aus.“<sup>197</sup> Zudem hänge die Aufnahmequote in erster Linie nicht mit der Anzahl der Unterkünfte zusammen – wie viele freie Plätze es gebe, wolle man aber nicht sagen. Die Autorin vermutet, dass die anderen Länder wohl ähnlich wie Berlin handeln und die hilfsbereiten Bürger abspesen werden. Wenn, dann werde sich um die Flüchtlinge gekümmert, die schon in Deutschland sind, die Aufnahme von noch mehr Menschen, sei eher problematisch.

Der Artikel „Am liebsten ein Baby“<sup>198</sup> berichtet von der privaten Unterbringung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien. Die Mehrheit der Flüchtlinge kam bei bosnischen Gastarbeiterfamilien unter, allerdings sei die Aufnahmefähigkeit der 7200 Familien mittlerweile erschöpft. So würden in Dortmund etwa 6000 Bosnier verteilt auf die Familien auf engstem Raum zusammenleben. Folgend wird geschildert, wie eine zehnköpfige Familie, nur noch aus Frauen bestehend, zusammengepfercht in einer Dortmunder Wohnung ihr Dasein fristet. Der Artikel gibt die Ausführungen der Bosnierinnen über ihre Kriegserlebnisse wieder und dem Leser bieten sich ungeheuerliche Erzählungen, wie die Serben die Landsleute der Bosnier gequält haben würden.<sup>199</sup> Von ihren eigenen Männern und Söhnen hätten die Frauen seit der Abreise nichts mehr gehört. Die Bosnierinnen würden so schnell wie möglich Deutsch lernen und eine Arbeit finden wollen. Hoffnung auf eine Verbesserung der engen Wohnverhältnisse hätten die etwa 140 Wohnungsangebote, die die AWO und Caritas von privaten Dortmundern erhalten haben, geben können. Jedoch wurde schnell klar, dass die meisten keine Großfamilien, sondern – zugespitzt formuliert – „am liebsten ein Baby mit Schusswunde“<sup>200</sup> aufnehmen wollen.

Im dem Artikel „In den Städten wächst der Zorn“<sup>201</sup> schildert der Autor, wie die Kommunen

---

196Ebd.

197Ebd.

198Vgl. DIE ZEIT: *Am liebsten ein Baby*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/36/am-liebsten-ein-baby> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

199Vgl. Ebd.

200Ebd.

201Vgl. Böhme, Rolf: *In den Städten wächst der Zorn*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/48/in-den-staedten-waechst-der-zorn> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

unter der Zuwanderung stöhnen und hält die Politik zum Handeln an. So sei beispielsweise in Freiburg, wie in vielen weiteren Kommunen, der Wohnungsmangel das größte Problem. Dementsprechend wachse der Unmut der Bevölkerung über den besetzten Wohnraum und die scheinbar beliebig steigende Flüchtlingszahl. Um die Kommunalverwaltungen besser vorzubereiten und den Druck nicht an die Bürger weiterzugeben, müsse die Politik endlich agieren. Momentan würden sich die Freiburger, wie viele andere auch, alleingelassen und als Verlierer der Asyldebatte fühlen: „Die Politik streitet, findet keine Lösung, und wir Bürger zahlen die Zeche.“<sup>202</sup> In Freiburg sei jedoch positiv hervorzuheben, dass trotz aller Probleme viele politische und gesellschaftliche Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Träger der freien Wohlfahrtspflege solidarisch hinter der Aufnahmeverpflichtung Freiburgs stünden.<sup>203</sup>

Von einem Paradebeispiel gelungener Integration berichtet die ZEIT Ende Dezember 1992 in „Eine Schule für Kinder aller Länder“<sup>204</sup>. Die internationale Schule in Bonn-Bad Godesberg besuchen Kinder über 50 verschiedener Nationalitäten, Religionen und Kulturen. Hervorgehoben wird u.a., dass sich eine Bosnierin und eine Serbin ganz friedlich und freundschaftlich einen Platz teilen. An der Schule herrscht ein Ausländeranteil von 70%, dies sei jedoch weniger ein Problem, als eine Bereicherung. So meint die Rektorin: „Und doch kam Licht in die Schule, und zwar durch die Ausländer. Sie führten vor Augen, daß man auch anders fühlen, denken, sprechen, sich bewegen kann.“<sup>205</sup>

Auch der Artikel „Wer soll helfen, wenn nicht wir?“<sup>206</sup> aus der 17. Ausgabe des Jahres 1993 gibt Anlass zur Hoffnung, indem ein Fall vorbildlicher Hilfsbereitschaft und Solidarität Erwähnung findet. Die Autorin berichtet von einer Kasseler Familie, die zwei Bosnierinnen und ihre vier Kinder bei sich aufnahm. Die Bosnier und die Deutschen seien schnell zusammengewachsen, die Kinder hätten schnell Deutsch gelernt und gingen zur Schule. Das Verhältnis zu ihren Gastgebern beschreiben die Bosnierinnen als sehr herzlich. Von Fremdenfeindlichkeit haben die Frauen bisher nichts spüren müssen, sie wären herzlich aufgenommen und von den Nachbarn sogar beschenkt worden. Dennoch verspüren die Bosnierinnen großes Heimweh und sehnen sich nach dem Kriegsende: „[...] Die Ungewißheit, wie lange all das dauern wird, macht es so schwer, sich in der Fremde

---

202Ebd.

203Vgl. Ebd.

204Vgl. DIE ZEIT: *Eine Schule für die Kinder aller Länder*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/52/eine-schule-fuer-kinder-aller-laender> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

205Ebd.

206Vgl. Mainka, Iris: *'Wer soll helfen, wenn nicht wir?'* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/17/wer-soll-helfen-wenn-nicht-wir> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

wirklich einzuleben.“<sup>207</sup>

Wie problematisch sich die Situation anderenorts teilweise verhält, wird in dem Artikel „Tam Tam auf dem Friedhof“<sup>208</sup> deutlich. Vor einem Jahr wurde in Hellendorf bei Hannover ein Wohncontainer für Asylbewerber direkt neben einem Friedhof platziert. Im Vorfeld haben die Bewohner erfolglos versucht das Aufstellen des Containers zu blockieren und mittlerweile gebe es viele Probleme. Die Dorfbewohner bezichtigen die Asylbewerber, vor allem Sinti und Roma, des Diebstahls und der Randalen auf dem Friedhof. Wiederum die Sinti erheben Vorwürfe, Opfer von Attacken zu werden und kein Telefon zu haben, um die Polizei oder Hilfe zu holen. Zudem ließen die Dorfbewohner sie selbst in Notfällen nicht telefonieren, z.B. um einen Arzt zu rufen, wenn ein Kind erkrankt sei. Auf Nachfrage will sich niemand im Dorf als Fremdenfeind betiteln lassen, obgleich sich eine Interessengemeinschaft gegründet habe, die darauf abziele, die Ausländer loszuwerden. Gleichwohl wird behauptet, den Asylbewerbern nur Gutes wollen:

„Natürlich hat man auch hier nichts gegen Ausländer. Die Interessengemeinschaft habe sich im Gegenteil sogar im Interesse der Asylbewerber formiert [...]. Der Ort sei so abgelegen, die Busverbindungen so schlecht. Gegen den Platz am Hellendorfer Friedhof freilich sei nichts zu sagen.“<sup>209</sup>

Die zwei folgenden Artikel beschäftigen sich mit der Frage der Verteilung der Flüchtlinge. „Nicht nach Blankenese“<sup>210</sup> schildert die ungleiche Verteilung von Geflüchteten im Hinblick auf sozial schwache und sozial starke Wohnviertel. In ärmeren Regionen, in denen der Ausländeranteil generell schon hoch ist, würden immer mehr Notunterkünfte gebaut und stetig mehr Flüchtlinge untergebracht werden. Bessergestellte Bürger würden sich erfolgreich gegen neue Unterkünfte in ihrer Nähe wehren: „Es ist niederschmetternd, mit ansehen zu müssen, daß sich die Reichen und Intellektuellen gegen ein Mindestmaß an Zuweisung von Asylbewerbern sperren.“<sup>211</sup> Folglich werde ihnen unterstellt, nur offen gegenüber Ausländern zu sein, solange diese weit von ihnen weg wohnen. Diesen Umstand müssten dann die Wohnviertel, die sowieso schon als soziale Brennpunkte gelten, ausgleichen, da die Einwohner dort weder über das Geld für juristische Mittel, noch

---

207Ebd.

208Vgl. DIE ZEIT. *Tam Tam auf dem Friedhof*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/46/tamtam-auf-dem-friedhof> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

209Ebd.

210Vgl. DIE ZEIT: *Nicht nach Blankenese*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/39/nicht-nach-blankenese> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

211Ebd.

über die nötigen Kenntnisse im richtigen Vorgehen verfügen.<sup>212</sup>

Das Ausmaß der Verteilungsproblematik wird auch in dem Artikel „Böse, böse“<sup>213</sup> deutlich. So würde Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau es begrüßen ganze „Stadtteile für Ausländer [zu] sperren“<sup>214</sup>, weil es seiner Meinung nach zu viele Nicht-Deutsche gebe. Der Autor des Artikels sieht in den Aussagen des Bürgermeisters einen möglichen Brandsatz für neue Anschläge und meint: „Das Problem der Ghettoisierung der Armut in Großstädten, zum Beispiel im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg, schnürt Voscherau zum Ausländerproblem zusammen.“<sup>215</sup>

## 5.2 Politik und Gesellschaft

### 5.2.1 Einwanderungs- und Asylpolitik

Ab Februar 1992 rückt der Asylrechtsstreit vermehrt in den Fokus der ZEIT. Der Artikel „Das Asylrecht aus den Angeln hebeln“<sup>216</sup> kritisiert den Vorschlag der CDU/CSU Flüchtlinge, die nicht politisch verfolgt sind, direkt an der Grenze zu Deutschland abzuweisen. Krieg und Hunger seien laut Union keine Asylgründe. Der Autor macht deutlich, dass sich Deutschland seinen humanitären Verpflichtungen nicht entziehen könne, da die BRD unter dem Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention steht und somit Menschen, deren Leben oder Freiheit im Heimatland gefährdet ist, nicht dorthin zurückschicken darf. Der Artikel positioniert sich klar auf Seiten der Flüchtlinge und vertritt die Ansicht, ihnen sei „doch zumindest ein vorübergehendes Bleiberecht zuzubilligen, seit die Bundesregierung Kroatien und Slowenien als selbstständige Staaten anerkannt und damit den Zerfall des jugoslawischen Gesamtstaates zur Kenntnis genommen hat.“<sup>217</sup>

Unter dem Titel „Jetzt keine falschen Hoffnungen wecken“<sup>218</sup> wird der Zwist zwischen CDU/CSU und SPD bezüglich der Einwanderungspolitik erörtert. Erstere würden Artikel 16 des Grundgesetzes („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) ändern wollen, um dem „massenhaften Mißbrauch des Asylrechts“<sup>219</sup> entgegen zu wirken. Die SPD sieht darin

---

212Vgl. Ebd.

213Vgl. DIE ZEIT: *Böse, böse*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/51/boese-boese> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

214Ebd.

215Ebd.

216Vgl. Schueler, Hans: *Das Asylrecht aus den Angeln heben*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/06/das-asylrecht-aus-den-angeln-heben> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

217Ebd.

218Vgl. Dachs, Gisela: „*Jetzt keine falschen Hoffnungen wecken*“ online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/1992/16/jetzt-keine-falschen-hoffnungen-wecken/komplettansicht> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

219Ebd.

jedoch keine Lösung des Problems und verweigert ihre Zustimmung. Die Sozialdemokraten vertreten folgenden Standpunkt: „Deutschland sei nun einmal ein Land mit offenen Grenzen und brauche deshalb eine kontrollierte Einwanderungspolitik.“<sup>220</sup> Im Herbst hätten sich noch alle Parteien im Kanzleramt darauf geeinigt, das Asylverfahren zu beschleunigen. Daran würde die SPD gerne anknüpfen, die CDU warte indes weiter auf ein Einlenken der Sozialdemokraten. Es seien schließlich vor allem SPD-Kommunalpolitiker gewesen, die sich in den letzten Monaten über zu viele Asylbewerber und einhergehende Belastungen in ihren Gemeinden beklagt hätten. Der Münchner Oberbürgermeister Kronawitter gehörte zu denjenigen SPD-Politikern, sehe aber momentan „die Trennung von Asylbewerbern und Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten wie Jugoslawien, die nur ein Bleiberecht wollen“<sup>221</sup>, als dringlichstes Etappenziel. Die großen Parteien stimmen überein, dass den Bürgern Deutschlands nicht suggeriert werden dürfe, das Problem der Einwanderungspolitik sei schnell zu lösen. Dies würde nur falsche Hoffnungen wecken, Verdrossenheit schüren und einen Keil zwischen Deutsche und Ausländer treiben. Die Autorin plädiert ganz klar auf ein gemeinsames Handeln der Parteien, sieht zu diesem Zeitpunkt jedoch vielmehr große Verwirrung, als einen kollektiven Strang, an dem man ziehen könne.<sup>222</sup>

So positioniert sich auch der Artikel „Der Wind dreht auf“<sup>223</sup> ähnlich den Artikeln zuvor: Die Politik muss die Zuwanderung begrenzen und gestalten, um den Rechten nicht weiterhin Munition zu liefern.<sup>224</sup>

Dem Artikel „Ein Recht auf Zuwanderung kann es nicht geben“<sup>225</sup> vom April 1992 liegt ein Interview mit der SPD-Politikerin Däubler-Gmelin zugrunde, aus dem hervorgeht, dass eine schnelle Lösungsfindung in der Asyldebatte nötig sei, da „das Schüren von Ängsten und das Angebot von Scheinlösungen nur Rechtsextremisten [nutze].“<sup>226</sup> Dabei ist Däubler-Gmelin wichtig, die Flüchtlinge aus Jugoslawien nicht in Asylverfahren zu stecken: „Sie brauchen nicht Asyl, sondern vorübergehende Hilfe, Arbeit, ein Dach über dem Kopf. Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien gehören nicht ins Asylverfahren.“<sup>227</sup> Des Weiteren prangert die Politikerin an:

---

220Ebd.

221Ebd.

222Vgl. Ebd.

223Vgl. Kostede, Norbert: *Der Wind dreht auf*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/16/der-wind-dreht-auf> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

224Ebd.

225Vgl. Dachs, Gisela; Perger, Werner A.: *Ein Recht auf Zuwanderung kann es nicht geben*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/17/ein-recht-auf-zuwanderung-kann-es-nicht-geben> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

226Ebd.

227Ebd.

„[...] Viele dieser Bürgerkriegsflüchtlinge [haben] [...] Asyl beantragt [...] – auch von Ausländerbehörden so beraten –, weil sie sonst weder Geld noch Arbeit, noch ein Dach über dem Kopf gehabt hätten. Jeder wußte das, jeder wollte diesen Menschen helfen, aber gleichzeitig wurde gegen die steigende 'Asylantenflut' gehetzt.“<sup>228</sup>

Im Mai stellt der Artikel „Asylrecht auf kleinstem Nenner?“<sup>229</sup> erneut klar, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge nicht in das Asylverfahren gehören und sich die BRD den humanitären Verpflichtungen ihnen gegenüber nicht entziehen kann. Ferner wird kritisiert, dass die Regierung einerseits scheinbar eine Öffnung Europas befürworte, andererseits sehr bemüht sei herauszufinden, „wie man die Nichteuropäer am besten vom Kontinent und vor allem aus Deutschland fernhalten [könne].“<sup>230</sup>

Die Auswirkungen der deutschen Einwanderungspolitik auf Österreich werden im Artikel „Häßliche Deutsche“<sup>231</sup>, erschienen Anfang Juli 1992, verdeutlicht. So sei Österreich das einzige westeuropäische Land in dem keine Visumpflicht für Flüchtlinge vom Balkan bestehe. Dabei sehe Österreich insbesondere Deutschland in der Pflicht Beistand zu leisten, da die BRD die anderen Länder Europas zur diplomatischen Anerkennung Kroatiens, Sloweniens und Bosniens gedrängt habe. Doch selbst Flüchtlinge, die nahe Angehörige in Deutschland haben, würden an der Grenze abgewiesen werden und säßen in Salzburg fest.<sup>232</sup> Mittlerweile fühle sich Österreich von den Menschenmassen überfordert und sehe sich gezwungen, die Grenzen auch bald schließen zu müssen, wenn sie keine Unterstützung erhielten.<sup>233</sup>

Wie sich die Lage an der deutsch-österreichischen Grenze immer weiter zuspitzt, stellt der Artikel „Krieg ist kein Asylgrund“<sup>234</sup> dar. Dieser öffnet mit den Berichten mehrerer Flüchtlinge über die Kriegszustände in Bosnien sowie deren persönlicher Erlebnisse. Die Autoren malen schreckliche Bilder brutaler Greuelthaten und trauriger Schicksale. Auf ihrer Flucht aus dem Kriegsgebiet wurden die Bürgerkriegsflüchtlinge ohne Visum an der deutsch-österreichischen Grenze abgewiesen und in sowie um Salzburg in Lagern untergebracht.<sup>235</sup> Ein Drittel der Flüchtlinge würde gerne nach Deutschland weiter reisen. Mittlerweile seien die Unterkünfte schon dermaßen überfüllt, dass viele Menschen

---

228Ebd.

229Vgl. Schueler, Hans: *Asylrecht auf kleinstem Nenner?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/20/asylrecht-auf-kleinstem-nenner> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

230Vgl. Ebd.

231Vgl. Pelinka, Peter: *Häßliche Deutsche*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/28/haessliche-deutsche> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

232Vgl. Ebd.

233Ebd.

234Vgl. Kruse, Kuno; Scheytt, Stefan; Schweben, Michael: *Krieg ist kein Asylgrund*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/29/krieg-ist-kein-asylgrund> [zuletzt geprüft 19.10.2018]

235Vgl. Ebd.

draußen schlafen müssen. Kroaten und Slowenen dürfen drei Monate als Touristen nach Deutschland reisen, „aber ausgerechnet die Bewohner Bosnien-Herzegowinas, die derzeit am meisten unter dem Krieg leiden, [brauchen] ein Visum.“<sup>236</sup> Deutschland habe den neuen Staat zwar völkerrechtlich anerkannt, aber noch keine Visumfreiheit vereinbart, was sich, aufgrund des Krieges, in naher Zukunft auch schwer umsetzen lassen wird: „Pech für die Flüchtlinge, daß die Bundesrepublik mitten im Kriegsgebiet bisher keine Botschaft eingerichtet hat, um die erforderlichen Einreisedokumente ausstellen zu können.“<sup>237</sup> Innerhalb von 5 Monaten wurden fast 8.000 Menschen, zumeist Bosnier, an der Grenze abgewiesen. Der Artikel beschreibt u.a. das Schicksal von drei Bosniern, die seit Tagen auf einer Verkehrsinsel beim Grenzübergang kauern und auf die Verpflichtungserklärung per Fax von ihren Verwandten aus Köln warten, welche sie zu einer Einreise nach Deutschland befähigen würde. Die drei Männer verbringen ihre Nächte im Herrenklo oder an der Tankstelle. „Paradox, inhuman, unsolidarisch“<sup>238</sup>, nennt Salzburgs stellvertretender Landeshauptmann Gerhard Buchleitner die deutsche Politik: „Zuerst habe man viel Wirbel um die Anerkennung Bosnien-Herzegowinas gemacht, nun aber wende man die Regeln der Genfer Flüchtlingskonvention nicht an.“<sup>239</sup> Der Artikel benennt viele Missstände im Umgang mit den Geflüchteten: Die Menschen warten 3-6 Wochen auf einen Termin im Konsulat, um ihren Wunsch nach einem Visum vortragen zu dürfen. Zudem sei die Regelung, Bosnier nur noch mit einer Verpflichtungserklärung von Verwandten oder Hilfswilligen aus Deutschland einreisen zu lassen, nicht tragbar. Durch die Erklärung verpflichtete sich der Unterzeichner z.B. sämtliche Kosten bei medizinischen Notfällen zu tragen, was vielmehr Aufgabe des Staates sei und Hilfswillige abschrecke, dieses Risiko für einen Geflüchteten einzugehen. Eine zusätzliche Hürde sei, dass diejenigen, die einem Geflüchteten helfen und eine Verpflichtungserklärung abgeben wollen, die entsprechenden Namen benötigen, jedoch nicht wissen, woher sie diese bekommen. So laute der Rat für hilfswillige Bundesbürger: „An die Grenze fahren und sich jemanden aussuchen.“<sup>240</sup> Es wird behauptet, dass es ein einfaches für die Politik wäre, auch Bosnien von der Visumpflicht zu befreien – aber nichts geschehe. Ohne Verwundung, ohne Verwandte und ohne Patenschaft bei der Caritas, können die Menschen nur auf Asyl hoffen. Somit beantragten in den ersten fünf Monaten 1992 62.000 Geflüchtete aus dem ehemaligen

---

236Ebd.

237Ebd.

238Ebd.

239Ebd.

240Ebd.

Jugoslawien Asyl in Deutschland.<sup>241</sup> Doch Bürgerkrieg und Leid zählen nicht als Asylgründe, als politisch verfolgt gelten sie auch nicht, somit wurde ein Drittel der Anträge diesen Jahres bereits abgelehnt. So begehen die Bürgerkriegsflüchtlinge, die es schaffen die deutsche Grenze zu passieren, „Asylmissbrauch“, dürfen jedoch dank Genfer Flüchtlingskonvention, aufgrund von Lebensgefahr im Herkunftsland, als „De-facto-Flüchtlinge“ im Land bleiben.<sup>242</sup> Um diesen Status zu erreichen, müssen die Bürgerkriegsflüchtlinge jedoch erst einmal durch das normale Asylverfahren gelangen und ordnungsgemäß abgelehnt werden: „Statistisch zu Scheinasylanten gestempelt, geraten die Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, kaum dem serbischen Sperrfeuer entronnen, zwischen die politischen Fronten in der deutschen Asylrechtsdebatte.“<sup>243</sup> Die Bundesregierung rechtfertigt ihr Handeln als Teil ihrer Balkanpolitik: „Es gelte, sich der Vertreibungspolitik der Serben zu widersetzen.“<sup>244</sup> Auch Bundesinnenminister Rudolf Seiters wird zitiert: „Großzügige Aufnahme dient letztlich dem Ziel der serbischen Aggressoren“.<sup>245</sup> Die Lage der Flüchtlinge wirkt prekär, nach und nach scheinen sich die europäischen Staaten zu einer „Festung Europa“ abzuschotten. Die Bosnier zeigen sich zutiefst enttäuscht: „Wir hatten alle geglaubt, der Westen würde uns retten. Wir können einfach nicht fassen, daß Europa und Amerika nur zusehen, nichts tun.“<sup>246</sup>

Auch der Artikel „Eintritt nur mit Schusswunden?“<sup>247</sup> übt Kritik an der deutschen Einwanderungspolitik. Erneut wird bemängelt, dass alle Flüchtlinge, die über kein gültiges Visum verfügen, nicht verwundet sind oder nicht nachweisen können, dass für ihr Obdach und Lebensunterhalt in Deutschland von z.B. Verwandten Sorge getragen wird, an der Grenze abgewiesen werden: „Die bürokratische Hartherzigkeit gegenüber flüchtenden Müttern und weinenden Kindern steht nur scheinbar im Widerspruch zur Parole vom Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland.“<sup>248</sup> Da die Bevölkerungsrate stetig sinke, habe Deutschland seine Grenzen einst geöffnet mit dem Ziel Einwanderungsland zu werden. Im Interesse der Wirtschaft und Rentenfinanzen bräuchte die BRD 300.000 Einwanderer jährlich, um im Gleichgewicht zu bleiben. Jedoch sei nicht jeder Ausländer willkommen, es würde nach Arbeitskraft und Alter selektiert werden, um den Wohlstand

---

241Vgl. Ebd.

242Vgl. Ebd.

243Ebd.

244Ebd.

245Ebd.

246Ebd.

247Vgl. Müller, Albrecht: *Eintritt nur mit Schusswunden?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/30/eintritt-nur-mit-schusswunden> [zuletzt geprüft 19.10.2018]

248Ebd.

der Bevölkerung möglichst wachsen zu lassen: „Der auf den ersten Blick human erscheinende Gedanke vom Einwanderungsland Bundesrepublik entpuppt sich bei näherem Hinsehen als eine ziemlich miese, egoistische und nicht einmal zu Ende gedachte Parole.“<sup>249</sup> Der Autor des Artikels, SPD-Bundestagsfraktionsmitglied Albrecht Müller, fordert die Regierung auf, Bürgerkriegsflüchtlinge unabhängig von ihrer Arbeitsfähigkeit aufzunehmen und Menschlichkeit zu zeigen.

Der Anfang August erschienene Artikel „Abenteurer“<sup>250</sup> berichtet von zwei Landtagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, die nach Sarajevo reisten, um Kinder zu evakuieren und ihnen in Ostdeutschland eine sichere Bleibe zu geben. Die Landtagsabgeordneten hätten die Aktion ohne Hilfe der UN und gegen den Rat des Bonner Außenministeriums unternommen. Zwei der Kinder sind bei einem serbischen Überfall getötet worden, 42 haben sie mit nach Ostdeutschland nehmen können.<sup>251</sup> Die Landtagsabgeordneten verstehen nicht, dass niemand sie als „Retter der Waisen“ feierte, ihre Aktion sondern vielmehr als „Abenteurertum“ und „Profilierungssucht“ abgetan wurde. Ihnen wird vorgeworfen, bei dem Versuch sich in den Vordergrund zu spielen, die Risiken unterschätzt zu haben.<sup>252</sup> „Auch die internationale Gemeinschaft verdient Kritik. Solange sie zu keiner großzügigen Flüchtlingspolitik und wirksamen humanitären Hilfsaktion auf dem Balkan fähig ist, provoziert sie hilfloses Mitgefühl – und politische Abenteurer.“<sup>253</sup>

Im September stellt der Autor des Artikels „Einer treibt den anderen“<sup>254</sup> in Frage, ob die Politiker im Asylrechtsstreit im Interesse der Sache oder im Interesse ihrer Parteien handeln. Essentiell sei, die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Asylverfahren herauszuhalten.<sup>255</sup>

In „Schäbige Fürsorge“<sup>256</sup> werden die geplanten Sozialhilfekürzungen für Asylbewerber um ein Viertel bemängelt:

„Wieso kulturelle Integration? An diesem Punkt hat die zuständige Familienministerin Hannelore Rösch einmal scharf nachgedacht. Asylbewerber sollen doch gar nicht integriert, sondern

---

249Ebd.

250Vgl. DIE ZEIT: *Abenteurer*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/33/abenteurer> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

251Ebd.

252Vgl. Ebd.

253Ebd.

254Vgl. Fritz-Vannahme, Joachim: *Einer treibt den anderen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/39/einer-treibt-den-anderen> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

255Ebd.

256Vgl. DIE ZEIT: *Schäbige Fürsorge*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/44/schaebige-fuersorge> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

möglichst schnell abgeschoben werden. Also müssen sie auch mit weniger Geld auskommen.“<sup>257</sup>

Nichtsdestotrotz seien die Asylbewerber aufgrund der langen Verfahren oft mehrere Jahre in Deutschland, somit, stellt der Autor klar, müsse die Integration gefördert werden, um gegenseitige Ängste abzubauen. Der Artikel unterstellt der Regierung, sie wolle, dass die Asylsuchenden „mangels Geld dumpf und unsichtbar in Sammellagern hocken, damit sich ja niemand provoziert fühlt“<sup>258</sup>. Zudem wird angeprangert, dass man sich nicht wundern dürfe, wenn Asylbewerber aufgrund fehlender finanzieller Mittel, betteln, klauen oder dealen würden. Das Argument der Regierung, dass die Flüchtlinge es in ihren Heimatländern schlimmer hätten, bezeichnet der Autor als inakzeptabel. Selbst die Verfahren chancenreicher Asylbewerber werden auch in Zukunft Monate oder Jahre dauern, sie treffen die Kürzungen am härtesten: „Solange sich ein Asylbewerber legal in Deutschland aufhält, untersteht er Fürsorge und Schutz des Staates wie andere auch. Die Bundesregierung sollte dieses Gebot nicht aufweichen, um jungen Männern mit Baseballschlägern zu Gefallen zu sein.“<sup>259</sup>

Ab Dezember 1992 häufen sich die Artikel rund um den sogenannten Asylkompromiss. Dieser wurde am 6. Dezember 1992 von Union und SPD vereinbart und im Mai 1993 vom Bundestag beschlossen. Der Asylkompromiss dient der Einschränkung des Asylrechts, hauptsächlich in den folgenden Punkten: Die sogenannte „Drittstaatenregelung“ legt fest, dass „wer über ein EU-Land oder ein anderes Nachbarland Deutschlands einreist, hat keinen Anspruch auf Asyl und kann sofort abgewiesen werden.“<sup>260</sup> Zudem wurde bestimmt, dass Flüchtlinge aus „sicheren Herkunftsländern“, ergo in denen „keine Verfolgung oder unmenschliche Behandlung“<sup>261</sup> droht, keinen Anspruch auf Asyl haben. Des Weiteren können über den Luftraum eingereiste Flüchtlinge 19 Tage am Flughafen festgehalten werden, damit ihr Asylantrag geprüft und sie gegebenenfalls schon vor dem Eintritt nach Deutschland abgewiesen werden können.<sup>262</sup>

In „Der Abstieg ins Provinzielle droht“<sup>263</sup> stellt der Autor fest, dass die Asyldebatte alle anderen Themen in den Hintergrund drängt. Außerdem berichtet er von einer geplanten

---

257Ebd.

258Ebd.

259Ebd.

260DIE ZEIT: Vor zwanzig Jahren: Einschränkung des Asylrechts 1993. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/160780/asylkompromiss-24-05-2013> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

261Ebd.

262Vgl. Ebd.

263Vgl. Hofmann, Gunter: *Der Abstieg ins Provinzielle droht*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/47/der-abstieg-ins-provinzielle-droht> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Großdemonstration gegen die Abschaffung von Artikel 16 (Grundrecht auf Asyl) zwei Tage vor dem SPD-Parteitag. Erneut wird an die Politiker appelliert zu regeln, dass „Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge [...] ein abgesichertes Bleiberecht auf Zeit erhielten, damit sie nicht über das Asylverfahren Zuflucht suchen.“<sup>264</sup>

Der Artikel „Eine Kapitulation, kein Kompromiss“<sup>265</sup> von Robert Leicht bezeichnet die Bonner Asyllösung als „Heuchelei“, da Artikel 16 zwar erhalten bleibt, jedoch zukünftig kein Asylrecht genießt, wer es schafft, auf dem Landweg nach Deutschland zu kommen.<sup>266</sup>

Selbst wenn ein Flüchtling „direkt aus der Folterkammer“ nach Deutschland kommt, erlischt sein Anspruch auf Asyl, sobald er vorher auch nur ein anderes zivilisiertes Land berührt hat.<sup>267</sup> Der Autor appelliert an die BRD, die sich am liebsten vor weiteren Einwanderern sperren würde, die Menschenschicksale hinter den Zahlen nicht zu vergessen. Es gelte daran zu arbeiten die Asylverfahren zu beschleunigen und zu prüfen, wer politisch verfolgt sei und wer nicht. Deutschland müsse sich eine eigene Quote überlegen, wie viele Asylbewerber getragen werden können und sich mit den europäischen Nachbarn über einen Mittelweg verständigen. Bisher habe sich Deutschland von den anderen europäischen Ländern bei der Bewältigung der Migrationsbewegung aus Jugoslawien alleingelassen gefühlt. Nun scheint es so, als wolle Deutschland sich mit dem Asylkompromiss weiterer Zuwanderung versperren, damit jedoch Polen eine große Last aufbürden. Mit dieser Thematik beschäftigen sich auch die Artikel „Einig auf Kosten der Nachbarn“<sup>268</sup> sowie „Die Gelassenheit des Grenzgängers“<sup>269</sup>. In letzterem Artikel wird Polens Botschafter in Bonn zitiert, der sich „eine faire europäische Lösung“<sup>270</sup> in der Asylpolitik wünsche.

Weitere Kritik muss der Asylkompromiss Ende Februar in „Nur noch ein Feigenblatt“<sup>271</sup> einstecken, da er, laut der Autorin und Rechtsanwältin Florentine Heiber, gegen die Menschenwürde verstoße:

„Asylanten raus, so müßte die ehrliche Überschrift des geplanten Asylrechtsartikels 16 a lauten.

---

264Ebd.

265Vgl. Leicht, Robert: *Eine Kapitulation, kein Kompromiss*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/51/eine-kapitulation-kein-kompromiss> [zuletzt geprüft 22.10.2018]. Anmerkung DP: Der Autor wurde 1986 Ressortleiter Politik und Stellvertretender Chefredakteur der ZEIT, 1992-1997 war Leicht als Chefredakteur der ZEIT tätig.

266Vgl. Ebd.

267Vgl. Ebd.

268Vgl. Fritz-Vannahme, Joachim: *Einig auf Kosten der Nachbarn*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/51/einig-auf-kosten-des-nachbarn> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

269Vgl. Fritz-Vannahme, Joachim: *Die Gelassenheit des Grenzgängers*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/52/die-gelassenheit-des-grenzgaengers> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

270Ebd.

271Vgl. Heiber, Florentine: *Nur noch ein Feigenblatt*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/09/nur-noch-ein-feigenblatt> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Der Hinweis, das Grundrecht auf Asyl bleibe erhalten, ist blanker Hohn. Wer aus einem 'verfolgungsfreien Herkunftsstaat' stammt oder über einen 'sicheren Drittstaat' eingereist ist, verliert seinen Anspruch.<sup>272</sup>

So sei Deutschland für bestimmte Fälle, wie den einer albanischen Familie, die in ihrer Heimat für einen freien Kosovo eintrat, zukünftig nicht mehr verantwortlich:

„Der Ehemann wurde von serbischen Ordnungshütern für seine politische Überzeugung inhaftiert und brutal mißhandelt. Als die zweite Verhaftung drohte, kam die Familie über Österreich nach Deutschland. Doch bald werden wir für ähnliche Fälle nicht mehr zuständig sein.“<sup>273</sup>

Die Autorin zeigt sich erbost über die Unmenschlichkeit von Politik und Gesellschaft und ist der Meinung, dass das Asylgesetz ein Spiegelbild dessen sei.

Einen ähnlichen Fall, wie den der albanischen Familie, stellt der Artikel „Recht muss auch Gerechtigkeit schaffen“<sup>274</sup> vor: Es wird von einer jungen Frau aus Foca, südöstlich von Sarajevo, berichtet, die, wie alle muslimischen Bewohner, Opfer von „ethnischen Säuberungen“<sup>275</sup> wurde. In Deutschland lehnte man ihren Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ ab, da die Verfolgung durch Freischärler schließlich keine Verfolgung von Staatshand darstelle.<sup>276</sup> Folglich ist die junge Frau nach Ablehnung ihres Antrags als „Scheinasylantin“ abgestempelt und erhielt eine Ausreiseaufforderung. Ihr wurde mitgeteilt, sie solle Deutschland innerhalb von zwei Wochen freiwillig verlassen, ansonsten drohe ihr die Abschiebung nach Bosnien. Eine wichtige Information enthält der Brief der jungen Frau jedoch vor: „Der schockierende Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge erwähnt mit keinem Wort, daß Bosnier, unabhängig vom Ausgang des Asylverfahrens, in Deutschland bleiben dürfen – vorläufig bis Ende September.“<sup>277</sup>

Auch der Artikel „Wenn Yusuf Deutscher wird“<sup>278</sup> bemängelt das geplante Einwanderungsgesetz – wenn auch unter anderen Gesichtspunkten. Deutschland habe in der Vergangenheit mehr Ausländer aufgenommen, als die anderen europäischen Staaten. Nun müsse das Asylrecht begrenzt und die Einwanderung finanziell weniger vorteilhaft gestaltet werden, um nicht noch mehr Leute anzulocken. Zudem müsse „das Konzept der

---

272Ebd.

273Ebd.

274Vgl. Koisser, Walter. *Recht muss auch Gerechtigkeit schaffen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/21/recht-muss-auch-gerechtigkeit-schaffen> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

275Ebd.

276Vgl. Ebd.

277Ebd.

278Vgl. Steinherr, Alfred: *Wenn Yusuf Deutscher wird*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/09/wenn-yusuf-deutscher-wird> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

deutschen Staatsbürgerschaft verändert werden, mit weniger Gewicht auf 'Blut' und Volksabstammung und mehr Berücksichtigung der Notlage von Flüchtlingen.“<sup>279</sup>

Anfang April stellt sich auch Autor Jens Reich gegen den Asylkompromiss. In „Was heißt schon 'politisch'?“<sup>280</sup> erklärt er - unterstützt durch Bibelzitate - die moralische Verpflichtung notleidenden Menschen zu helfen: „Zugespitzt formuliert: Solange in meiner Wohnung noch keine Romafamilie Zuflucht gefunden hat, habe ich kein Recht, 'aufenthaltsbeendende' oder 'einreiseverhindernde' Maßnahmen zu fordern.“<sup>281</sup> Auch denjenigen Menschen, die damit argumentieren, dass viele Geflüchtete Asylmissbrauch begehen würden, hat er etwas entgegen zu setzen: „Mißbrauch kann ein Recht nicht einschränken, und seine Möglichkeit darf Hilfsbereitschaft nicht dämpfen; wir wissen, auch unter den Elenden und Bettlern gibt es Gauner.“<sup>282</sup> Um den Deutschen die Aussage nachvollziehbarer zu gestalten, zieht der Autor den Vergleich zu den Flüchtlingen aus der DDR. Diese hätten schließlich auch krumme Mittel benutzt, um in den Westen zu gelangen.<sup>283</sup>

Der Artikel „Tücken der Praxis“<sup>284</sup> sieht den Asylkompromiss ebenso kritisch: „Er führt komplizierte Regeln ein, die zum einen Verwirrung stiften und einem schnellen Asylverfahren im Wege stehen und die zum anderen gegen das Grundgesetz verstoßen.“<sup>285</sup> Weiter bezweifelt der Autor, dass der Asylkompromiss Ausländer aus Deutschland fernhalten würde. Gut fände er, wenn das neue Gesetz darauf abziele, andere europäische Staaten mit in die Verantwortung zu ziehen. Deutschland habe lange genug die Großzahl der Flüchtlinge geschultert. Ob das wirklich funktioniere, müsse sich zeigen, denn „[...] Praktiker in den Asylbehörden [bezweifeln], daß die Drittstaatenregelung wirklich erreicht, Flüchtlinge in großen Zahlen von Deutschland fernzuhalten. Sie bestraft die Ehrlichen und belohnt die Lügner.“<sup>286</sup> Positiv hervorzuheben sei, dass Bürgerkriegsflüchtlinge eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis und - im Gegensatz zu Asylbewerbern - den vollen Sozialhilfesatz erhalten. Von Anfang an würden Bürgerkriegsflüchtlinge arbeiten dürfen und nicht in Sammelunterkünften wohnen müssen.

---

279Ebd.

280Vgl. Reich, Jens: *Was heißt schon 'politisch'?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/15/was-heisst-schon-politisch> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

281Ebd.

282Ebd.

283Ebd.

284Vgl. Klingst, Martin: *Die Tücken der Praxis*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/21/die-tuecken-der-praxis> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

285Ebd.

286Ebd.

Problematisch sei jedoch, dass immer mehr Städte sich weigerten, die Sozialhilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge zu zahlen und sie dazu drängen, Asyl zu beantragen, damit der Bund für sie aufkommt.<sup>287</sup>

Jürgen Habermas vertritt in „Die Festung Europa und das neue Deutschland“<sup>288</sup> die Meinung, dass Europa aus der Vergangenheit resultierende Verpflichtungen für eine großzügige Einwanderungspolitik habe. Der Asylkompromiss sei nicht zu rechtfertigen und den Flüchtlingen müssen andere Optionen als das Asyl eröffnet werden.<sup>289</sup>

Anfang Juni zeigt sich die Situation für Flüchtlinge in „Europa wird zur Festung ausgebaut“<sup>290</sup> immer prekärer. Der Autor erklärt, dass die Restriktionen, die Deutschland vorgenommen hat, um die Nachbarländer mehr in die Verantwortung zu ziehen, dazu geführt hätten, dass diese ebenfalls mit Restriktionen drohten. Europa schein sich vor Einwanderern zu verschließen: „Ein Ausländer, der in die Festung Europa eindringen will, ist a priori eine unerwünschte Person. Die Gefahr besteht, daß darin bald auch kein Platz mehr für wirklich Verfolgte ist.“<sup>291</sup>

Der Artikel „Der heimliche Treck durch die Wälder“<sup>292</sup> zeigt Mitte Juli 1992 was das neue Asylgesetz in der Praxis bedeutet. Durch die Drittstaatenregelung können Flüchtlinge über den Landweg nicht mehr legal nach Deutschland einreisen und Asyl beantragen. Somit fühlen sich viele Flüchtlinge genötigt illegal einzureisen und unterzutauchen.<sup>293</sup> Der Autor berichtet von Szenen, die sich an der tschechisch-deutschen Grenze abspielten: 14 Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien seien über den Waldweg nach Bayern gelangt, von der Grenzpolizei aufgegriffen und zurück nach Tschechien gebracht worden. Dank des neuen Asylgesetzes seien sie nun „Straftäter, schuldig der illegalen Einreise.“<sup>294</sup> Die tschechisch-deutsche Grenze sei total überlaufen, die Grenzpolizei habe bereits die Kontrolle verloren. Die Bevölkerung unterstütze die Grenzpolizei sogar schon bei der Suche nach verdächtigen Personen: „Obwohl die Grenzschrützer ihre polizeilichen Möglichkeiten bis an den Rand des Bizarren ausschöpfen – manche tarnen sich als Mountainbiker oder

---

287Ebd.

288Vgl. Habermas, Jürgen: *Die Festung Europa und das neue Deutschland*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/22/die-festung-europa-und-das-neue-deutschland> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

289Ebd.

290Vgl. Schmid, Klaus-Peter: *Europa wird zur Festung ausgebaut*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/24/europa-wird-zur-festung-ausgebaut> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

291Ebd.

292Vgl. Buchsteiner, Jochen. *Der heimliche Treck durch die Wälder*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/29/der-heimliche-treck-durch-die-waelder> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

293Vgl. Ebd.

294Ebd.

Picknicker –, sind sie für Hinweise der 'Bürgerpolizei' dankbar.“<sup>295</sup> Der Autor sprach mit den 14 Kosovaren, die zurück nach Tschechien gebracht wurden: Sie wollen es in den nächsten Tagen noch einmal versuchen nach Deutschland zu gelangen und dort unterzutauchen. Als Illegale in Deutschland werde ihnen nichts anderes übrig bleiben, als der Schwarzarbeit und/oder dem Diebstahl nachzugehen, um über die Runden zu kommen. Der Autor stellt zuletzt die These auf, dass die offiziellen Einreisezahlen nur zurückgegangen sind, da viele Flüchtlinge es den Kosovaren gleich tun – illegal einreisen, untertauchen und somit nirgends registriert seien.<sup>296</sup> Diese These unterstützt freilich nicht jeder: Der Autor des Artikels „Gemach“<sup>297</sup> fordert gemäß seines Titels dazu auf, erst einmal abzuwarten, wie sich alles entwickelt und den Asylkompromiss nicht vorschnell zu widerrufen.<sup>298</sup> Die Zahlen seien schließlich zurückgegangen, somit feiern viele Leute den Asylkompromiss als vollen Erfolg und glauben nicht an die massenhafte illegale Einreise von Flüchtlingen.<sup>299</sup>

Der Artikel „Auch Bedrohte nicht geduldet“<sup>300</sup> schildert, wie Berlin die Bürgerkriegsflüchtlinge wieder zurück auf den Balkan treibt. Der Abschiebestopp ist aufgehoben, Duldungen werden nicht verlängert und die Flüchtlinge zur Ausreise aufgefordert.<sup>301</sup> Nur Bosniern und Kroaten, die vor dem 22. Mai 1992 in die BRD eingereist sind, wird weiterhin ein Aufenthaltsrecht gewährt, alle anderen müssen ausreisen. Davon seien allein in Berlin 12.000 von etwa 20.000 Bürgerkriegsflüchtlingen betroffen. Jedoch wurden auch schon einige Ausnahmen beschlossen, so haben beispielsweise „einige deutsche Verwaltungsgerichte [...] die ethnische Zugehörigkeit bereits als konkrete Gefährdung anerkannt und eine Abschiebung in den Kosovo untersagt.“<sup>302</sup>

Ende November liefert der Artikel „Phantasie ist gefragt“<sup>303</sup> Verbesserungsvorschläge für das Einwanderungsgesetz von sechzig deutschen Wissenschaftlern. So müsse ein Einwanderungsministerium eingerichtet werden, das „den Flüchtlingsstrom lenke und die Integration von Einwanderern fördere. [...] Kontingente und Quoten sollen die

---

295Ebd.

296Ebd.

297Vgl. DIE ZEIT: *Gemach*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/31/gemach> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

298Vgl. Ebd.

299Vgl. Ebd.

300Vgl. Hirsch, Helga. *Auch Bedrohte nicht geduldet*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/35/auch-bedrohte-nicht-geduldet> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

301Ebd.

302Ebd.

303Vgl. Kläsgen, Michael: *Phantasie ist gefragt*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/48/phantasie-ist-gefragt> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

Herkunftsländer, Qualifikation, Alter und die Zahl der Einwanderer bestimmen.“<sup>304</sup> Zudem würde die „interkulturelle Erziehung der Gesamtbevölkerung“<sup>305</sup> zu den Aufgaben eines solchen Ministeriums gehören. Alle Maßnahmen sollen mit den anderen europäischen Staaten abgestimmt werden. Denn ohne Frage würden Einwanderer langfristig zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen, vor allem wenn sie sich in das "Anforderungsprofil der Wirtschaft" einfügen.<sup>306</sup> Der Autor bemängelt, dass die vielen nicht- oder unterqualifizierten Geflüchteten gar keine Möglichkeit hätten nach Deutschland zu immigrieren, insofern das Einwanderungsgesetz nur an den Wirtschaftsinteressen ausgerichtet sei. Zudem müsse es auch Ziel sein, Fluchtursachen zu bekämpfen. Solange das Wohlstandsgefälle vorherrsche, werde die Armutswanderung aus Osteuropa und Nordafrika bestehen bleiben.<sup>307</sup>

## 5.2.2 Rechtsruck und Rechtsradikalismus im Zuge der Ereignisse

Im April 1992 liegt der Fokus der ZEIT sehr auf dem Thema Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sowie dem spürbaren Rechtsruck im Land. In „Nackenschlag zur Wiederbelebung“<sup>308</sup> begrüßt Autor Theo Sommer eben jenen Denkkzettel, den die Bürger bei der Wahl der Regierung verpasst hätten, welche „sich selbstgefällig und selbstsüchtig um die eigene Achse [drehe]“<sup>309</sup>. So sei die Bevölkerung u.a. aufgrund des Asylstreits verdrossen, hätte Angst vor Überfremdung und fühle sich bedroht. Infolgedessen erfreute sich die Neue Rechte bei der Wahl großer Beliebtheit, deren Wähler seien jedoch vielmehr enttäuschte Demokraten als Neonazis. Der Autor ist den rechten Parteien dankbar, sieht die Entwicklung nach rechts als logische Konsequenz der untätigen Regierung und erklärt, dass es in der Vergangenheit stets so war, dass sich das Volk in schlechten Zeiten nach rechts orientierte<sup>310</sup>: „Wer nicht den Ruf nach dem Führer provozieren will, muß schon selber führen.“<sup>311</sup> Werde jedoch wieder gut regiert,

---

304Ebd.

305Ebd.

306Vgl. Ebd.

307Ebd.

308Vgl. Sommer, Theo: *Nackenschlag zur Wiederbelebung*. Online verfügbar unter:

<https://www.zeit.de/1992/16/nackenschlag-zur-wiederbelebung> [zuletzt geprüft 3.11.2018]. Anmerkung DP: 1958 wurde Sommer politischer Redakteur der ZEIT, 1973-1992 bekleidete er das Amt des Chefredakteurs. Anschließend bis 2000 fungierte er als Herausgeber der ZEIT. 1969/1970 leitete Sommer unter Bundesverteidigungsminister Schmidt, der ein enger Freund von ihm war, den Planungsstab im Bundesministerium für Verteidigung. 1970-72 war er Mitglied der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung.

309Ebd.

310Vgl. Ebd.

311Ebd.

verschwinden die rechten Tendenzen, meint Sommer.<sup>312</sup>

Auch der Artikel „Der Stimmzettel als Denkzettel“<sup>313</sup> beschäftigt sich mit den Rekordergebnissen der rechten Parteien in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Die Autoren sind Mitarbeiter der Forschungsgruppe 'Wahlen in Mannheim', die die Wählerschaft der Rechten ganz klar als Protestwähler einstuft, die „den großen Parteien, insbesondere wegen der Asylproblematik einen Denkzettel verpassen [wollten]“.<sup>314</sup> Die Forschungsgruppe führte Umfragen durch, um die Gründe für die Unzufriedenheit der Wähler zu erfahren. Diese haben „als erstes das Thema Asyl und Ausländer [ergeben]. Dahinter aber [verbirgt] sich eine ganze Reihe sozialer Probleme.“<sup>315</sup> Nichtsdestotrotz sehe die Forschungsgruppe keine Gefahr der Etablierung der rechten Parteien im Bundestag – dazu fehle es ihnen schlichtweg an Personal und Lösungskompetenz. So würden noch nicht einmal ihre eigenen Wähler, da Protestwähler, an die Rechten glauben.<sup>316</sup> Zukunft und Erfolg der rechten Parteien hängen nun von der Regierung und deren Umgang mit dem Denkzettel ab.<sup>317</sup>

Der Artikel „Gewalt von rechts“<sup>318</sup> stellt im August fest, dass die Zahl an Neonazis in Deutschland stetig steigt. Im Jahr 1991 hat es im Vergleich zum Vorjahr fünfeinhalb so viele Delikte mit rechtsextremem Hintergrund gegeben: „Sie werfen Brandsätze in Flüchtlingsheime, sie schänden jüdische Friedhöfe, sie schlagen Asylbewerber tot.“<sup>319</sup> Dennoch behauptet der Bundesinnenminister, Deutschland sei ein ausländerfreundliches Land – bezogen auf diejenigen, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen wollen. Der Autor verweist jedoch schnell auf die Vorfälle in Hoyerswerda, wo Asylbewerber unter applaudierenden Menschen aus der Stadt geprügelt wurden. Im Frühjahr wurden rechte Parteien in die Landtage von Stuttgart und Kiel gewählt und immer mehr Bürger würden Verständnis für die Jugend, die auf Ausländer losgehe, zeigen. So fühlten sich die Täter, als sei ihr Handeln im Sinne der Gesamtbevölkerung. Verfassungsschützer sehen das ungelöste Asylproblem und die Arbeitslosigkeit als Gründe für die wachsende Fremdenfeindlichkeit, die in ganz Westeuropa zu beobachten sei.<sup>320</sup> Alle Länder würden

---

312Vgl. Ebd.

313Vgl. Jung, Matthias; Roth, Dieter: *Der Stimmzettel als Denkzettel*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/16/der-stimmzettel-als-denkezettel> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

314Ebd.

315Ebd.

316Vgl. Ebd.

317Vgl. Ebd.

318Vgl. Grill, Bartholomäus: *Gewalt von rechts*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/35/gewalt-von-rechts> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

319Ebd.

320Vgl. Ebd.

sich aus Angst vor Überfremdung vor den Flüchtlingen abschotten wollen. Der Autor ist der Meinung, dass es Deutschland durch seine Vergangenheit besser wissen müsse. Die Verantwortung liege bei der planlosen Politik und den Medien, die gegen Ausländer hetzen.<sup>321</sup>

Die letzte ZEIT-Ausgabe des Augusts 1992 beschäftigt sich hauptsächlich mit den fremdenfeindlichen Ausschreitungen gegen eine ZAST und ein ehemaliges Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen, die vom 22.-25. August 1992 andauerten. Auch im folgenden Monat ist Rostock-Lichtenhagen das Hauptthema der ZEIT.

Der Artikel „Anschlag auf die Republik“<sup>322</sup> prangert die Angriffe in Rostock, wie der Titel schon verrät, als eben jenen an. Der Autor rekapituliert die Anschläge rechtsextremer Gewalt in Deutschland – von Hoyerswerda bis Rostock-Lichtenhagen – die den Frieden im Land erschütterten. Bevor sich Deutschland darüber streite, ob ein militärisches Eingreifen beim Balkankrieg zu erwägen sei, sollten erst einmal die Probleme im eigenen Land angegangen werden.<sup>323</sup> Der Artikel kritisiert Politiker sowie Polizei und unterstellt jenen, dem rechten Mob nicht genug Widerstand zu leisten. So würde in Rostock großes Versagen und zu viel falsches Verständnis für die Täter vorliegen: „Wie kann man heute wahrheitsgemäß über die politischen Hintergründe reden, ohne klammheimlich dem im Lande frei vagabundierenden rechten Terror-Mob und seinem klatschenden Anhang an Ort und Stelle auch noch Verständnis nachzuliefern?“<sup>324</sup> Und so heißt es weiter: „Klar muß sein: Es geht hier nicht in erster Linie um das Asylrecht, sondern um den Terrorismus von rechts.“<sup>325</sup> Der Autor stellt klar, dass die Gewalt von Rechts bzw. Gewalt egal welcher Motive zu unterbinden sei. Außerdem hätte man dem Osten nicht so viele Asylbewerber wie dem Westen zuweisen dürfen, da die neuen Bundesländer seit der Wende zu sehr von Angst und Not gebeutelt seien. Im Jahr 1992 hat es doppelt so viele Asylanträge wie im Vorjahr gegeben, nur 4% wurden bewilligt, die anderen „unberechtigten Anträge gilt es energisch zu wehren“<sup>326</sup>. Statt langer Streits um eine Verfassungsänderung sollten lieber praktische Maßnahmen ergriffen werden, wie zum Beispiel Angestellte zu beauftragen die Anträge schnell zu bearbeiten. Der Autor wirft den Politikern vor, dass sie sich lieber

---

321 Vgl. Ebd.

322 Vgl. Leicht, Robert: *Anschlag auf die Republik*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/36/anschlag-auf-die-republik> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

323 Vgl. Ebd.

324 Ebd.

325 Ebd.

326 Ebd.

gegenseitig bekämpfen anstatt die Gewalt von Rechts und die realen Probleme im Land anzugehen, was Politikverachtung und das Wachstum des rechten Netzes zur Folge habe: „Die Asyldebatte sollte im Machtkampf den Konservativen dienen – hat ihnen aber nur geschadet und allein den Rechtsextremen genutzt.“<sup>327</sup>

Die Artikel „Endlich is' hier was los, Schnucki“<sup>328</sup> und „Die Suche nach neuen Gewissheiten“<sup>329</sup> rekapitulieren die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen. Letzterer Artikel prangert an, dass Politik geschieht, während Politiker und Journalisten hilflos zuschauen und im Nachhinein kommentieren. Der Autor sieht die Bundesrepublik überfordert: „Rostock heißt: Deutschland kommt mit sich, den enttäuschten Erwartungen und den zu erwartenden Überforderungen, mit den neuen Existenznöten und dem Ende der alten Gewissheiten nicht zurecht.“<sup>330</sup> So haben die CDU und Wolfgang Schäuble, ungeachtet der Gegenstimmen, befürwortet, dass Ostdeutschland 20% der Flüchtlinge aufnimmt. Der Autor meint, dass die Ereignisse in Rostock zeigen, was geschieht, wenn man Flüchtlinge in den Osten schickt. Weiter wird Ostdeutschland von ihm als „[desorientierte] Gesellschaft voller Unsicherheiten“<sup>331</sup> beschrieben, die voller „[schlummernder] Ängste vor dem Unbekannten“<sup>332</sup> steckt.

„Stammtisch befiehl, wir folgen!“<sup>333</sup> ist ein satirisch geschriebener Artikel, der sich mit einem vermeintlichen Gerücht zur Lösung der Jugoslawienfrage bzw. des Asylproblems beschäftigt:

„Den vielen Flüchtlingen, die hier um Asyl bitten und die teilweise jahrelang in Lagern und Heimen herumlungern, möge man Gelegenheit zur Bewährung geben. Wer bereit ist, gegen Serbien in den Krieg zu ziehen, erhält, falls er zurückkehrt, sofort eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Deutschland.“<sup>334</sup>

Der Autor stellt am Ende klar, dass es sich bei seinem Text um Satire handelt, jedoch habe er ihn als zukunftsweisende Mahnung verfasst. So sei ein Lösungsvorschlag dieser Art vielleicht gar nicht so realitätsfern, wenn trotz der Grundgesetzänderung immer mehr Ausländer ins Land kommen und die Deutschen sich weiter nach Rechts orientieren.<sup>335</sup>

---

327Ebd.

328Vgl. Brandt, Ernst-Michael: *Endlich is' hier was los, Schnucki*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/36/endlich-is-hier-was-los-schnucki> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

329Vgl. Hofmann, Gunter: *Die Suche nach neuen Gewissheiten*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/36/die-suche-nach-neuen-gewissheiten> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

330Ebd.

331Ebd.

332Ebd.

333Vgl. Prüss, Jens: *Stammtisch befiehl, wir folgen!* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/45/stammtisch-befiehl-wir-folgen> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

334Ebd.

335Ebd.

Im Artikel „Leib und Leben“<sup>336</sup> berichtet die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Cornelia Schmalz-Jacobsen über Gewalt gegen Ausländer in Deutschland und beschreibt die Zustände folgendermaßen:

„Es herrschen Mord und Totschlag in unserem Land. [...] Daß Türken, Menschen aus dem zerfallenen Jugoslawien, Vietnamesen – schon jede Aufzählung zeigt den Irrwitz – Angst um Leib und Leben haben müssen, daß sie stets gewärtig sein müssen, zumindest Beleidigungen und Beschimpfungen ausgesetzt zu sein, das erfüllt mich mit Grauen.“<sup>337</sup>

So habe der Staat die Pflicht der Gewalt von rechts entschieden entgegenzutreten, anstatt weiterhin „trotzig“ zu behaupten „'Deutschland ist und bleibt ein ausländerfreundliches Land' [...], durch ständiges Wiederholen [klinge dies] nur hohler und schriller.“<sup>338</sup> Überdies seien ausländische Mitarbeiter auch für die deutschen Unternehmen von hoher Bedeutung, dazu habe der Bundesfinanzminister die Zahlen vorgerechnet.<sup>339</sup> Dass viele Bürger gegen rechte Gewalt demonstrieren, sieht Schmalz-Jacobsen sehr positiv, doch reiche dies nicht aus: „Natürlich steht die Mehrheit der Bevölkerung nicht hinter den Gewalttätern – aber vor die Opfer oder die potentiellen Opfer stellt sie sich doch nur zögernd.“<sup>340</sup> Abschließend stellt die Autorin klar, dass Deutschland nun mal ein Einwanderungsland sei, daher Integrationsschritte unternommen und sich um Einbürgerung und Doppelstaatsbürgerschaften gekümmert werden muss.<sup>341</sup>

Am 23. November 1992 fand in Mölln ein Anschlag auf ein von türkischen Familien bewohntes Haus statt, bei dem drei Türkinnen starben. Die letzte November-Ausgabe der ZEIT behandelt hauptsächlich die Hintergründe und Reaktionen auf den Mordanschlag.

Die erste Ausgabe des Jahres 1993 resümiert in „Den Haß krieg' ich nicht mehr los“<sup>342</sup> die Gewalt gegen Ausländer des letzten Jahres:

„Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln sind nur Stationen auf dem Weg der Gewalt, die seit mehr als einem Jahr durch das Land zieht. Sie hat bisher siebzehn Tote gefordert. Mehr als 4000 fremdenfeindliche Straftaten sind allein 1992 verübt worden – die Hälfte davon mit

---

336Vgl. Schmalz-Jacobsen, Cornelia: *Leib und Leben*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/49/leib-und-leben> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

337Ebd.

338Ebd.

339Vgl. Ebd.

340Ebd.

341Vgl. Ebd.

342Vgl. Dachs, Gisela: *Den Haß krieg' ich nicht mehr los*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/01/den-hass-krieg-ich-nicht-mehr-los> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

Gewalt.“<sup>343</sup>

So seien rund 70% der Täter zwischen 16 und 21 Jahren alt und würden doch nur das ausführen, was im Zentrum der Gesellschaft gedacht werde.<sup>344</sup> Um diesen Mechanismus zu verdeutlichen, arbeitet die Autorin mit den Metaphern „Schlips“, stehend für die Politiker und „Stiefel“, für die Heranwachsenden:

„Wenn der Schlips vor Scheinwerfern ‚Ausländerbegrenzung‘ fordert, löst der Stiefel sie in der Dunkelheit ein. Daß aus Wörtern Taten geworden sind, will der Schlips danach nicht mit sich selbst in Zusammenhang gebracht wissen; und doch ist der schnelle Stiefel Anlaß, seine Forderung – nun mit dem Hinweis auf zunehmende Gewalt – zu wiederholen... So arbeiten konservative Politiker und gewalttätige Rechtsextremisten sowie ihre Helfer, mit und ohne Wissen, Hand in Hand.“<sup>345</sup>

Darüber hinaus rezitiert die Autorin die Studie 'Jugend und Politik in Deutschland', die ergab, dass sich in Westdeutschland fast 40 Prozent und im Osten sogar über 50 Prozent der Jugendlichen im Alter von 15-24 Jahren von Ausländern gestört fühlen.<sup>346</sup> Fernerhin befürworten knapp 30 Prozent der Westdeutschen und mehr als 40 Prozent der ostdeutschen Heranwachsenden, dass alle Ausländer Deutschland verlassen.<sup>347</sup>

Der Artikel „Nur Mode oder Überzeugung?“<sup>348</sup> berichtet Ende Januar 1993 von Ausländerfeindlichkeit an deutschen Schulen. In Dresden sei beispielsweise ein Geschwisterpaar aus Jugoslawien 'hinausgeekelt' worden – seitdem gibt es an der Schule keinerlei Ausländer mehr. So würden viele Ostdeutsche gar keine Ausländer kennen, dennoch eine schlechte Meinung über sie vertreten.<sup>349</sup> Dazu führt die Autorin eine Umfrage an, für die die Forschungsstelle für Sozialanalysen in Leipzig 1992 Jugendliche aus Sachsen sowie Sachsen-Anhalt zu ihren Einstellungen gegenüber Ausländern befragte: „47 Prozent der Schüler in den achten bis zehnten Klassen meinten, es gebe 'zu viele Ausländer'. Der Ausländeranteil wurde dabei weit überschätzt. Die Hälfte der Schüler bezifferte ihn auf zehn Prozent. Tatsächlich liegt er bei einem Prozent.“<sup>350</sup>

In der Nacht vom 28. zum 29. Mai 1993 ereignete sich in Solingen ein Brandanschlag

---

343Ebd.

344Vgl. Ebd.

345Ebd.

346Vgl. Ebd.

347Ebd.

348Vgl. Dachs, Gisela: *Nur Mode oder Überzeugung?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/05/nur-mode-oder-ueberzeugung> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

349Vgl. Ebd.

350Ebd.

rechtsextremen Hintergrundes bei dem fünf Menschen türkischer Abstammung zu Tode kamen. Ab diesem Zeitpunkt beschäftigen sich viele Artikel der ZEIT mit den Hintergründen der Tat und fordern die Politik und Gesellschaft zum Handeln auf, um Verbrechen dieser Art zu vermeiden. Auch werden die Anschläge von Mölln und Rostock-Lichtenhagen das ganze Jahr über vielfach weiter diskutiert. Zudem sorgte der Fall des Dorfes Dolgenbrodt in Brandenburg für Aufsehen, der in dem Artikel „Dorf unter Verdacht“<sup>351</sup> behandelt wird. So hätten Dorfbewohner Rechtsradikale angeheuert, das dorfinterne Asylheim abzufackeln.<sup>352</sup> Einen Tag bevor 86 Asylsuchende hätten einziehen sollen, brannte das Heim nieder. Der Artikel erklärt, die Dorfbewohner hätten die Tat logistisch sowie finanziell unterstützt. Interessanterweise habe die Potsdamer Staatsanwaltschaft erst drei Monate nach der Tat und unter öffentlichem Druck angefangen zu ermitteln.<sup>353</sup>

Mitte September 1993 druckt die ZEIT viele Artikel über die wachsende und alltägliche Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. So berichtet „Sendepause für Tarzan“<sup>354</sup> über einen rechtsextremen Wahlwerbespot der DVU: „Die DVU-Werbung beginnt mit einem langen, schrillen Tarzanschrei; darauf ruft eine Person in gebrochenem Deutsch: 'Asyl, Asyl – ich werden verfolgt, Tarzan ist hinter mir her, gebt mir Asyl!'“.<sup>355</sup> So würden die Radiosender in diesem Spot klare Volksverhetzung erkennen, die gegen Strafgesetze verstößt und weigern sich dementsprechend den Spot auszustrahlen. Die Gerichte sind diesbezüglich geteilter Meinung. Laut Artikel habe der Hamburger Oberverwaltungsrichter beispielsweise den NDR verpflichtet den Spot zu senden, da „ein Angriff gegen die Menschenwürde [...] hier nicht evident [sei], denn es werden zwar in krasser Form Verhaltensweisen von Menschen kritisiert, diese werden jedoch nicht als unterwertig dargestellt.“<sup>356</sup> Das Landgericht sieht den Fall wiederum anders:

„Die Assoziation, die sich zwischen der Asylproblematik und der Figur von ‚Tarzan‘ herstellt, ist nicht eine bloße Veralberung einer ernsten und schwierigen gesellschaftlichen Problematik. Die Personengruppe von Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl nachsuche, wird hier in nicht mehr tragbarer Weise böswillig verächtlich gemacht.“<sup>357</sup>

---

351Vgl. DIE ZEIT: *Dorf unter Verdacht*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/35/dorf-unter-verdacht> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

352Vgl. Ebd.

353Ebd.

354Vgl. Klingst, Martin: *Sendepause für Tarzan*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/38/sendepause-fuer-tarzan> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

355Ebd.

356Ebd.

357Ebd.

So sei von der DVU nach Ansicht der Kammer klar beabsichtigt, dass der Protagonist des Spots die Assoziationen zu Wildnis, Wilden und fehlender Zivilisation weckt und so „der Eindruck vermittelt wird, bei Asylanten handele es sich insgesamt um Wilde, die aus dem Urwald oder Dschungel geflohen [seien].“<sup>358</sup> Das Landgericht ist der Ansicht, den Menschen werde auf diese Art und Weise ein minderer Wert zugeschrieben, was die Menschenwürde verletze. Zudem begünstige der Radiospot eine Störung des öffentlichen Friedens und heize unter Umständen fremdenfeindliche Tendenzen zusätzlich an, was in Zeiten vieler ausländerfeindlicher Übergriffe nicht tragbar sei.<sup>359</sup>

Wie akut Deutschlands Problem mit rechter Gewalt ist, wird im Artikel „Auch wir sind gebrannte Kinder“<sup>360</sup> deutlich. So würden viele Unternehmen das Risiko scheuen, Asylbewerberheime gegen Feuer zu versichern: „Einige Gesellschaften erklärten rundheraus, derzeit ließe sich in ganz Deutschland kein Gebäude, in dem Asylbewerber oder Ausländer untergebracht seien, gegen Feuer versichern.“<sup>361</sup>

Eckart Werthebach, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sieht in dem Artikel „Auf schmalem Grat“<sup>362</sup> in der BRD bereits eine „gefährliche deutsch-nationale Kraft entstehen“.<sup>363</sup> Zwar sind die Anschläge zurück gegangen, als generelle langfristige Tendenz kann dies jedoch nicht gewertet werden: „Es gehört inzwischen zu den 'gesicherten Erkenntnissen' der Polizei, daß die Gewalt in Wellen über das Land rollt. Ebbt die eine Woge ab, schwappt die nächste, größere, heran.“<sup>364</sup> So habe die Polizei 1991 drei rechtsradikale Tötungsdelikte sowie drei Sprengstoff- und 380 Brandanschläge registriert. Ein Jahr später seien es bereits 15 Tötungsdelikte, 17 Todesopfer, 14 Sprengstoff- und 708 Brandanschläge gewesen. 1993 rechne die Polizei mit mehr als 2000 rechtsextremen Gewalttaten, die Gesamtzahl fremdenfeindlicher Straftaten dürfe um ein vielfaches darüber liegen. Des Weiteren sei beunruhigend, dass zum ersten Mal seit 1945 rechtsextreme Parteien in Hamburg zusammen alarmierende 8% erreicht haben.<sup>365</sup>

Nichtsdestotrotz druckte die ZEIT mit dem Artikel „Schluß mit den Zauberwörtern“<sup>366</sup> im

---

358Ebd.

359Ebd.

360Vgl. DIE ZEIT: 'Auch wir sind gebrannte Kinder'. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/38/auch-wir-sind-gebrannte-kinder> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

361Ebd.

362Vgl. Klingst, Martin. *Auf schmalem Grat*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/39/auf-schmalem-grat> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

363Ebd.

364Ebd.

365Ebd.

366Vgl. Kanther, Manfred. *Schluß mit den Zauberwörtern*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/39/schluss-mit-den-zauberwoertern> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

September 1993 einen Beitrag, der sich klar gegen das Einwanderungsgesetz sowie die Aufnahme weiterer Flüchtlinge positioniert und somit die Ansichten der Rechten zusätzlich stützt. Autor Manfred Kanther, CDU-Politiker und Bundesinnenminister, stellt fest, dass Deutschland mit den schon im Land befindlichen Einwanderern genug zu stemmen habe und auf die Aufnahme weiterer Flüchtlinge verzichten solle.<sup>367</sup>

Auch der Artikel „Neuer Terror“<sup>368</sup> bietet Anlass zur Sorge. Das unter Rechtsextremisten kursierende Magazin 'Der Einblick' veröffentlichte rund 250 Namen von Menschen, die sich für eine liberale Einwanderungspolitik und gegen rechte Gewalt einsetzen.<sup>369</sup> Für die Rechten sind die Leute auf der Liste die Schuldigen an der Misere in Deutschland und Feinde, die es auszuschalten gilt: „Namen, Adressen, Telephonnummern und Fahrzeugkennzeichen von Bürgern [wurden] ausspioniert, gesammelt und verbreitet. Detailgenau schildern sie Gewohnheiten, Lage und Beschaffenheit von Grundstücken ihrer potentiellen Opfer.“<sup>370</sup> So sei das Ziel der Autoren und Herausgeber klar benannt: Die Verfasser würden "die endgültige Zerschlagung aller destruktiven, antideutschen und antinationalistischen Kräfte in Deutschland"<sup>371</sup> forcieren. Dementsprechend rufen sie zu Drohungen, Einschüchterungen und Gewalt gegen die aufgelisteten Menschen auf.<sup>372</sup>

### 5.3 Kriminalisierung der Bürgerkriegsflüchtlinge

Diese Unterkategorie umfasst nur zwei Artikel. Ersterer berichtet von einem jungen Bürgerkriegsflüchtling, dem das Potential zur Begehung von Straftaten unterstellt wird. Der zweite Artikel weist darauf hin, dass die Kriminalisierung von Ausländern falsch sei und nur zusätzlich die Stimmung im Land anheize.

Unter dem Titel „Angetippt“<sup>373</sup> wird aus der Sicht des jungen Flüchtlings Stepanek aus Jugoslawien erzählt. Zu Beginn wird das Kriegsgeschehen in seiner Heimat geschildert und die Bemühungen seiner Mutter ihn nach Deutschland in Sicherheit zu schicken. Dafür haben die Schlepper vorerst eine Anzahlung erhalten, wenn das restliche Geld nicht bald folge, drohten die Schlepper, muss die Mutter leiden. Daraufhin mutmaßt der Autor, ob

---

367Ebd.

368Vgl. Klingst, Martin. *Neuer Terror*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/50/neuer-terror> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

369Ebd.

370Ebd.

371Ebd.

372Vgl. Ebd.

373Vgl. Witter, Ben: *Angetippt*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/16/angetippt> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

Stepanek kriminell werden würde, um das Geld aufzutreiben:

„Wuchtet er für den Italiener, [...] die Kisten nur in Restaurants, weil er die Trinkgelder selbst kassiert, oder stecken in Apfelsinenschalen Teebeutel mit weißem Pulver? Regelmäßig hat er im Asylantenheim vorm Fernseher gesessen und sich alle Krimis reingezogen, damit er bei passender Gelegenheit sagen kann, es wird einem ja gezeigt, wie man es machen soll, das Dealen, Stehlen...“<sup>374</sup>

Weiter mutmaßt der Autor, dass sich Stepanek vielleicht eines Tages vor ein Auto wirft, um Invalidenrente zu kassieren und ein Bleiberecht auf Lebenszeit zu erhalten. Der junge Geflüchtete wird zitiert, der meint, dass er diesen Schritt früher oder später wohl gehen muss, um seine Mutter nachholen zu können.<sup>375</sup> Schlussendlich wird jedoch angezweifelt, dass es ihm überhaupt um das Wohlbefinden seiner Mutter geht.

Der Artikel „Der Ausländer als Verbrecher“<sup>376</sup> prangert im Juni an, dass der Bund und die Länder mit ihren Kriminalstatistiken die Fremdenfeindlichkeit zusätzlich verstärken. Junge Männer sind sowohl bei den Migranten, als auch bei den Deutschen die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Kriminalitätsrate.<sup>377</sup> Jedoch ist der Anteil der jungen Männer bei den Migranten eklatant höher als bei der deutschen Bevölkerung. Zudem beeinflussen weitere Faktoren die Statistiken, z.B. ist die Arbeitslosenquote unter den Ausländern höher sowie die Wohnverhältnisse enger etc. Der Autor klärt auf, dass bei den Migranten sämtliche Vergehen gegen das Ausländer- und Asylrecht, dazu zählt zum Beispiel unerlaubtes Fahren in eine andere Stadt, in der Statistik erfasst werden.<sup>378</sup> Somit sei das Veröffentlichen von Statistiken ohne jedwede Hintergrundinformationen als gefährlich einzustufen und schüre Fremdenfeindlichkeit. Ferner wird die These aufgestellt, dass die Bereitschaft zur Anzeige bei der Bevölkerung sowie bei der Polizei höher sei, wenn es sich bei der verdächtigen Person um einen Ausländer handle. Der Autor betont schlussendlich wie wichtig es sei, weiterhin an der Integration von Migranten zu arbeiten.<sup>379</sup>

---

374Ebd.

375Vgl. Ebd.

376Vgl. Kostede, Norbert: *Der Ausländer als Verbrecher*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/26/der-auslaender-als-verbrecher> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

377Vgl. Ebd.

378Vgl. Ebd.

379Ebd.

## 5.4 Solidaritätsappelle/ -bewegungen

In „Draußen vor Europas Tür“<sup>380</sup> ruft Sadako Ogata, Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), dazu auf „die Türen und die Herzen offenzuhalten für jene, die zur Flucht gezwungen sind.“<sup>381</sup> Sie erklärt, dass die Flucht der Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht nur Ergebnis, sondern auch Ziel der Kämpfe sei – Stichwort: Ethnische Säuberungen. Die Autorin verweist in diesem Zuge auf die Genfer Flüchtlingskonvention, die 1951 für genau jene Fälle festgelegt wurde. Sie macht deutlich, dass die Flüchtlinge nicht zum „Spaß“ aus ihrer Heimat fliehen, sondern vorübergehenden Schutz vor dem Krieg suchen und Nahrung sowie Medikamente benötigen.<sup>382</sup> Sobald der Krieg vorbei sei, würden sie heimkehren: „Sie bitten nur um einige Monate in Sicherheit, bis die Kanonen schweigen und sie zurückkehren können. Kann Europa es sich nicht leisten, ein wenig mit ihnen zu teilen?“<sup>383</sup> Ogata nennt Beispiele von Ländern Afrikas, die Bürgern ihrer Nachbarländer im Kriegsfall Unterschlupf gewährt haben und stellt die rhetorischen Frage, ob Europa weniger zu teilen habe, als diese Nationen.<sup>384</sup> Weiter schildert die Autorin ihre eigenen ergreifenden Eindrücke vom Kriegsgebiet:

„In den belagerten Städten sterben Kinder an Unterernährung – in Europa 1992. Wie kann das sein? Europa hat die Pflicht den Menschen einen Unterschlupf zu bieten. Zum Glück setzen viele der Länder die eine Visumpflicht beschlossen haben, diese nicht rigoros durch.“<sup>385</sup>

Um die Situation zu verbessern, hat das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge am 29. Juli eine Notkonferenz einberufen, wo Möglichkeiten der humanitären Hilfe besprochen werden sollen.<sup>386</sup> Der Artikel schließt mit einem Aufruf der Autorin: „Bis solche Lösungen umgesetzt werden können, bitten wir, die Türen und die Herzen offenzuhalten für jene, die zur Flucht gezwungen sind.“<sup>387</sup>

In „Mehr über die Not sprechen“<sup>388</sup> berichtet Autor Martin Klingst von Walter Koisser, Vertreter des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen, der in Bonn vor allen Parteien für mehr Menschlichkeit plädierte: "Die Deutschen sollten verstehen, daß die

---

380Vgl. Ogata, Sadako: *Draußen vor Europas Tür*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/31/draussen-vor-europas-tuer> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

381Ebd.

382Vgl. Ebd.

383Ebd.

384Vgl. Ebd.

385Ebd.

386Vgl. Ebd.

387Ebd.

388Vgl. Klingst, Martin: *Mehr über die Not sprechen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/47/mehr-ueber-die-not-sprechen> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

meisten Flüchtlinge ihre Heimat nicht freiwillig verlassen"<sup>389</sup>, zudem forderte er auf: "In Deutschland sollte man häufiger über die Not sprechen und nicht immer nur über Asylmißbrauch, über Paragraphen und über Wirtschaftsflüchtlinge."<sup>390</sup>

Auch der Artikel „Maßstab kann nur die Not sein“<sup>391</sup> appelliert an die Menschlichkeit Deutschlands und Europas. So drohe in den Lagern Bosniens die Katastrophe, während sich die Europäer um Aufnahmezahlen streiten. Zwar habe Deutschland nach Slowenien und Kroatien die meisten Flüchtlinge aufgenommen, dennoch dürfe jetzt nicht dicht gemacht werden. Auch habe Kinkel in Brüssel die anderen europäischen Vertreter gemahnt, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.<sup>392</sup> Der Autor wünscht sich Deutschland als Vorbild für die anderen europäischen Nationen und hofft, dass die BRD auf die Not der Menschen eingeht: „Warum sollte Deutschland nicht vorangehen? Die sogenannte 'Aufnahmekapazität' ist in unserem reichen Land immer noch eine politische Größe, eine Frage des Konsenses und nicht der Mittel.“<sup>393</sup>

Ab Ende Januar 1993 setzen sich mehrere Artikel der ZEIT mit der Lichterketten-Bewegung, die im November 1992 begann, auseinander. So beziffert Norbert Kostede in „Erleuchtung für die Politik“<sup>394</sup> die Teilnehmer der Bewegung seit Anbeginn auf drei Millionen Menschen, die in Deutschland auf diese Weise gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und rechte Gewalt demonstriert haben.<sup>395</sup> Generell erscheint es, als erhebe sich das gesamte Land gegen Rechts:

„Die Bundesliga im Trikot 'Mein Freund ist Ausländer', die durch Mercedes-Benz finanzierte Taxifahrer-Demonstration gegen Ausländerfeindschaft, die Großanzeigen deutscher Weltkonzerne, all das mag wie eine teutonische Walze erscheinen – es ist aber auch ein bundesrepublikanischer Konsens.“<sup>396</sup>

Bei der Lichterketten-Aktion 'München – eine Stadt sagt Nein' gab es mehr als 400.000 Teilnehmer. Der Protest wendet sich auch gegen die Politik, die in den Augen der Demonstranten zu langsam und lasch gegen den Rechtsruck agiere.<sup>397</sup> Der Autor bewertet

---

389Ebd.

390Ebd.

391Vgl. Hartung, Klaus: *Maßstab kann nur die Not sein*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/48/massstab-kann-nur-die-note-sein> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

392Vgl. Ebd.

393Ebd.

394Vgl. Kostede, Norbert: *Erleuchtung für die Politik*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/05/erleuchtung-fuer-die-politik> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

395Ebd.

396Hartung, Klaus: *Feuer und Flamme*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/06/feuer-und-flamme> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

397Kostede.

die Lichterketten als einen Schritt in die richtige Richtung, es müsse aber mehr folgen, um den Hass der Rassisten und generell das Misstrauen der Menschen Fremden gegenüber zu bekämpfen.<sup>398</sup> Dies sei dringend notwendig, denn der Alltagsrassismus füttere die Gesinnung aus der die Gewalt entstehe, somit müsse Fremdenfeindlichkeit zum Tabu werden:<sup>399</sup> „Die Lichterketten haben dafür demonstriert, die Politiker haben es lauthals versprochen: Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Wenn es nicht beim schönen Schein und bei den leeren Worten bleiben soll, muß sich in der Praxis einiges ändern.“<sup>400</sup>

In „Frieden mit aller Gewalt“<sup>401</sup> fragt der Autor, wo die Friedensbewegung sei, um gegen den Völkermord auf dem Balkan zu demonstrieren. So haben sich Menschen in der Vergangenheit für alles mögliche stark gemacht, hätten beispielsweise gegen Raketen oder den Golfkrieg protestiert.<sup>402</sup> Eben jene wären aber jetzt der Meinung, es würde nichts bringen in Deutschland gegen die Drahtzieher in Jugoslawien zu demonstrieren. Generell bemängelt der Autor, immer weniger Menschen würden sich aktiv einsetzen, um Missstände in der Welt anzugehen. Bezogen auf Jugoslawien stellt er die These auf, dass mangelnde Angst einer der Gründe für mangelndes Interesse bei den Deutschen sei: Jugoslawien ist zu weit weg, somit fühlen sich die Deutschen von dem Konflikt selber nicht bedroht.<sup>403</sup>

## 5.5 Sonstige relevante Artikel

Mitte Januar 1993 berichtet die ZEIT in „Konjunkturprogramm Asyl“<sup>404</sup> über Anwälte, die sich insbesondere durch die Fälle abgelehnter asylsuchender Roma aus Jugoslawien bereichern. So würden sie den Menschen falsche Hoffnungen machen, aussichtslose Anträge stellen und klagen, wo es nichts mehr zu holen gibt.<sup>405</sup> Die Anwälte seien jedoch bei weitem nicht die einzigen, die von dem Zustrom von Flüchtlingen profitieren. Anders als vielfach angenommen, bereichern Migranten das aufnehmende Land eher, als ihm

---

398Harpprecht, Klaus: *Öffentlicher Anstand lässt sich lernen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/05/oeffentlicher-anstand-laesst-sich-lernen> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

399Ebd.

400Schueler, Hans: *Wer darf Deutscher sein?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/07/wer-darf-deutscher-sein> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

401Vgl. Kurbjuweit, Dirk: *Frieden mit aller Gewalt*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/06/friede-mit-aller-gewalt> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

402Vgl. Ebd.

403Ebd.

404Vgl. Kassel, Karl-Friedrich: *Konjunkturprogramm Asyl*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/03/konjunkturprogramm-asyll> [zuletzt geprüft 11.11.2018]

405Vgl. Ebd.

finanziell zu schaden:

„Alle profitieren, Asyl gibt Arbeit, Asyl bringt Geld, Asyl macht alles billiger. Asyl ist für die deutsche Wirtschaft längst zum Milliardengeschäft geworden. Faustregel: Der Staat zahlt, die Privaten nehmen. Ein Konjunkturprogramm funktioniert nicht anders. [...] Mit dem Geld, das die öffentliche Hand für Asylbewerber ausgibt, alimentiert sie fast ausschließlich die heimische Wirtschaft.“<sup>406</sup>

Dementsprechend sind seit 1989 durch Zuwanderer 85.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.<sup>407</sup> Zudem weist der Autor darauf hin, dass viele Asylbewerber, seit deren Arbeitsverbot am 1. Juli 1991 aufgehoben wurde, schließlich die Arbeiten verrichten, die kein Deutscher machen will und das für einen Hungerlohn.<sup>408</sup>

Der Artikel „Die Festung Europa und das neue Deutschland“<sup>409</sup> beschäftigt sich mit der Frage, in welchem Maße man von den Immigranten verlangen könne, dass sie sich anpassen. Hierbei stellt der Autor Jürgen Habermas zwei Stufen der Assimilation fest: Die erste Stufe sei die Anerkennung der Verfassung. Die zweite Stufe sei die ethnisch-kulturelle Integration. Laut Habermas darf ein demokratischer Rechtsstaat nur ersteres fordern, so bewahre sich auch die politisch kulturelle Identität im Land.<sup>410</sup> Nämlich hänge diese „an den in der politischen Kultur verankerten Verfassungsprinzipien und nicht an den ethischen Grundorientierungen einer im Lande vorherrschenden kulturellen Lebensform.“<sup>411</sup> So entsteht, wenn die Immigranten nicht genötigt werden ihre Traditionen aufzugeben, durch ihre mitgebrachten Lebensformen ein gemeinsam erweiterter Horizont, in dem alle Bürger zusammen die Verfassungsgrundsätze gemeinschaftlich interpretieren.<sup>412</sup>

## 5.6 Balkankrieg

Wie häufig über den Balkankrieg berichtet wird, variiert in den zwei betrachteten Jahren stark. Der August 1992 markiert mit 18 Artikeln im Monat den Höhepunkt der Berichterstattungen, im Jahr 1993 wurden im Juli sowie September mit jeweils 12 Artikeln pro Monat die meisten Artikel über den Bürgerkrieg veröffentlicht. Auf die Inhalte der

---

406Ebd.

407Vgl. Ebd.

408Vgl. Ebd.

409Vgl. Habermas, Jürgen: *Die Festung Europa und das neue Deutschland*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/22/die-festung-europa-und-das-neue-deutschland> [zuletzt geprüft 11.11.2018]

410Ebd.

411Ebd.

412Vgl. Ebd.

Artikel, die über den Balkankrieg berichten, wird nicht eingegangen, da dies nicht Teil der Untersuchung ist.

Der im Folgenden zitierte Artikel von Theo Sommer beschäftigt sich jedoch mit Deutschlands Rolle im Zuge des Balkankriegs. In „Wenn Worte nicht mehr reichen“<sup>413</sup> prangert Sommer an, dass die westliche Welt schon seit einem Jahr daran scheitert den Kämpfen in Jugoslawien Herr zu werden. Er unterstellt den Industrienationen gar Desinteresse an der Lösung des Problems, da der Krieg so weit weg wäre.<sup>414</sup> Anschließend vergleicht der Autor seine Eindrücke vom Balkankrieg mit dem Zweiten Weltkrieg: „Der Anblick der ausgemergelten Gestalten hinter dem Stacheldraht von Omarska erinnert an die Insassen von Bergen-Belsen; die serbische Politik der brutalen 'ethnischen Säuberung' an Hitlers Versuch, Europa 'judenfrei' zu machen.“<sup>415</sup> Des Weiteren werden folgende Fragen aufgeworfen:

„Sollten die Deutschen, des Grauens eingedenk, mit dem sie selber vor einem halben Jahrhundert Europa überzogen hatten, jetzt nicht still und verschämt beiseite stehen? Oder erlegt ihnen, umgekehrt, der Wahnsinn in der eigenen Vergangenheit geradezu die Verpflichtung auf, mit aller Macht darauf hinzuwirken, daß etwas geschieht, den Bedrängten zu helfen und den Bedrängern das Handwerk zu legen?“<sup>416</sup>

Der Artikel kritisiert die deutsche Regierung sowie Bevölkerung für ihr angebliches Desinteresse und die Untätigkeit bezüglich des Krieges auf dem Balkan. Insbesondere aufgrund der deutschen Geschichte sieht der Autor die Verpflichtung bei Deutschland den Flüchtlingen zu helfen und die Kriegstreiber zu stoppen. Des Weiteren prangert der Autor an, dass sich Deutschland extrem in die jugoslawische Politik einmischte, sich danach jedoch verkrochen habe und nun anderen das Handeln überlassen will.<sup>417</sup>

---

413Vgl. Sommer, Theo: *Wenn Worte nicht mehr reichen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/34/wenn-worte-nicht-mehr-reichen> [zuletzt geprüft 11.11.2018]

414Vgl. Ebd.

415Ebd.

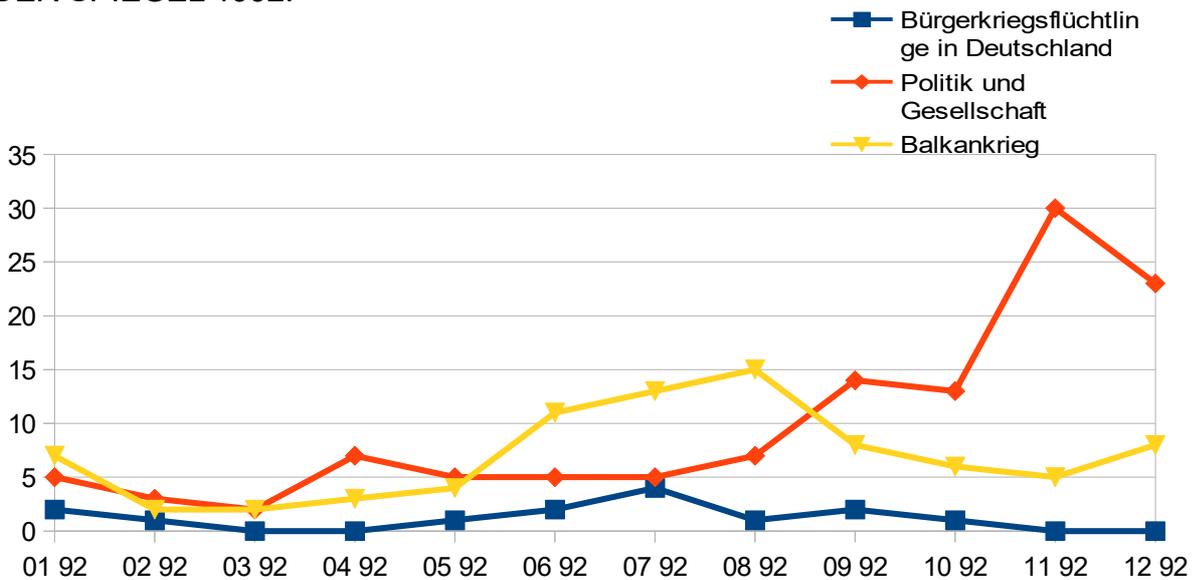
416Ebd.

417Vgl. Ebd.

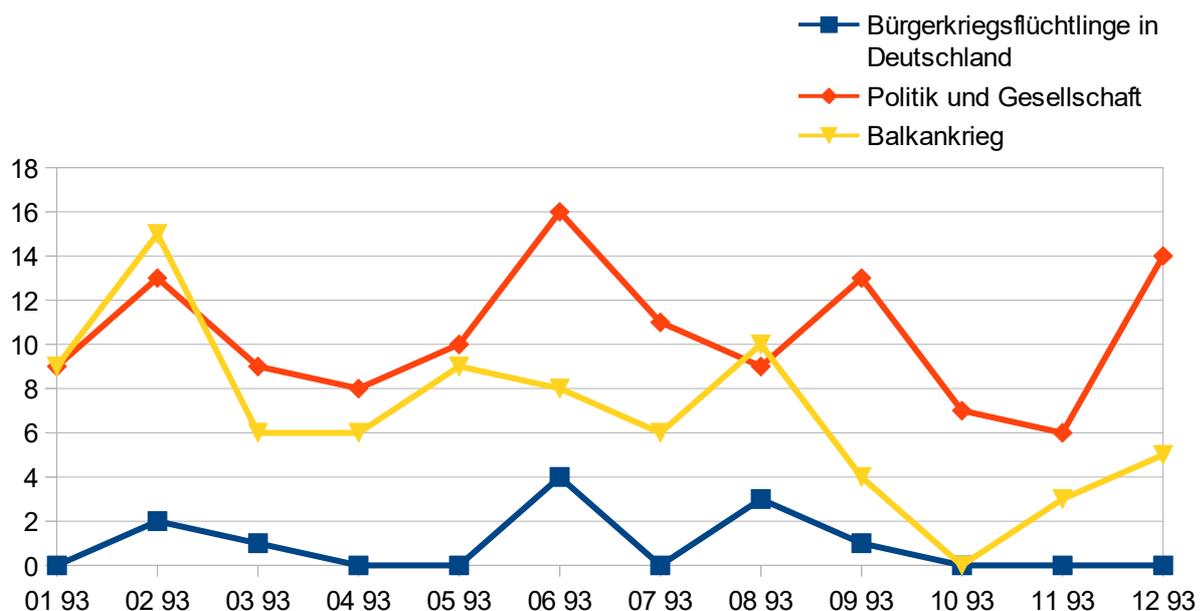
## 6. Bestandsaufnahme und Untersuchung relevanter Artikel bezüglich der Migrationsbewegung aus Jugoslawien nach Deutschland in DER SPIEGEL

Untersucht wurden die SPIEGEL-Ausgaben der Jahre 1992 und 1993. Die Ergebnisse wurden in dieselben Themengruppen eingeteilt, die schon bei der Untersuchung der ZEIT verwendet wurden. Die beiden folgenden Diagramme visualisieren die Anzahl der Artikel zu den jeweiligen Themengruppen:

DER SPIEGEL 1992:



DER SPIEGEL 1993:



Im Folgenden werden die Untersuchungsergebnisse gegliedert in den Themengruppen dargestellt. Im Anschluss erfolgt ein vergleichendes Resumee beider Analysen.

## **6.1 Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland**

### **6.1.1 Zentrale Aufnahmestellen**

Ende Juni berichtet der Artikel „Schlag in den Napf“<sup>418</sup> über zunehmende Hungerstreiks der Asylbewerber in den Zentralen Aufnahmestellen. Protestiert wird gegen die Einheitsverpflegung, zu der jeder Flüchtling zur festgelegten Zeit antreten muss. Wer diesen Termin verpasst, muss lange hungrig bleiben, da mit dem Mittagessen auch das Abendbrot und das Frühstück für den nächsten Morgen geliefert wird. So erging es auch einer Roma aus Jugoslawien, die wiederholt nicht zur Essensausgabe erschien, denn: „Die Mutter geht tagsüber putzen, ihre Kinder sind in der Schule, und ihr nierenkranker Mann muß dreimal die Woche zur Dialyse.“<sup>419</sup> Verschärft hat sich die Situation seit immer mehr Kommunen den Asylbewerbern ihre Sozialhilfe nicht mehr in bar, sondern in Form von Sammelverpflegung und Warengutscheinen aushändigten. Zudem wurde die Einheitsverpflegung schon mehrfach durch Ärzte kritisiert, da sie zu „kalorienarm und unausgewogen sei“<sup>420</sup>. Durch die zitierten O-Töne wird dem Leser vermittelt, wie Menschen, die mit den Geflüchteten hautnah arbeiten, diese Prozedur empfinden: „Wie im Knast [bekommt] jeder seinen Schlag in den Napf“<sup>421</sup> oder „Schikanös und menschenunwürdig“<sup>422</sup>.

Mitte September 1993 berichtet DER SPIEGEL, dass aufgrund des drastischen Rückgangs der Flüchtlingszuwanderung seit des neuen Asylgesetzes die Unterbringungsprobleme in Ländern und Kommunen entschärft seien. Mehrere Turnhallen, Kasernen und auch eines der Hotelschiffe in Hamburg würden nicht mehr für die Unterbringung Asylsuchender benötigt und somit wieder freigegeben werden.<sup>423</sup>

---

418Vgl. DER SPIEGEL: *Schlag in den Napf*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688924.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

419Ebd.

420Ebd.

421Ebd.

422Ebd.

423DER SPIEGEL: *Wieder freie Betten*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691953.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

## 6.1.2 Aufnahme und Integration - Probleme und Erfolge

In „Rücksichtnahme unmöglich“<sup>424</sup> berichtet DER SPIEGEL Ende Januar über den Umgang des nordrhein-westfälischen Sozialministers Hermann Heinemann (SPD) mit Asylbewerbern, die in Gemeinden seines Landes erfolgreich integriert worden seien, um danach in die neuen Bundesländer umverteilt zu werden. Es werden Stimmen zitiert, die diese Vorgänge als absurd bezeichnen, auch Parteifreunde und Bürgerinitiativen zeigen sich entzürnt.<sup>425</sup>

Der im Februar erschienene Artikel „Das Geschäft mit dem Asyl“<sup>426</sup> thematisiert das Ausnutzen der Notsituation der Flüchtlinge für die eigene Bereicherung. DER SPIEGEL berichtet von Hans Vogel, der mit seiner Lebensgefährtin Wohnraum, teilweise in Form von Containern oder schwimmenden Pontons, zu horrenden Preisen an Geflüchtete vermietet. Der Artikel beanstandet das Verhalten der Leute, die die Not der Flüchtlinge ausnutzen, ebenso wie die ewigen Debatten der Parteien zum Thema Asylrecht, „als hätten sie für die Bewältigung des Problems noch unendlich lange Zeit“.<sup>427</sup> Auch den Behörden wird Versagen unterstellt: „Mancherorts werden die Angebote von den Gemeindebediensteten nicht einmal mehr grob überprüft - aus Überforderung oder aus Desinteresse.“<sup>428</sup> Viele Flüchtlinge seien in maroden und schmutzigen Unterkünften untergebracht, die eigentlich für unbewohnbar erklärt werden müssten.

Vom Titelblatt der 28. Ausgabe des Jahres 1992 schreit es „Krieg in Jugoslawien – DER WESTEN WACHT AUF“. DER SPIEGEL beschäftigt sich in dieser Ausgabe umfassend mit dem Krieg auf dem Balkan – über die geflüchteten Menschen aus dem Kriegsgebiet wird auch berichtet. Die missliche Lage der Flüchtlinge wird beispielsweise in dem Artikel „Wo sind wir denn noch Menschen?“<sup>429</sup> behandelt. So spiele sich vor dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Salzburg seit Wochen dasselbe ab: „Geduldig, beinahe apathisch warten Dutzende und manchmal Hunderte, bis nach drei Stunden Einlaß gewährt wird.“<sup>430</sup> Seit bei der deutschen Innenministerkonferenz am 22. Mai geregelt

---

424DER SPIEGEL: *Rücksichtnahme unmöglich*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685887.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

425Vgl. Ebd.

426Vgl. DER SPIEGEL: *Das Geschäft mit dem Asyl*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687041.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

427Ebd.

428Ebd.

429DER SPIEGEL: *'Wo sind wir denn noch Menschen?'* Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689195.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

430Ebd.

wurde, dass die Visaerteilung für die bosnischen Geflüchteten durch die konsularischen Vertretungen in Österreich erfolgt,

„ballt sich das Elend der bosnischen Kriegsflüchtlinge hauptsächlich im Raum Salzburg. Es staut sich am Autobahn-Grenzübergang Walserberg, wo ganze Familien schon in den Toilettenanlagen der Grenztankstelle nächtigen mußten, in Massenquartieren wie der Schulturnhalle von Walserdorf und eben im Generalkonsulat am Bürgerspitalplatz.“<sup>431</sup>

Ein paar bosnische Schicksale werden hervorgehoben, bei denen es an Kleinigkeiten mehrfach scheiterte, ein Visum zu bekommen:

„Zurückgewiesen worden seien Kriegsverletzte, Ehefrauen von langjährigen Gastarbeitern oder Antragsteller, deren Namen auf der Verpflichtungserklärung des Bürgen falsch geschrieben waren. Auch einer 14jährigen, die zur Großmutter nach Hamburg reisen wollte, wurde die Aufnahme verweigert: Die Oma liegt im Krankenhaus und kann nicht zum Ausländeramt gehen.“<sup>432</sup>

Zudem verstehen die meist muslimischen Bosnier, die davon überzeugt sind, in ihrer Heimat von den Serben planmäßig ausgerottet oder vertrieben zu werden, nicht wieso ihnen die freie Einreise nach Deutschland verwehrt wird. Einige O-Töne machen deutlich, dass die Menschen den Umgang der Deutschen mit ihnen als menschenverachtend einstufen und sich als Menschen niederer Rasse behandelt fühlen.<sup>433</sup> Auch in Deutschland erheben sich viele kritische Stimmen. So sieht der Ausländerbeirat in München, dass sich die BRD „passiver Menschenrechtsverletzung schuldig“<sup>434</sup> mache und Bayerns Grüne finden, Deutschland fahre eine „skrupellose Flüchtlingsabwehrpolitik“.<sup>435</sup> DER SPIEGEL nimmt insbesondere die CDU/CSU in die Verantwortung und wirft den zuständigen Politikern und Behörden vor, auf dem Balkan wohl keinen Krieg zu sehen, sondern „allenfalls ein paar Scharmützel.“<sup>436</sup> So sei Stoiber in der Position Erleichterung zu schaffen, jedoch wäre ihm die Abschreckung wichtiger als Gnade.

Ein positives Beispiel für Flüchtlingshilfe und Nächstenliebe wird in dem Artikel „Schreckensgespenst für Europa“<sup>437</sup> dargestellt. Es wird von einer Münchner Geschäftsfrau berichtet, die, nachdem sie im Fernsehen vom Schicksal der bosnischen Geflüchteten

---

431Ebd.

432Ebd.

433Ebd.

434Ebd.

435Ebd.

436Ebd.

437Vgl. DER SPIEGEL: 'Schreckensgespenst für Europa'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689421.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

erfuhr, mit allen nötigen Papieren und der Kostenübernahmeerklärung nach Salzburg fuhr, um eine Mutter und ihre Kinder aufzunehmen. Der kleinen Familie geht es bei der Dame sehr gut, nur hat die Geschäftsfrau nun viele Kosten zu stemmen, da eines der Kinder und die Mutter Zahnprobleme haben, für die sie alleine aufkommen muss. Momentan rolle eine Welle der Hilfsbereitschaft durch das Land, viele Privatleute sind bereit Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Jedoch können es sich viele nicht leisten, da „sie von der Bundesregierung mit den Kosten allein gelassen“<sup>438</sup> werden. Herbert Leuninger, Sprecher der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, wird zitiert mit den Worten, „Katastrophenhilfe als Privatsache sei eine 'sozialpolitische Ungeheuerlichkeit.“<sup>439</sup> Die Bürger Deutschlands seien dennoch vorbildlicher als ihre Regierung: „Pro Woche nehmen Privatleute still fast so viele Flüchtlinge auf, wie die Bundesrepublik nun mit großem humanitärem Tamtam.“<sup>440</sup> Es wird von Menschen berichtet, die bisher in deutschen Gartenlauben ihrer Verwandten Unterschlupf fanden, nun jedoch aufgefordert wurden, diese zu verlassen: „Die Nachbarn im Schrebergarten wollen Polizei und Behörden rufen. Das Bewohnen der Datschen, so die Vereinsregel der Kleingärtner, ist verboten.“<sup>441</sup> Eine weitere kleine bosnische Familie lebt in Hamburg auf der Straße und hofft heimlich darauf, einfach verhaftet zu werden. Mittlerweile haben sie einen Asylantrag gestellt, so sei das Land verpflichtet, ihnen eine Bleibe zu verschaffen. Fast 40% aller Asylanträge gehen von Bürgerkriegsflüchtlingen, zumeist Bosniern, aus, obwohl sie überhaupt nicht in dieses Verfahren gehören. Dennoch sehen insbesondere die Bosnier den Antrag als einzige Chance um einen Unterschlupf und wenigstens für die Verfahrensdauer ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu erhalten.<sup>442</sup> Dass die Visumpflicht für bosnische Flüchtlinge immer noch nicht aufgehoben wurde und sie somit gezwungen sind sinnfrei die Asylantragszahlen explodieren zu lassen, erklärt Jürgen Trittin damit, dass "die Bosnier Moslems sind - ein Schreckgespenst für die Festung Europa."<sup>443</sup> DER SPIEGEL weist aber auch darauf hin, dass Deutschland nicht einlenken wird, bevor sich die anderen europäischen Staaten offener bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten zeigen. Eine weitere Befürchtung vieler Politiker sei, dass die Bosnier im Westen bleiben würden, denn die Flucht sei nicht nur Ergebnis der Kämpfe, sondern das Ziel der Serben in Bosnien-Herzegowina. Innenminister Seifers (CDU) sei daher der Meinung, wer bosnische Flüchtlinge aufnehme, „unterstütze die serbische

---

438Ebd.

439Ebd.

440Ebd.

441Ebd.

442Ebd.

443Ebd.

Vertreibungspolitik.<sup>444</sup> SPDler Herbert Schnoor setzte sich für die Aufnahme von Bosniern ein mit der Begründung, sie erinnern ihn an "Juden, die während des Dritten Reiches in die Schweiz und in andere Länder wollten und oft an den Grenzen abgewiesen wurden."<sup>445</sup> Bonn lenkte ein als Schnoor anfang im Alleingang seine Beamten anzuweisen, Flüchtlinge nach NRW zu holen. So finden nun vielerorts Vorbereitungen für die Aufnahme von Bosniern statt.

Nur eine Ausgabe später berichtet DER SPIEGEL in dem Artikel „'Alles blödes Geschreie'“<sup>446</sup>, dass die Hilfsbereitschaft der deutschen Privatleute für die bosnischen Kriegsflüchtlinge schon wieder abflaut. Zudem werden einige Fälle dargestellt, bei denen Leute nicht aus Nächstenliebe, sondern aus reinem Egoismus jemanden aufnehmen wollten. So gebe es beispielsweise Herren, die eine bosnische Frau zu sich holen wollen, damit sie für ihn putze. Die Gastgeber müssen folglich ordentlich geprüft werden, was die Prozedur natürlich zusätzlich erschwere und in die Länge ziehe. Auch habe es schon Fälle gegeben, wo Geflüchtete schon nach einer Nacht im neuen Heim aufgrund von Meinungsverschiedenheiten vor die Tür gesetzt wurden. Das größte Problem scheint jedoch das Geld zu sein, denn die Kosten für die beherbergten Flüchtlinge tragen die Gastgeber allein. Die Probleme mit der Aufnahme der Geflüchteten in den privaten Haushalten dämpfen den Enthusiasmus und Behörden sowie Initiativen warnen vor „naivem Übereifer“<sup>447</sup>: „Die Warnungen und das vorsichtige Hinhalten der Behörden lassen die Hilfs-Begeisterung fast ebenso schnell abflauen, wie sie von den Kriegsbildern im Fernsehen hochgepuscht wurde.“<sup>448</sup> Das nutzen die Politiker um den Streit um das Asylgesetz und die Flüchtlingsgesetze wieder zu entfachen.

Einen weiteren großen Themenkomplex bilden Anfang September 1992 die Sinti und Roma – sie stellen u.a. auch einen Anteil der Flüchtlinge vom Balkan. Im Artikel „Sinti und Roma nach Bonn“<sup>449</sup> wird geschildert, wie 300 Flüchtlinge vom Balkan in einem Container-Dorf abseits der Bevölkerung einquartiert wurden. Die Stadtpolitiker bezeichnen die Siedlung als „ganz glücklichen Platz, wo wir sie unterbringen, wo sie nicht so in Erscheinung treten.“<sup>450</sup> Mittlerweile würden die Roma den größten Anteil der ohnehin

---

444Ebd.

445Ebd.

446Vgl. DER SPIEGEL: *'Alles blödes Geschreie'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689555.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

447Ebd.

448Ebd.

449Vgl. DER SPIEGEL: *Sinti und Roma nach Bonn*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690102.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

450Ebd.

schon missbilligend betrachteten Gruppe der Einwanderer stellen. Sie erzeugen jedoch so viel Ablehnung und Hass wie sonst kein anderes Volk und gelten als „die wohl am schwersten integrierbare aller Zuwanderergruppen.“<sup>451</sup> Nun gerät eben jene Volksgruppe

„ausgerechnet durch jenen Teil des Ziellandes, der, wie auch die Heimat auf dem Balkan, von Kommunisten in wirtschaftlichen Bankrott und politische Unmündigkeit getrieben worden war. So werden just die ärmeren Deutschen Zeugen, wie die ärmsten Habenichtse des Kontinents [...] vielerorts zwischen Rostock und Dresden Kost, Logis und Bettelspenden begehren und, peniblen Deutschen ein Graus, auf sorgsam geschorenen Rasenflächen lagern.“<sup>452</sup>

Politiker aller Parteien befürchten, dass angesichts der anhaltenden Zuströme von Sinti und Roma „die ohnehin hitzig geführte Asyldebatte nun zur Roma-Debatte auswächst.“<sup>453</sup> Zitierte O-Töne aus Reihen der Union sowie der SPD liefern ein homogenes Bild: Mit ihrem Fehlverhalten hätten die Roma die Ablehnung Ausländern gegenüber entfacht und man würde sie am liebsten gar nicht mehr nach Deutschland einwandern lassen. Zudem vermutet DER SPIEGEL, dass der Rechtsruck in Deutschland u.a. auch aus der Verständnislosigkeit über den massenhaften Zuzug von Roma resultiere und der Trend sich weiter verstärken könnte. Jürgen Trittin setzt sich für die Roma ein, verlangt eine menschenwürdige Unterbringung bei den Kommunen und droht mit Entzug der Kostenerstattung bei Nichteinhaltung. Ministerpräsident Gerhard Schröder hält gegen die CDU und fragt: „Seit wann ‚mißbraucht‘ Gesetze, wer sie zu seinem Vorteil ausnutzt?“<sup>454</sup> Es wird auf viele Verfehlungen der Roma in Deutschland hingewiesen, von Diebstahl über Lärmbelästigung zu Bettelei. Jedoch versucht der SPIEGEL-Artikel dem Leser auch nahe zu bringen, wieso die Roma so sind, wie sie sind und vermittelt einen Einblick in die Historie des Volkes und liefert auch ein paar positive Beispiele der Integration. Der Artikel scheint also mehr Verständnis für die Volksgruppe erzielen zu wollen.

Der Artikel „Früher war hier ein Blumenmeer“<sup>455</sup> aus der selben SPIEGEL-Ausgabe tut es dem Vorgänger gleich. Es wird berichtet von einem Vermieter aus Augsburg, der schon länger plante seine langjährigen Mieter loszuwerden, um sein Haus umzubauen und teurer neu zu vermieten – nun quartierte er viele Sinti und Roma Familien genau neben die Altmieten ein, um diese rauszuekeln: „Ein vierstöckiger Altbaukomplex mit 24 Wohnungen

---

451Ebd.

452Ebd.

453Ebd.

454Ebd.

455Vgl. DER SPIEGEL: 'Früher war hier ein Blumenmeer'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681535.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

soll nach dem Willen seiner Besitzer offenbar systematisch entmietet werden - mit Hilfe hierzulande besonders unbeliebter Asylbewerber: Zigeuner.“<sup>456</sup> DER SPIEGEL schildert die Probleme, die durch die Roma rund um den Häuserkomplex herrschen und liefert jede Menge O-Töne von ärgerlichen Anwohnern, die zuhauf planen umzuziehen. Doch stellt DER SPIEGEL anschließend fest: „Der wahre Kern des Problems: Zwei Kulturen mit völlig unterschiedlichen Umgangsformen und Traditionen prallen aufeinander.“<sup>457</sup>

Ende Oktober schreibt DER SPIEGEL über das mecklenburgische Goldberg, wo sich eine ganze Stadt Asylbewerber entgegenstellt und dafür sogar ganze Straßen blockiert. Die Landesregierung will in Goldberg eine Zast für 300 Asylbewerber einrichten, was die ganze Stadt in Angst, insbesondere vor rechten Krawallmachern, versetzt. Als die ersten Asylbewerber, meist rumänische Roma, in Goldberg eintrafen,

„hatten sich zwei Wochen Romaphobie aufgestaut und die Goldberger sich mit Mahnwachen und Verkehrsblockaden an den Rand einer Hysterie gesteigert. Sie empfingen die unerwünschten Fremden mit Geschrei und Fäusteschütteln, einer der Demonstranten: 'Da kommen die Schweine. Los, hol die Kalaschnikow.'“<sup>458</sup>

So musste eine Hundertschaft der Polizei die Ankunft der Asylbewerber und die Unterkunft vor den Goldbergern schützen. Bereits einen Tag danach reisten Skinheads aus Brandenburg, Sachsen und Berlin an, gelockt von der rechten Hetze. Goldbergs Bürgermeister Kupfer versucht die Bürger zu beschwichtigen, doch erntet nur Hohn und Geschrei von der wütenden Meute. Er selber ist zwiegespalten: Das Land Mecklenburg-Vorpommern sei nun mal verpflichtet eine bestimmte Aufnahmequote zu erfüllen und man könne die Asylbewerber ja nicht einfach einsperren - „Leider.“<sup>459</sup>

Anfang Mai berichtet der Artikel „Das alles nervt total“<sup>460</sup> von den Asylbewerbern Hamburgs, die in Containerschiffen am Hafenrand hausen. Es handele sich um 2000 Menschen aus 50 Nationen, die in fünf überfüllten Hotelbooten leben. Die Anwohner protestieren, da mittlerweile auf jeden der direkten 70 Anlieger 30 Asylsuchende kämen.<sup>461</sup> DER SPIEGEL zitiert mehrere Anwohner, die von unangenehmen Erlebnissen mit Asylbewerbern berichten und viele unternehmen Präventivmaßnahmen, um z.B. ihr

---

456Ebd.

457Ebd.

458DER SPIEGEL: 'Da hört die Christlichkeit auf'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680096.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

459Ebd.

460Vgl. DER SPIEGEL: 'Das alles nervt total'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680916.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

461Ebd.

Eigentum besser zu schützen. Die Art des Protests in Hamburg ist jedoch eine andere, als so oft: „Niemand ruft hier 'Ausländer raus' im traditionell liberalen Hamburger Süd-Westen. Die Anwohner von Neumühlen und Övelgönne haben sich Toleranz verordnet. In dem malerischen Ausflugsziel ist Fremdenfeindlichkeit verpönt.“<sup>462</sup> Auch die Stadt und die Polizei bemühen sich um einen unaufgeregten Umgang mit der gestiegenen Zahl an Delikten und möglichst unbefangen mit den ausländischen Mitbürgern, die bei den Straftaten überrepräsentiert seien, zu verfahren. Jedoch werden auch Stimmen wach, die überlegen sich bei den nächsten Wahlen weg von den großen Parteien und weiter rechts zu orientieren. DER SPIEGEL beschreibt anschließend die unzumutbaren Zustände auf den überfüllten Hotelbooten und einige Eklats, die es mit den Mitarbeitern gegeben habe. So hätten etwa Bedienstete des Wachdienstes der Schiffe im vorigen Jahr Hitlers Geburtstag gefeiert und den Geflüchteten ihre Abneigung signalisiert. Die betreffenden Mitarbeiter wurden ausgetauscht.

In „Aktion Ungehorsam“<sup>463</sup> berichtet DER SPIEGEL Ende August über Helfer, die Bürgerkriegsflüchtlinge bei sich aufgenommen haben und nun in finanzielle Bedrängnis geraten. Es wird das Beispiel eines Gastarbeiters aus dem ehemaligen Jugoslawien genannt, der seit einigen Jahren in München lebt und vor einigen Monaten geflüchtete Verwandte bei sich aufnahm. Für alle Ausgaben kommt er allein auf, sogar für die Anwaltskosten. Nun will sein Vermieter jedoch die Wohnung räumen lassen. Laut SPIEGEL sind

„viele Familien in Not geraten, die Balkan-Flüchtlingen Unterschlupf in Deutschland gewährt haben und die nun die Lasten allein tragen müssen: Behörden verweigern Sozialhilfe oder die Übernahme von Arztkosten, Banken machen wegen überzogener Konten Druck, Vermieter treiben bei den Gastgebern saftige Nachzahlungen für Heizöl und Wasserkosten ein.“<sup>464</sup>

Vielfach werde die Unterbringung der Flüchtlinge von den staatlichen Stellen als Privatsache angesehen. Zudem würden viele Städte die Beihilfen für Unterbringung und Unterhalt von den privaten Gastgebern zurück verlangen, wenn diese für die Flüchtlinge bei der Einreise gebürgt haben. DER SPIEGEL nennt konkrete Fälle von Menschen, die ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft und Einsatz für die Notleidenden gezeigt haben und nun Zahlungsaufforderungen vom Sozialamt erhielten. Damit die Flüchtlinge einreisen konnten, mussten die Helfer

---

462Ebd.

463Vgl. DER SPIEGEL: *Aktion Ungehorsam*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691698.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

464Ebd.

„den Ausländerämtern sogenannte Verpflichtungserklärungen vorlegen, mit denen sie für sämtliche anfallende Kosten haften, die durch ihre Schützlinge verursacht werden. [...] Die Haftungsübernahme allerdings 'teilweise sittenwidrig', weil die Forderungen kaum erfüllt werden können.“<sup>465</sup>

Schlimmstenfalls müssen die privaten Gastgeber selbst die Kosten für das Asylverfahren und die Abschiebung zahlen, was für die meisten finanziell unmöglich sei. DER SPIEGEL beschreibt den Helfer Lukavica aus München, der seine Großfamilie aus dem Kriegsgebiet nach Deutschland in Sicherheit geholt hat. Alle Familienmitglieder außer der alte Vater gehen kleinen Beschäftigungen nach und bekommen zudem Wohngeld, der Vater bezieht Sozialhilfe. Der Helfer, ein seit 25 Jahren in Deutschland lebender Bosnier, hat einen Zweitjob angenommen, um die Kosten besser tragen zu können. Dennoch sind mittlerweile alle Ersparnisse aufgebraucht: „Nun fürchtet der spendable Bosnier, selber zum Sozialopfer zu werden. Wenn die Behörden eines Tages mit ihren Regreßforderungen Ernst machen, ist er vollends ruiniert. Lukavica hat 18 Haftungserklärungen unterschrieben.“<sup>466</sup> Zudem kritisiert DER SPIEGEL, dass die Kommunen zunehmend die Bürgerkriegsflüchtlinge in Asylverfahren drängen, „um die Kosten auf Bund und Länder abzuwälzen - eine widerrechtliche Praxis, wie mehrere Gerichte festgestellt haben.“<sup>467</sup> Das am 1. Juli in Kraft getretene Ausländer- und Asylverfahrensgesetz hat den Rechtsstatus der Bürgerkriegsflüchtlinge zwar verbessert, doch die Kosten haben nach wie vor die Kommunen zu tragen. Einige baden-württembergische Bürgermeister protestieren gegen ihre Zahlungspflicht und einige Städte verweigern schon die Zahlungen. Das Kriegsdrama auf dem Balkan wurde von den Behörden und Politikern unterschätzt: „Neben dem von der Bundesregierung vereinbarten Kontingent von rund 10 000 bosnischen Flüchtlingen, die im vergangenen Sommer eingereist sind, halten sich mittlerweile über 300 000 weitere Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien in Deutschland auf.“<sup>468</sup>

In „Donner und Granaten“<sup>469</sup> berichtet DER SPIEGEL über die seelischen Leiden der Flüchtlingskinder aus Kriegsgebieten. Es werden mehrere Beispiele von Kindern aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgebracht mit sehr plastischen Beschreibungen der Folterungen und Gräueltaten, die die Kinder erleben und mitansehen mussten. Zudem

---

465Ebd.

466Ebd.

467Ebd.

468Ebd.

469Vgl. DER SPIEGEL: *Donner und Granaten*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692111.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

wird beschrieben, wie sich die Traumata auf das momentane Leben der Kinder auswirken. DER SPIEGEL erklärt, dass es an Betreuern und Therapeuten mangle, um die traumatisierten Flüchtlingskinder adäquat zu behandeln. Bisher gebe es in Deutschland keine Beratungsstellen für Flüchtlinge und Asylbewerber, die eine spezielle psychologische Betreuung anbieten. DER SPIEGEL berichtet zudem von einer aus dem Bürgerkriegsgebiet geflohenen Kinderpsychologin, die nun in Deutschland Flüchtlingskinder betreut:

„[...] Die Therapeutin ist völlig überlastet: Sie soll sich um 6500 moslemische und kroatische Flüchtlinge kümmern; 50 Prozent davon sind Kinder. Und die Hälfte von ihnen, so Pehars Schätzung, brauche dringend intensive psychologische und pädagogische Betreuung.“<sup>470</sup>

Um die Situation zu verbessern, würde zeitnah in Hamburg ein internationaler Kongress von Psychiatern und Psychologen stattfinden, der sich mit „den Folgen von Krieg, Vertreibung und Flucht für die Kinderseelen“<sup>471</sup> beschäftigen soll.

## **6.2 Politik und Gesellschaft**

### **6.2.1 Einwanderungs- und Asylpolitik**

DER SPIEGEL-Artikel „Theoretisch die meisten“<sup>472</sup> aus der zweiten Ausgabe des Jahres 1992 erklärt, dass 1991 eine Rekordzahl an Asylbewerbern in Deutschland erreicht wurde. Der Artikel diskutiert, ob eine Grundgesetzänderung vonnöten sei, um der Einwanderungsbewegung Herr zu werden. Über 250.000 Asylbewerber meldeten sich 1991 in Deutschland.<sup>473</sup> Daraufhin setzte die Union ihre Pläne einer Revision des Grundgesetzartikels 16 („Politisch verfolgte genießen Asylrecht“) fort, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren. Nichtsdestotrotz sei die Bundesrepublik als Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention dazu verpflichtet, den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien Schutz zu bieten. 1991 machte diese Personengruppe 30% der Asylbewerber in Deutschland aus. Es wird verdeutlicht, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge nicht beabsichtigen, politische Verfolgung geltend zu machen, sondern vielmehr in ihre Heimat zurückkehren wollen, sobald Frieden eingekehrt sei. Als Missstand wird herausgestellt, dass sie dennoch „ins deutsche Asylverfahren gezwungen

---

470Ebd.

471Ebd.

472Vgl. DER SPIEGEL: *Theoretisch die meisten*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685310.html> [zuletzt geprüft 20.12.2018]

473Ebd.

und so Teil einer Statistik [werden], mit der sich Propaganda machen läßt gegen den angeblich massenhaften Mißbrauch des Asylrechts.“<sup>474</sup>

Dies wird auch thematisiert im Artikel „Schweinchen Schlau“<sup>475</sup>, der erklärt, die Union würde „die sogenannte Asylantenflut [seit Jahren] mit Vorliebe für ihre Wahlkampfzwecke“<sup>476</sup> benutzen. Die FDP stellt sich dagegen und prangert an, die Union würde nur eine „Abwehrmauer aus Paragraphen [bauen], anstatt ein Flüchtlingskonzept zu entwickeln“<sup>477</sup> und den europäischen Nachbarländern die Geflüchteten zuschieben. Der Artikel stellt die CDU/CSU klar als die Partei mit den eigennützigen und inhumanen Zielen dar, die FDP wiederum als diejenigen mit den richtigen Lösungen. Abschließend erklärt der Artikel, dass die FDP alle Bürgerkriegsflüchtlinge vom Asylverfahren freistellen lassen und ihnen Bleiberecht bis Kriegsende gewähren wolle. Abschließend feuert DER SPIEGEL eine Spitze in Richtung der CDU/CSU: „Dann wäre womöglich die 'Asylantenflut' für die Union kein Wahlkampfthema mehr: 12.573 der 31.021 Asylbewerber des letzten Monats kamen aus Jugoslawien.“<sup>478</sup>

Anfang März veröffentlichte DER SPIEGEL unter dem Titel „Hier ist jedes Loch besetzt“<sup>479</sup> ein kritisches Interview mit dem 1992 amtierenden Münchner Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD), der sich über den Andrang der Asylbewerber in München beklagt. Die Position des SPIEGELs ist klar auf Seiten der Geflüchteten und pro Menschlichkeit. Dies wird beispielsweise deutlich, als Kronawitter von einem abgelehnten Asylbewerber berichtet, dessen Lebertransplantation in Deutschland bezahlt wurde und dessen Frau und Kinder nachreisen durften. DER SPIEGEL kommentiert diesen Fall mit den Worten: „Ein schönes Beispiel für Humanität.“<sup>480</sup> Der Oberbürgermeister habe sich zwar selbst für den Asylbewerber eingesetzt, finde jedoch die getragenen Leistungen für die ausländische Familie viel zu hoch und nachvollziehbar, wenn Deutsche sich darüber empören.

In „Wir brauchen Zuwanderer“<sup>481</sup> betitelt Autor Gerhard Schröder (SPD) die Verhandlungen der Parteien zum Thema Asylrecht als „Phantom-Diskussion“<sup>482</sup> und macht

---

474Ebd.

475Vgl. DER SPIEGEL: *Schweinchen Schlau*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680723.html> [zuletzt geprüft 20.12.2018]

476Ebd.

477Ebd.

478Vgl. Ebd.

479Vgl. DER SPIEGEL: „Hier ist jedes Loch besetzt.“ Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681388.html> [zuletzt geprüft 20.12.2018]

480Ebd.

481Vgl. Schröder, Gerhard: *'Wir brauchen Zuwanderer'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681678.html> [zuletzt geprüft 20.12.2018]

482Ebd.

deutlich, dass aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention „gut die Hälfte aller abgelehnten Asylbewerberinnen und -bewerber [...] gar nicht abgeschoben werden [dürfen], weil ihnen im Heimatland Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit droht.“<sup>483</sup> Zudem darf keine Grundgesetzänderung das Abkommen außer Kraft setzen. So würde sich allein aus der Geschichte der Bundesrepublik eine Verpflichtung ergeben:

„Zehntausende von Deutschen haben das Dritte Reich nur überlebt, weil sie im Ausland Asyl fanden. Innenpolitische Erwägungen dürfen bei der Asylgesetzgebung keine Rolle spielen - das einzige Kriterium hat die Sicherheit politisch verfolgter Menschen zu sein.“<sup>484</sup>

Zudem hat das Verfahren mit abgelehnten Asylbewerbern, die nur eine Woche Zeit haben, um einen vorläufigen Rechtsschutz zu beantragen und alle erforderlichen Dokumente aus der Heimat zu beschaffen, übersetzen zu lassen und einzureichen, „mit Rechtsstaatlichkeit nur noch wenig zu tun, aber viel mit Verhöhnung, mit Rausschmeißen-Wollen.“<sup>485</sup> Schröder sieht die Lösung in einer Verkürzung der Asylverfahren: „Wir wollen rechtsstaatliche Asylverfahren, wir wollen humane Asylverfahren, und wir wollen schnelle Asylverfahren.“<sup>486</sup> Der Union wirft Schröder vor das Asylthema für ihren Wahlkampf zu missbrauchen, „Wahlkampf mit einem Sud aus Vorurteilen und Fremdenangst, aus Deuschtümelei und Sozialneid.“<sup>487</sup> Einwanderung sei zudem wichtig für Deutschland, bereichere das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben.

Im April ist das Thema Asyl großes Titelthema beim SPIEGEL und es schreit „Asyl- Die Politiker versagen“ vom Titelblatt. Im März hätte eine Rekordzahl an Menschen Asyl in Deutschland beantragt. Die Politik erscheint hilflos und handlungsunfähig. Der Artikel „'Sie kommen, ob wir wollen oder nicht'“<sup>488</sup> beschäftigt sich mit der Angst und Wut, die viele Deutsche aufgrund dessen gepackt hat. DER SPIEGEL bemängelt im Laufe des Artikels auch die Ungleichheiten bezüglich der Behandlung der Bürgerkriegsflüchtlinge in den verschiedenen europäischen Staaten. In Deutschland dürfen sie „nach dem deutschen Ausländerrecht [...] aus 'humanitären Gründen' höchstens sechs Monate - nur mit Genehmigung des Bundesinnenministers länger - bleiben.“<sup>489</sup> In anderen Ländern Europas können sie sich auf die Genfer Konvention berufen. Andererseits ist der Familiennachzug in der Bundesrepublik bei anerkannten Asylbewerbern großzügiger geregelt als in den

---

483Ebd.

484Ebd.

485Vgl. Ebd.

486Ebd.

487Ebd.

488Vgl. DER SPIEGEL: 'Sie kommen, ob wir wollen oder nicht'. Online verfügbar unter

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687823.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

489Ebd.

anderen Staaten. Die Kommunen drängen die Bürgerkriegsflüchtlinge in Asylverfahren, obwohl sie da überhaupt nicht hingehören, nur damit nicht die Gemeinden, sondern die Länder die Sozialhilfe für sie aufbringen müssen. Um diese sinnlose Bürokratie zu vermeiden, plädiert die FDP darauf, die Länder von vorneherein zu verpflichten sich um den Unterhalt der Bürgerkriegsflüchtlinge zu kümmern. Die Union lehnt dies jedoch ab. Daraufhin unterstellt DER SPIEGEL der CDU/CSU auf eine Verschlimmerung der Lage abzielen, um die eigenen Ziele besser durchsetzen zu können: „Sie möchten sich ihr Vorhaben, über stetig steigende Asylantenzahlen schnell zur ersehnten Grundgesetzänderung zu kommen, nicht verderben lassen.“<sup>490</sup> So werden insbesondere die Bürgerkriegsflüchtlinge laut SPIEGEL zum Spielball des Union-Wahlkampfes ausgenutzt.

In der selben SPIEGEL-Ausgabe echauffiert sich der Artikel „Bis ins letzte Negerdorf“<sup>491</sup> über verdeckte und offene Fremdenfeindlichkeit im Land und Parolen der Politiker, die dies noch schüren und die Thematik zu Wahlkampfzwecken missbrauchen.<sup>492</sup> So verfehlt diese Strategie jedoch oftmals das anvisierte Ziel, da die Bürger zunehmend politikverdrossen sind und zu Protest- oder Nichtwählern avancieren: „So unerquickliche Vorgänge wie der endlose Streit der Bonner Parteien ums Asylrecht haben den Bürgerzorn kräftig angefacht - und damit die Neigung, die Politiker durch radikales Wahlverhalten abzustrafen.“<sup>493</sup> Vor allem die politisch hoch interessierten Wahlverweigerer scheinen ein neues Phänomen zu sein: „Die Wahlenthaltung stellt in zunehmendem Maß das Ergebnis einer bewußten Entscheidung durch politisch informierte und interessierte Bürgerinnen und Bürger dar.“<sup>494</sup>

Mitte April erschien der Artikel „Die flotten Enkel und die Toskana“<sup>495</sup> von Georg Kronawitter. Dieser sieht die Union als Hauptschuldigen für die Situation im Land in puncto Asyl und fordert die SPD auf, das Ruder herumzureißen. So habe die CDU/CSU die Sorgen der Bürger nicht ernst genommen, das Thema Asyl nur zu Wahlkampfzwecken missbraucht und handele hauptsächlich im Interesse der Wirtschaft und der Reichen.<sup>496</sup>

---

490Ebd.

491Vgl. DER SPIEGEL: *'Bis ins letzte Negerdorf'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687826.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

492Vgl. Ebd.

493DER SPIEGEL: *'Das ist der neue Adel'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687917.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

494Ebd.

495Vgl. Kronawitter, Georg: *'Die flotten Enkel und die Toskana'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679441.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

496Ebd.

Ende Mai berichtet DER SPIEGEL im Artikel „Salto in Bonn“<sup>497</sup>, wie die Bundesregierung nur widerwillig Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina einreisen lässt. Innenminister Rudolf Seiters (CDU) und Außenamtschef Klaus Kinkel (FDP) ließen verlauten, „die Bundesregierung [...] trage 'nach besten Kräften' dazu bei, die Not der 'bedrängten Menschen' aus Bosnien-Herzegowina zu 'lindern'. Das 'Hauptziel' müsse die 'Hilfe vor Ort' sein.“<sup>498</sup> Was diese Worte in Wahrheit für die Flüchtlinge bedeuten, schildert DER SPIEGEL im Folgenden:

„Bayerische Grenzpolizisten zwangen Frauen, Männer und Kinder, Alte und Kranke, die oft nichts mehr als ihr Leben gerettet hatten, die in Richtung Deutschland fahrenden Züge zu verlassen, oder schickten sie auf der Autobahn nach Österreich zurück - weil sie nicht das nötige Einreisevisum besaßen.“<sup>499</sup>

Das verlangte Visum hätten sich die Flüchtlinge gar nicht besorgen können, da es in Bosnien-Herzegowina noch keine deutsche Botschaft gibt, wo sie es sich hätten ausstellen lassen können.<sup>500</sup> Des Weiteren liefert die Bundesregierung fleißig Hilfsgüter nach Zagreb, damit die Flüchtlinge möglichst dort bleiben. DER SPIEGEL echauffiert sich zudem über die Praxis der BRD Bosnien zwar als Staat wie Kroatien und Slowenien anzuerkennen, dennoch nicht von der Visumpflicht abzusehen, obwohl dies vor ein paar Monaten noch klar forciert worden war. Vielmehr wies das Innenministerium den Bundesgrenzschutz nun an, Bosnier ohne Visum an den Grenzen zurückzuweisen. Seiters Grund: In der Bundesrepublik gebe es schon so viele jugoslawische Flüchtlinge. Leichtes Einsehen brachten jedoch aufrüttelnde Bilder vom Kriegsgeschehen in Bosnien – auch Österreich machte der BRD Druck und stellte klar, dass die Belastungen durch den Bürgerkrieg von den Nachbarländern gemeinsam getragen werden müssen. Die Visumpflicht bleibe jedoch in Deutschland bestehen, allerdings kam es zu einer Lockerung der Einreisebedingungen. So werden etwa Kranke und Verletzte bevorzugt aufgenommen und Bosnier dürfen einreisen, wenn ihr Lebensunterhalt durch Verwandte, Freunde oder Hilfsorganisationen gesichert ist. Außerdem wurde ein Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien bis zum 30. September 1992 verhängt.<sup>501</sup>

---

497Vgl. DER SPIEGEL: *Salto in Bonn*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688514.html>  
[zuletzt geprüft am 21.12.2018]

498Ebd.

499Ebd.

500Vgl. DER SPIEGEL: *Zügig überholt*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682465.html>  
[zuletzt geprüft am 20.12.2018]

501Vgl. DER SPIEGEL: *Salto in Bonn*.

Schon zwei Wochen später berichtet DER SPIEGEL in „Erwartungen dämpfen“<sup>502</sup> über ein vom Bundesinnenministerium herausgegebenes Papier, welches die noch Ende Mai geweckten Erwartungen wieder hinunter schraubt. Nun heißt es, die Aufnahme von Verwundeten und Kranken komme "nur in Betracht, wenn eine erforderliche medizinische Versorgung ansonsten nicht gewährleistet [sei]."<sup>503</sup> Die Behandlung im Heimatland, also im Kriegsgebiet, oder in einem näher gelegenen Aufnahmeland habe Vorrang. Zudem geht aus dem Papier hervor, dass keine Aussage über konkrete Aufnahmezahlen möglich sei, die Erwartungen jedoch hinunter geschraubt werden sollen.<sup>504</sup>

Die 31. Ausgabe des SPIEGELS titelt Ende Juli 1992 in großen Lettern: „Ansturm vom Balkan – Wer nimmt die Flüchtlinge?“. Mehrere Artikel der Ausgabe beschäftigen sich mit der Thematik des Balkankrieges und der Einwanderungsproblematik. Unter anderem kritisiert DER SPIEGEL die Europäische Gemeinschaft scharf für ihr Vorgehen in der Flüchtlingsfrage. Schnelle Absprachen über die Flüchtlingskontingente würden Linderung schaffen, doch scheint sich niemand verantwortlich zu fühlen:

„Doch die Wohlstandsfeste Westeuropa sucht sich abzuschotten gegen den Ansturm der Entwurzelten drunten vom Balkan. Mit Visasperren, Grenzblockaden, bürokratischen Schikanen und Schachern um Aufnahmekontingente bieten viele Begüterte des gemeinsamen europäischen Hauses ein beschämendes Beispiel von zynischer Humanität im größten Flüchtlingsdrama seit Ende des Zweiten Weltkriegs.“<sup>505</sup>

Der Artikel „Eine Million auf dem Sprung“<sup>506</sup> schildert die Flucht der Bosnier vom Kriegsgebiet nach Österreich:

„Hart ging es zu in den ersten beiden Flüchtlingszügen, vollgestopft mit 2000 oder 3000 Menschen. Kinder schliefen unter Sitzbänken, Greise und alte Frauen kauerten auf Korridoren. Andere lagen, zusammengerollt wie menschliche Larven, in Gepäcknetzen.“<sup>507</sup>

So würden insbesondere auch die Kinder unter entsetzlichen Albträumen leiden „mit Szenen von durchschnittenen Kehlen, Folterungen, Gedanken an den Tod und an das Töten.“<sup>508</sup> Der Autor liefert mehrere Verweise auf den Zweiten Weltkrieg und merkt an,

---

502Vgl. DER SPIEGEL: *Erwartungen dämpfen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688703.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

503Ebd.

504Ebd.

505DER SPIEGEL: *'Eine Million auf dem Sprung'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689417.html>

506Vgl. Ebd.

507Ebd.

508Ebd.

dass der Balkankrieg und die resultierende Fluchtbewegung das Schlimmste sei, was Europa nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt habe. Auch berichteten Flüchtlinge von

„Konzentrationslagern ('Koncentracioni logor') in der Krajina und im bosnischen Brcko, in denen 3000 Menschen ermordet worden seien. In den Kühlhallen einer ehemaligen Fleischfabrik hätten sich die Leichen gestapelt, da die Toten von den Serben nicht rasch genug verscharrt werden konnten.“<sup>509</sup>

Zudem zitiert DER SPIEGEL auch aus einem Leitartikel der Süddeutschen Zeitung, indem es Schelte bezüglich des „Verhalten[s] der Überflußgesellschaften Westeuropas [hagelt], die mit interesselosem Mißfallen die Katastrophe passiv vor dem Fernsehschirm verfolgen.“<sup>510</sup> Selbst der Kärntner Flüchtlingsbeauftragte scheint mehr um das Wohl der deutschen Urlauber besorgt, als um die hilflosen Geflüchteten.

Der Artikel „Eine zweite Katastrophe“<sup>511</sup> berichtet, wie sich Union und SPD aus Angst vor den Rechten in der Asylpolitik einigen wollen, notfalls auch mit Grundgesetzänderung.<sup>512</sup> Die SPD gebe dabei gezwungenermaßen ehemals unumstößliche Positionen auf, der Druck aufgrund des starken Flüchtlingsstromes und des wachsenden Rechtsradikalismus sei einfach zu hoch: „Wer die 'Realität der ungesteuerten Zuwanderung' und den 'Mißbrauch des Asylrechts' nicht zur Kenntnis nehme, warnte der Mainzer Regierungschef Rudolf Scharping auf der SPD-Vorstandsklausur am vorvergangenen Wochenende, 'überläßt das gesamte Thema den Rechten'.“<sup>513</sup> Als wahre Ursache für das deutsche Flüchtlingsproblem benennt DER SPIEGEL das „stetig wachsende Wohlstandsgefälle“<sup>514</sup> in Deutschland, die vergleichsweise guten Bedingungen unter denen Asylbewerber hier leben und die langen Asylverfahren, die es vielen Abgelehnten ermöglichen, doch irgendwie in Deutschland zu bleiben. Entlastend würde beispielsweise eine Abarbeitung der mittlerweile 388.000 Altfälle liefern, „doch da mag die Union bisher nicht ran - sie schreckt die Aussicht, daß die dann folgende Familienzusammenführung die Zahl der Begünstigten in die Millionen wachsen läßt.“<sup>515</sup> DER SPIEGEL sieht die Asyldebatte, „jahrelang von Regierung und Opposition folgenlos zum jeweils eigenen Vorteil ausgeschlachtet, [...] seit Rostock mit plötzlichem Eifer politisch vorangetrieben.“<sup>516</sup> Die

---

509Ebd.

510Ebd.

511Vgl. DER SPIEGEL: 'Eine zweite Katastrophe'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682062.html>

512Ebd.

513Ebd.

514Ebd.

515Ebd.

516Ebd.

Parteien würden zusammenrücken, jedoch klar nach rechts, und „schmieden neue Gesetze - zur Abwehr von Ausländern oder zum Abbau von Grundrechten.“<sup>517</sup>

In „Göttliche Hände“<sup>518</sup> berichtet DER SPIEGEL Mitte Oktober, dass Kanzler Helmut Kohl aufgrund des Asylbewerberzustroms den „Staatsnotstand“ ausgerufen hat. So sehen Kohls Parteigenossen „den inneren Frieden, die rechtsstaatliche demokratische Ordnung und gar 'die Seele der Bundesrepublik' (Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble) bedroht.“<sup>519</sup> Auch der Koalitionspartner FDP, der das Vorhaben der CDU, Artikel 16 aus dem Grundgesetz zu streichen, bisher rigoros ablehnte, gibt nach Einmischung des Kanzlers nun kleinbei. So lassen sie sich in einem jüngst herausgegebenen Beschluss des Bundestages „auf allseits ausdeutbare Formulierungen ein, die Grundrecht und Rechtsschutz für Asylbewerber zur Disposition stellen.“<sup>520</sup> DER SPIEGEL wirft der Union vor, sich zwar fleißig mit der Abschaffung von Grundrechten und Rechtsschutz zu beschäftigen, sich jedoch praktischen Lösungsvorschlägen zum Umgang mit den Asylbewerbern zu versperren. Beispielsweise mangle es vielen Ämtern schlicht an Personal und Computern. Zudem gelten viele der 89.000 Bürgerkriegsflüchtlinge, denen fast immer ein Bleiberecht zusteht, immer noch als Asylbewerber, „weil die Länder und Gemeinden sich über die Kosten streiten und der Bundesinnenminister das Thema nicht so dringlich findet.“<sup>521</sup>

In einem SPIEGEL-Interview Anfang November erklärt Hans-Dietrich Genscher (FDP), die Lage Deutschlands sei „durch offenkundigen Asylmißbrauch, dramatisch. Aber die Grundachse der Republik darf nicht nach rechts verschoben werden.“<sup>522</sup> Genscher halte es für problematisch, wenn Gesetze geändert werden wollen mit der „fadenscheinigen Begründung, man müsse den Republikanern die Argumente nehmen.“<sup>523</sup> Er denkt, dass diese Handhabe den Republikanern die Wähler eher zutriebe. Zudem müsse endlich gehandelt und Maßnahmen umgesetzt werden.

In „Das ist der Staatsstreich“<sup>524</sup> geht es um Helmut Kohls Vorhaben, sich, wenn die SPD

---

517DER SPIEGEL: *Anklang an Weimar*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690531.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

518Vgl. DER SPIEGEL: *Göttliche Hände*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690777.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

519Ebd.

520Ebd.

521Ebd.

522DER SPIEGEL: *Die Lage ist dramatisch*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855268.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

523Ebd.

524Vgl. DER SPIEGEL: *'Das ist der Staatsstreich'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680374.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

eine Änderung des Asyl-Grundrechts ablehnt, [...] so [zu] verhalten, 'als ob' das Grundgesetz geändert worden sei."<sup>525</sup> So rief er vor kurzem den „Staatsnotstand“ aus: „Der Zustrom der Asylbewerber führe zu unhaltbaren Zuständen in Städten und Gemeinden, 'die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten'“<sup>526</sup>, und weiter, „'Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefgehenden Vertrauenskrise gegenüber unserem demokratischen Staat.'“<sup>527</sup> So sehe er das Aushebeln vom Grundgesetz aufgrund der prekären Situation als legitim an. Unterstützung bekommt Kohl auch vom CSU-Vorsitzenden Theo Waigel, der der Meinung ist, „wenn sich die SPD einer 'befriedigenden Verfassungsänderung' verweigere, dann sei es besser, 'auf dem Gesetzgebungswege mit hohem verfassungsrechtlichen Risiko das zu tun, was wir tun müssen.'“<sup>528</sup> Praktisch würde dies bedeuten, Menschen mithilfe von Listen jener Länder, in denen keine politische Verfolgung drohe, direkt an der Grenze zu Deutschland abzuweisen:

„Nicht die Millionen Arbeitslosen, nicht der Wohnungsmangel, nicht die zerrütteten Staatsfinanzen und auch nicht die Gewalttaten der Rechtsradikalen und das Anwachsen des Antisemitismus bereiten dem Kanzler die allergrößten Sorgen. Am dringendsten ist's dem Regierungschef, Deutschland vor den Flüchtlingen aus aller Welt zu retten.“<sup>529</sup>

DER SPIEGEL bewertet dieses Vorhaben als verfassungswidrig und Kohl scheint dies auch durchaus bewusst zu sein. Ein Helfer Kohls ließ verlauten: „Bei einem Staatsnotstand, wenn also der Staat handlungsunfähig ist, die Regierung im Interesse des Staates Mittel einsetzen muß, die nicht mehr verfassungsgemäß sind“.<sup>530</sup> Genau dies würde jedoch das falsche Signal senden, meint die SPD. So würde es als legitim verkauft werden, in extremen Situationen zu extremen, rechtswidrigen Mitteln zu greifen: „Dann kann auch der Rechtsbrecher mit dem Stein oder dem Molotowcocktail in der Hand für sich in Anspruch nehmen, extrem zu handeln, weil er sich in einer extremen Situation befinde.“<sup>531</sup> Verfassungsrichter Jürgen Kühling stellt klar, die Situation des Staatsnotstandes sei in Deutschland nicht einmal annähernd gegeben: „Das Wort Staatsnotstand soll wohl auch nur dazu dienen, die Verhältnisse besonders schwarz zu malen. [...] Das Wort vom Staatsnotstand [...] täuscht Handlungsspielräume der

---

525Ebd.

526Ebd.

527Ebd.

528Ebd.

529DER SPIEGEL: *Tips zum Verfassungsbruch*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680756.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

530DER SPIEGEL: *'Das ist der Staatsstreich'*.

531DER SPIEGEL: *Tips zum Verfassungsbruch*.

Regierenden vor, die es in Wahrheit nicht gibt.“<sup>532</sup> Zudem sieht Kühling es als zutiefst gefährlich an zu suggerieren, dass eine Grundgesetzänderung die Zuwanderungsprobleme lösen könne. Kühling sehe eine Dramatisierung der Zuwanderung als problematisch an, da sie Sorgen und Ängste bei der Bevölkerung hervorrufen und verstärken würden: „Asylsuchende erscheinen dann als lästige Eindringlinge, die unser Recht und unsere sozialen Einrichtungen mißbrauchen. So kann Ausländerfurcht in Haß umschlagen.“<sup>533</sup> Auch der Verfassungsrichter würde es befürworten, die Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Asylverfahren herauszuhalten, da sie sowieso ein Bleiberecht genießen. Seiner Meinung nach würde allein das zu einer Entschärfung der Diskussion um das Asylrecht führen.

Die SPIEGEL-Ausgabe 46/92 titelt in großen Lettern „Abschiebung“ mit der Unterschrift „Asyl: Bonn will 300.000 ausweisen“. In der Ausgabe beschäftigen sich acht Artikel mit den Themen Asylpolitik, Asylmissbrauch sowie rechte Gewalt und ihre Ursachen.

In „Das Grundrecht“<sup>534</sup> stellt DER SPIEGEL klar, dass das Grundrecht auf Asyl „durch keinerlei Verfassungsänderung angetastet werden [dürfe]“<sup>535</sup> und der individuelle Asylanspruch nicht einzuschränken sei. Viele Forderungen der CDU/CSU würden mit dem Grundgesetz kollidieren.

Im Artikel „An die Wand“<sup>536</sup> zitiert DER SPIEGEL Kanzler Helmut Kohl, der, da die „große Verfassungsrevision mit den Genossen nun einmal nicht zu machen sei“<sup>537</sup>, meint, den steigenden Flüchtlingszahlen müsse mit beschleunigten Asylverfahren begegnet werden, sonst „fahren wir an die Wand, dann geht in Deutschland ein Riesenkrawall los“<sup>538</sup>. DER SPIEGEL bestätigt, dass die einzige Lösung in der Flüchtlingsproblematik eine Beschleunigung der Verfahren sei.

In „Asyl: Legal, illegal, rektal“<sup>539</sup> wird sich über den Asylkompromiss echauffiert, der festlegt, dass der Anspruch einen Asylantrag in Deutschland zu stellen erlischt, wenn über

---

532Lamprecht, Rolf; Lersch, Paul: *'Ein gefährliches Spiel'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681145.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

533Ebd.

534Vgl. DER SPIEGEL: *Das Grundrecht*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9288850.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

535Ebd.

536Vgl. DER SPIEGEL: *An die Wand*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681459.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

537Ebd.

538Ebd.

539Vgl. DER SPIEGEL: *Asyl: Legal, illegal, rektal*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691801.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

einen sicheren Drittstaat eingereist wurde.<sup>540</sup> Vor allem Polen und die Tschechische Republik müssten für die Flüchtlinge herhalten, die insbesondere über diese Staaten nach Deutschland gelangen, darunter auch der Großteil der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien. Rund 2500 Flüchtlingen, die meisten vom Balkan, gewährt Polen momentan Zuflucht. Die Umstände seien miserabel – „in einem Sommercamp nahe Warschau, [...] [würden] rund 120 unzureichend bekleidete Flüchtlinge vor dem Winter bangen“.<sup>541</sup>

In „Die Bahn muss zahlen“<sup>542</sup> berichtet DER SPIEGEL, wie nach einem Beschluss des Bundeskabinetts alle Bundesbehörden, also auch die Bahn, dazu verpflichtet sind auf eigene Kosten Personal zum Abbau der unbearbeiteten Asylanträge zu stellen.<sup>543</sup>

Der Artikel „Neuer Vorhang“<sup>544</sup> berichtet über die Pläne Deutschlands östlicher Nachbarländer, keine Flüchtlinge mehr ihre Grenzen passieren zu lassen, deren Ziel Deutschland ist. Zu diesen Ländern zählen Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei und Slowenien. Denn wer künftig über eines dieser sogenannten Haupttransitländer nach Deutschland einreist, wird ohne Asylverfahren direkt zurück in das betreffende Land geschickt. So versuchen die Haupttransitländer, vor allem Polen und die Tschechische Republik, erst gar keine Flüchtlinge über die eigene Grenze zu lassen. Viele der Flüchtlinge kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Ungarn sei jetzt schon massiv mit Bürgerkriegsflüchtlingen überfüllt. So werden nun die Grenzen gesichert, Deutschland macht es vor:

„Nach vierwöchiger Kurzausbildung sollen schon bald 1600 Hilfspolizisten neben beamteten Grenzschützern in Brandenburg und Sachsen Jagd auf Illegale machen. Auf den ersten Werbeaufruf meldeten sich beim Grenzschutz in Schwedt, Frankfurt/Oder und Cottbus bereits 4000 Möchtegern-Sheriffs.“<sup>545</sup>

DER SPIEGEL echauffiert sich über die östlichen Sicherheitsminister, die ihren Abwehrkatalog alibimäßig mit „einem Bekenntnis zu ihren Pflichten aus Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen einleiten“<sup>546</sup> und noch dazu betonen, wie wichtig die

---

540Ebd.

541DER SPIEGEL: *Asyl: So schlimm nicht*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691930.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

542Vgl. DER SPIEGEL: *Die Bahn muss zahlen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687095.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

543Ebd.

544Vgl. DER SPIEGEL: *Neuer Vorhang*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687861.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

545Ebd.

546Ebd.

Reisefreiheit in Europa sei.

Im Artikel „Wie viele Ausländer“<sup>547</sup> setzt sich DER SPIEGEL mit der Frage auseinander, wie hoch der Zuzug von Ausländern sein müsse, um bei sinkender Geburtenrate den Wohlstand in Deutschland zu erhalten. Zeitgleich wird die Frage gestellt, wie viele Ausländer Deutschland stemmen könne:

„Weit mehr als eine Million Menschen kamen im vergangenen Jahr über die Grenzen - illegal, als Asylbewerber, als Aussiedler, Bürgerkriegsflüchtlinge oder per Familiennachzug. Auch nach der Begrenzung des Asylgrundrechts, da sind sich die Experten einig, wird die Bundesrepublik bevorzugtes Zielland bleiben.“<sup>548</sup>

So verlangt Gerhard Schröder (SPD) ein Einwanderungsgesetz, um den Zustrom künftig besser steuern zu können. Edmund Stoiber (CDU) hingegen, plädiert für eine Sicherung der Grenzen. Um die in Deutschland legal lebenden Ausländer besser zu integrieren, hat die SPD-Bundesfraktion einen Gesetzesentwurf vorgelegt, „der neben einem Rechtsanspruch auf Einbürgerung - nach acht Jahren legalen Aufenthalts - auch die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft“<sup>549</sup> vorsieht.

Mitte April 1993 berichtet DER SPIEGEL über das Zirndorfer Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, das zum ersten Mal seit März 1991 mehr Akten abgebaut habe, als neu hinzu kamen: „Im März dieses Jahres verzeichnete Amtschef Gerhard Groß 43 731 neue Asylanträge. Im gleichen Monat entschieden die Mitarbeiter in der Zirndorfer Zentrale und den 46 Außenstellen über 45 528 Anträge.“<sup>550</sup> Jedoch seien 490.000 Anträge noch immer unerledigt und 1549 bewilligte Stellen unbesetzt.

In „Grenzen des Erträglichen“<sup>551</sup> berichtet DER SPIEGEL Ende Mai 1993 von dem neu verabschiedeten Asylgesetz, welches die Regierung als Patentrezept preist und die Opposition als notwendiges Übel akzeptiert. Laut SPIEGEL bleibe von dem Grundrecht „nur eine leere Hülle“.<sup>552</sup> Die Abstimmung verlief nicht ohne Proteste von der Bevölkerung. Beim Versuch sich der Asylabstimmung im Bundestag zu nähern, wurden mehrere Abgeordnete mit Farbbeuteln beworfen oder anderweitig versucht aufzuhalten:

---

547Vgl. DER SPIEGEL: *Wie viele Ausländer*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9277750.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

548Ebd.

549Ebd.

550DER SPIEGEL: *Zirndorf arbeitet schneller*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688786.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

551Vgl. DER SPIEGEL: *'Grenzen des Erträglichen'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682159.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

552Ebd.

„Die Heussallee, die direkt zum Bundeshaus führt, war mit Seilen und Menschenketten abgesperrt. An einer Mauer aus Pappmache, grau wie das Berliner Modell am Checkpoint Charlie und mit Schlagbaum ausgerüstet, wurden Einlaßsuchende höhnisch an einen Asyl-Schnell-Richter verwiesen.“<sup>553</sup>

Auch versuchten einige Autonome das Regierungsviertel zu stürmen. Mit dem Asylkompromiss einher gehen Transitlager an den Flughäfen, damit Geflohene noch vor Grenzübertritt ausgewiesen werden können, sollten sie keinen Anspruch auf Asyl besitzen.<sup>554</sup>

Anfang Juli berichtet DER SPIEGEL in „Schöne Zeiten für Schlepper“<sup>555</sup> über die Änderungen seit Deutschland durch das neue Asylgesetz keine Flüchtlinge mehr ins Land lässt, die über einen sicheren Drittstaat einreisen wollen. Zum Einen befürchten Menschenrechtler, dass wirklich Verfolgte von der neuen Regelung betroffen sein würden. Zum Anderen werde mit einer „dramatischen Zunahme illegaler Grenzübertritte“<sup>556</sup> gerechnet.

In „Gemischte Gefühle“<sup>557</sup> wird ein Rückgang der Asylbewerberzahlen festgestellt. Die ersten Heime kämpfen mit Problemen, einige wurden schon geschlossen. So wohnten im Cottbuser Asylheim einst 1000 Asylsuchende, nun seien es 300. Zuschüsse und Tagessätze werden pro Kopf gezahlt, sodass dem Heim nun das Geld ausgeht: „Von 43 Mitarbeitern werden bis Ende September nur noch 12 übrig sein, dem Rest wurde gekündigt. Selbst dringend nötige Dolmetscher mußten gehen [...]“<sup>558</sup> Asylbewerber würden nicht mehr betreut werden können, sondern nur noch verwaltet. Auch wird festgestellt, dass das neue Asylgesetz Macken habe: Die Liste der sicheren Herkunftsländer, die bestimmen sollte, wer einreisen und einen Antrag stellen darf und wer nicht, habe sich als überflüssig erwiesen. Flüchtlinge dürfen nicht „allein mit dem Hinweis auf die allgemeine Lage im Herkunftsland“<sup>559</sup> abgeschoben werden. Somit müsse das Bundesverfassungsgericht reihenweise einzelne Fälle von Flüchtlingen prüfen und individuell entscheiden. Überall an den deutschen Ostgrenzen sei ein Rückgang der

---

553Vgl. DER SPIEGEL: *'Nimm deinen Karenztag'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689809.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

554Vgl. DER SPIEGEL: *Transit im Frachthof*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690120.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

555Vgl. DER SPIEGEL: *Schöne Zeiten für Schlepper*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690527.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

556Ebd.

557Vgl. DER SPIEGEL: *Gemischte Gefühle*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690800.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

558Ebd.

559DER SPIEGEL: *Wie vom Fließband*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690982.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

illegalen Zuwanderer zu verzeichnen und die große Mehrheit komme ohne Ausweispapiere, um das neue Asylgesetz zu umgehen.<sup>560</sup> Sie versuchen sich zumeist zu Aufnahmestellen im Landesinneren durchzuschlagen, denn dort dürfen sie nicht einfach abgeschoben werden, sondern dürfen ihr Asylbegehren vorbringen, welches im Eilverfahren verhandelt werde. Im bayerischen Kiefersfelden hätte sich „an der Grenze zu Österreich [...] die Zahl der zurückgewiesenen Ausländer seit Anfang Juli laut Angaben der bayerischen Grenzpolizei mehr als verdoppelt.“<sup>561</sup> Dort würden viele darauf hoffen im Trubel des Ferienverkehrs unter zu gehen und so unerkannt das Landesinnere zu erreichen. Im Juli sind rund 3200 Menschen zurückgewiesen worden – die meisten aus Ex-Jugoslawien sowie Nord- und Westafrika.

Anfang November berichtet DER SPIEGEL über eine neue von der Regierung verabschiedete Regelung, „die es den Kommunen verbietet, Sozialhilfe an Asylbewerber, wie bislang üblich, in bar auszuzahlen.“<sup>562</sup> Anstelle der rund 500 Euro monatlich, sollen die Geflüchteten jegliche Leistungen nur noch in Naturalien erhalten: „Außer den sogenannten Sachleistungen wie Nahrung, Kleidung, Waschzeug und Haushaltswaren ist lediglich ein Taschengeld von monatlich 80 Mark vorgesehen.“<sup>563</sup> Die neue Regelung soll der Senkung der Asylbewerberzahlen dienen, insbesondere sogenannte Flüchtlinge aus osteuropäischen Armutsländern, für die die deutsche Sozialhilfe Reichtum bedeutet, sollen abgeschreckt werden.

Mitte Dezember berichtet DER SPIEGEL, dass sich die CDU/CSU weigert den „in der Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat vereinbarten Minderheitenschutz ins Grundgesetz aufzunehmen.“<sup>564</sup> Insbesondere der Satz „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“<sup>565</sup> erregt Anstoß und lässt die Union befürchten, dass in Deutschland lebende Ausländer mehr Rechte erhielten. FDP-Mitglied Burkhard Hirsch wird schlussendlich zitiert mit folgender empörter Reaktion: „Unglaublich, [...] liberale Ur-Anliegen werden bayerischen Überfremdungsängsten geopfert.“<sup>566</sup>

---

560Vgl. DER SPIEGEL: *Sportlicher Ehrgeiz*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691118.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

561Ebd.

562DER SPIEGEL: *Anschreiben lassen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692721.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

563Ebd.

564DER SPIEGEL: *Gegen Schutz von Minderheiten*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693214.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

565Ebd.

566Ebd.

## 6.2.2 Rechtsruck und Rechtsradikalismus im Zuge der Ereignisse

Die SPIEGEL-Ausgabe 36/92 widmet sich hauptsächlich dem Thema Rostock-Lichtenhagen. Auf politischer Ebene wird die Reaktion von Kanzler Kohl zu den Ausschreitungen besonders verurteilt, der verharmlosend darauf verwies, dass es Gewalt gegen Ausländer auch im Westen, in anderen Ländern Europas und auf der ganzen Welt gebe.<sup>567</sup> Zudem äußerte Kohl die Vermutung, die Stasi hätte den Aufruhr angezettelt. DER SPIEGEL sieht Parallelen bei den Bildern aus Rostock zum Balkankrieg:

„[Die] Angriffe von Vermummten, die mit Brandbomben und Baseballschlägern schließlich die Verlegung der Asylbewerber in das zehn Kilometer entfernte Hinrichshagen erzwangen, [wecken] Assoziationen an den Balkankrieg. Den SPD-Abgeordneten Freimut Duve erinnerte der erzwungene Exodus an die zynisch so genannten ethnischen Säuberungen auf dem Gebiet des einstigen Jugoslawien.“<sup>568</sup>

Weiter wird der SPD-Abgeordnete Duve zitiert mit den Worten: „In wenigen Stunden [ist] unsere moralische Berechtigung, den Vertreibungsterror der Serben gegen die moslemischen Bosnier zu geißeln, beschädigt worden.“<sup>569</sup> Generell weht schnell nach der Kunde über die Welle der Hilfsbereitschaft der Deutschen für die Bürgerkriegsflüchtlinge Ende August ein komplett anderer Wind:

„In wohl keinem anderen Land macht sich derzeit Fremdenhaß so schnell so breit wie in der Bundesrepublik. Nach einer SPIEGEL-Umfrage des Emnid-Instituts stieg das Verständnis für 'rechtsradikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems' von 24 Prozent im Dezember 1991 auf 38 Prozent im Juni dieses Jahres.“<sup>570</sup>

DER SPIEGEL verurteilt die Attentäter und alle Mitläufer aufs Schärfste, weist jedoch auch auf das politische und behördliche Versagen hin, was definitiv seine Mitschuld an den Ausschreitungen trage. So wachse die Unzufriedenheit über die unregelte Einwanderung überall. Bis zum Ende des Jahres wird eine neue Rekordzahl an Asylbewerbern erwartet, wobei die aktuelle Dauer eines Asylverfahrens bei 13 Monaten liege, die unbearbeiteten Anträge sich türmen und die Behörden absolut überfordert seien. Der Union unterstellen DER SPIEGEL und auch Hessens Ministerpräsident Hans Eichel, SPD, aus Kalkül nicht zu handeln. Sie ließen die Situation hochkochen, um ihre eigenen

---

<sup>567</sup>Vgl. DER SPIEGEL: *'Ernstes Zeichen an der Wand'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689982.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

<sup>568</sup>Ebd.

<sup>569</sup>Ebd.

<sup>570</sup>Ebd.

Forderungen bezüglich der Grundgesetzänderung durchzukriegen.<sup>571</sup>

Anfang September 1992 druckt DER SPIEGEL ein kritisches Interview mit Georg Kronawitter, damaliger Münchner Bürgermeister der SPD, und Jürgen Trittin (Die Grünen), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Niedersachsen. Kronawitter scheint durchaus nachvollziehen zu können, dass soziale Probleme der Menschen zu Gewalteskalationen führen. Trittin hält scharf dagegen: „Arbeitslosigkeit ist kein Grund, sich als Schwein aufzuführen.“<sup>572</sup> Zudem sieht er die Schuld klar bei der Bundesregierung und findet es nicht nachvollziehbar, den Frust an anderen, schwächeren Menschen, in diesem Falle den Ausländern, auszulassen. Auch Trittin vermutet Kalkül hinter der Tatenlosigkeit der verantwortlichen Politiker: „Eben diese Bundesregierung schürt das Chaos mit den Asylbewerbern offensichtlich bewußt, um Stimmung zu machen. Die Ängste werden für politische Zwecke instrumentalisiert. Das soll von den eigenen Fehlern ablenken.“<sup>573</sup> Kronawitter will Deutschland nicht länger als „Auffangbecken für alle Armen in der Dritten Welt“<sup>574</sup> sehen, wohingegen Trittin kontert:

„Wir befinden uns mitten in einer neuen Völkerwanderung. Deutschland ist längst zu einem Einwanderungsland geworden. Ob wir die Zuwanderung wollen oder nicht, ob wir sie romantisieren oder uns mit Händen und Füßen dagegen wehren - es gibt sie, damit müssen wir leben.“<sup>575</sup>

Weiter mahnt Trittin Kronawitter: „Sie wissen, daß Sie mit dem Gerede über 'Scheinasyllanten' und 'Wirtschaftsflüchtlinge' nur neue Feindbilder aufbauen und die Stimmung anheizen.“<sup>576</sup> Grundsätzlich entsteht der Eindruck, Kronawitter ginge es hauptsächlich darum die Einwanderung nach Deutschland möglichst zu reduzieren, die Schicksale der Ausländer scheinen ihn nicht sonderlich zu tangieren. Trittin vertritt hingegen die Ansicht, dass es das gute Recht der Menschen sei, nach Deutschland zu kommen, jedoch bedarf es ein gutes Einwanderungsgesetz, um den Staat, die Bürger und die Migranten nicht zu überlasten:

„Ich sage, die Bevölkerung dieses Landes wird sich, ob mit Verfassungsänderung oder ohne, darauf einstellen müssen, auf Dauer Zielland von Zuwanderern zu sein. Wir haben nur die

---

571 Vgl. DER SPIEGEL: *Stimmung hochkochen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690095.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

572 Hogrefe, Jürgen: *'Wir kriegen einen Aufstand'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681527.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

573 Ebd.

574 Ebd.

575 Ebd.

576 Ebd.

Wahl, dies entweder mit rechtsstaatlichen, humanen Mitteln zu regeln oder dumme Sprüche wie den von der Verfassungsänderung zu machen, um anschließend zu gewalttätigen Lösungen zu neigen. Die jedoch verschlimmern den Rassismus nur.“<sup>577</sup>

Den Rechtsruck in Deutschland zu ergründen versucht DER SPIEGEL in einem Interview mit Ernst Uhrlau, Chef der Hamburger Verfassungsschutzbehörde und einem der führenden Rechtsextremismus-Experten. So vereine der Ausländerhass die Leute und sie haben das Gefühl: „Wir können etwas erreichen, mit Gewalt machen wir der Politik Beine. Das gibt besonders den Jugendlichen im Osten neues Selbstbewußtsein - und es hat deshalb eine fatale Anziehungskraft.“<sup>578</sup> Die Frage des SPIEGELS, ob eine Verschärfung des Asylrechts den Rechten ein wenig den Wind aus den Segeln nehmen würde, verneint Ernst Uhrlau. Die Ausländerfrage sei nur eines von vielen Problemen, die für die Popularität des Rechtsextremismus sorgen, eine drohende Wirtschaftskrise, die ungewisse Zukunft Europas und der Verlust jeglicher Autoritäten für die ostdeutsche Jugend seien beispielsweise einige weitere Schwierigkeiten.“Die qualitative Veränderung des Rechtsextremismus - hin zu unorganisierten Gruppen“<sup>579</sup> mache es sehr schwer die rechte Szene in den Griff zu bekommen: „Immer mehr Jugendbanden werden von der rechten Aufbruchstimmung mitgerissen.“<sup>580</sup>

Mitte September erklärt der Titel des SPIEGELS „Der Absturz – Deutschland in der Krise“. Der Artikel „Dieses Land wird unregierbar“<sup>581</sup> beschäftigt sich mit all den Schwierigkeiten, die Deutschland in den Krisenzustand versetzen: „Die Rechte wird populär, die Regierung findet kein Konzept gegen die Krise. Im Osten stirbt die Industrie, der Westen steht am Rande einer Rezession, Verteilungskämpfe mit ungeahnter Wucht drohen.“<sup>582</sup> DER SPIEGEL benennt ganz klar Helmut Kohl als Grund, warum die Bundesrepublik mittlerweile unregierbar sei – Kohl und seine Regierung haben Deutschlands Probleme nicht lösen können: „Daß immer mehr Asylanten kommen; daß die Arbeitslosigkeit im Osten zunimmt; daß Kriminalität und Wohnungsnot rapide wachsen. Brandsätze in Ausländerheimen und Elternblockaden auf Schulhöfen [...] sind Indizien für das Versagen

---

577Ebd.

578DER SPIEGEL: '*Anfang der Todesspur*' Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681826.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

579Ebd.

580Ebd.

581Vgl. DER SPIEGEL: '*Dieses Land wird unregierbar*'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681808.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

582Ebd.

der Politik.“<sup>583</sup> Die seit vier Wochen andauernden Dauerkrawalle gegen Ausländer („Die schwersten fremdenfeindlichen Krawalle seit dem Ende des Dritten Reiches“<sup>584</sup>) haben die Quartiersuche für Flüchtlinge noch weiter kompliziert. Niemand möchte die Ausländer in seiner Nähe wohnen haben – mittlerweile nicht mehr nur aus Gründen der Fremdenfeindlichkeit, sondern vermehrt auch aus Angst vor rechtsradikaler Gewalt. Die Flüchtlinge selber würden sich schon kaum mehr vor die Tür trauen „und die Einrichtung zentraler Lager, Vorschrift im Asylgesetz, lockt die fremdenfeindlichen Gewalttäter geradezu an. In den vollgepferchten Notunterkünften herrscht vielerorts die nackte Angst.“<sup>585</sup> DER SPIEGEL schildert die Abendroutine einer kleinen Familie aus dem Kosovo, die stets bekleidet und mit gepackten Sachen zu Bett geht: Der Vater bleibt bis 2 Uhr nachts wach und steht am Wochenende, wenn die Rechtsradikalen erwartet werden, mit einem Feuerlöscher bereit: „Gelegentlich erwägt Hajdari die Rückkehr in seine Heimat, aus der er vor dem Krieg geflohen ist. 'Hier werde ich wie ein Hund erschlagen', grübelt Hajdari, 'dort sterbe ich wenigstens als Patriot.“<sup>586</sup>

Die rechte Gesinnung wird salonfähig: „In Brandenburg etwa fanden 42 Prozent der im Rahmen einer Studie befragten 14- bis 18jährigen den rechten Schlachtruf richtig: 'Deutschland den Deutschen - Ausländer raus.' Ein Drittel meinte: 'Ausländer muß man aufklatschen und raushauen.“<sup>587</sup> Experten warnen sogar davor, dass man in ein paar Jahren mit einer rechten Revolte an den Unis rechnen kann.<sup>588</sup> Schon jetzt gibt es zahlreiche rechtsgesinnte Burschenschaften an deutschen Universitäten, die sich in den letzten Jahren nicht trauten offen Farbe zu bekennen, nun aber neues Selbstbewusstsein durch die Stimmung im Land schöpfen, rassistische Gedanken unter jungen Menschen werden immer populärer. In den Burschenschaften per se sieht DER SPIEGEL jedoch momentan keine Gefahr, sondern macht sich über die „kostümierten Hobbynationalisten“<sup>589</sup> lustig und zitiert den Soziologen Brämer mit den Worten: „Auf Singen, Saufen und Säbeln [...] kann man heute keine Studentenbewegung mehr gründen.“<sup>590</sup> Doch nicht nur junge Leute, auch die Erwachsenen würden immer mehr

---

583Ebd.

584DER SPIEGEL: *Seelisch fertig*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690211.html>  
[zuletzt geprüft am 20.12.2018]

585Ebd.

586Ebd.

587Ebd.

588DER SPIEGEL: *Null in der Masse*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690663.html>  
[zuletzt geprüft am 20.12.2018]

589Ebd.

590Ebd.

Verständnis für „rechtsradikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems“<sup>591</sup> aufbringen. Den sich nach rechts orientierenden Bürgern würden die Parteien hinterher- und sogar vorauslaufen: „Statt die Grundrechte der bedrohten Fremden zu verteidigen, diskutieren die Parteien über den Abbau von Grundrechten.“<sup>592</sup> So werden Politiker von FDP und SPD zitiert, die der Ansicht sind, man müsse doch schauen, was das Volk bewegt und auf ihre Gefühle Rücksicht nehmen. Aus Angst vor dem Rechtsruck, rücken die Parteien selber nach rechts und geben Artikel 16 zum Abbruch frei:

„Die Angst vor der Konkurrenz am rechten Rand paralyisiert fast alle Parteien. Bislang halten nur die Grünen, die Bürgerrechtler vom Bündnis 90 und die PDS an ihren Prinzipien fest. SPD und FDP marschieren der CDU hinterher, die CDU folgt der CSU, die ihrerseits die Republikaner einzuholen sucht. Und alle reden, als säßen sie am Stammtisch.“<sup>593</sup>

Erschreckend sei auch die Routine und Gelassenheit mit der immer wieder von neuen rechtsradikalen Gewalteskalationen berichtet würde. Bei einem kritischen Interview mit Ministerpräsident Biedenkopf (CDU) stellt dieser klar, dass er die Attentäter von Rostock nicht als rechtsradikal einstufen würde, sie seien „noch im wesentlichen unpolitisch, motiviert vor allem durch die Ablehnung des Fremden.“<sup>594</sup> Biedenkopf zählt allerlei Gründe auf, die die Taten fast schon rechtfertigen, wie beispielsweise die neuen Lebensumstände der Ostdeutschen nach der Wende sowie die hohe Arbeitslosig- und Perspektivlosigkeit in den neuen Bundesländern. DER SPIEGEL sieht so viel Verständnis kritisch und zieht den Vergleich zu den linksextremen Anschlägen der RAF, die „beinahe zum staatlichen Notstand geführt“<sup>595</sup> haben. Der rechte Terror würde nicht mal ansatzweise so viel Entrüstung bei der Politik entfachen, es hätte weder Sondersitzungen im Bundestag, noch Trauerbekundungen gegeben. Biedenkopf weist den Vergleich zurück und sieht keinerlei Parallelen, die weiterer Erklärung bedürfen.

Mitte Oktober versucht DER SPIEGEL in einem Interview mit dem Jugendforscher und Soziologen Hurrelmann der Ursache für die rechte Gewalt insbesondere bei Jugendlichen auf den Grund zu gehen. Hurrelmann erklärt, dass „gerade die Gruppe der 14 bis 20 Jahre alten Jugendlichen auf politische Umbrüche seismographisch reagiert. Sie machen sofort alles für sich zu einer Existenzfrage.“<sup>596</sup> Im vorangegangenen Jahr seien Schülerinnen und

---

591DER SPIEGEL: *Anklang an Weimar*.

592Ebd.

593Ebd.

594DER SPIEGEL: *'Es gibt einen Riesenkrach'* Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693797.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

595Ebd.

596Foerster, Uly; Müller von Blumencron, Mathias: *'Die haben richtig Angst'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679763.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Schüler deswegen gegen den Golfkrieg auf die Straße gegangen. Dabei handele es sich jedoch meist um sozial und schulisch abgesicherte Jugendliche, die sich mit globalen ökologischen Risiken und internationalen Konflikten auseinandersetzen. Anders als in Rostock: „Die rechten Proteste werden im wesentlichen von Jugendlichen aus der Hauptschule angeführt, die sich schulisch und sozial in einer nicht gerade privilegierten Situation befinden.“<sup>597</sup> Gemeinsam sei jedoch beiden Jugendgruppen die ausgeprägte Zukunftsangst. Hurrelmann findet, es sei „fatal und auch sachlich falsch, die derzeitigen Krawalle einfach in die Schublade mit der Aufschrift Rechtsextremismus zu packen. Die Impulse, die bei den Jugendlichen zu Gewaltausbrüchen führen, stammen nicht von rechts. Das zeigen alle Untersuchungen.“<sup>598</sup> Vielmehr fungieren die Ausländer nur als Sündenböcke für tief sitzende Verunsicherungen. „Rechte Profis“ würden sich diesen Umstand und die „derzeitige Bereitschaft zur Randale zunutze machen und sich auf diese Bewegung draufsetzen.“<sup>599</sup> Die Jugendlichen übernehmen die rechten Symbole und Parolen, da sie sich selbst nicht so gut artikulieren können. Daher meint Hurrelmann: „Wenn man diese Jugendlichen vorschnell als Rechtsextremisten abstempelt, werden sie in eine Ecke gedrängt, aus der wir sie vielleicht nicht mehr herauskriegen.“<sup>600</sup>

In dem Artikel „Angst vor dem Volkszorn“<sup>601</sup> stellt DER SPIEGEL Anfang November fest, dass sich der Staat hilflos gegenüber der rechten Gewalt in Deutschland zeigt. Selbst einer gemeinsamen Teilnahme an einer Großkundgebung gegen Rechts wollten nicht alle Parteien beiwohnen, die CSU schloss sich bewusst aus: „Der Weigerung, an der für kommenden Sonntag in Berlin geplanten Großdemo gegen rechts unter der Schirmherrschaft Richard von Weizsäckers teilzunehmen, schloß sich die ganze CSU-Spitze an.“<sup>602</sup> Vielmehr erklärten einige Mitglieder provozierend was sie stattdessen zu tun gedenken und verspotteten die Veranstaltung als "Demonstration der Machtlosigkeit".<sup>603</sup> Auch passe es der CSU nicht, dass der Aufmarsch ausgerechnet zum 54. Jahrestag der "Reichskristallnacht" stattfinden soll: "'Unser Volk ist in keiner Weise ausländerfeindlich. Aber es ist gegen Ungerechtigkeiten.'"<sup>604</sup> Wie mit rechter Gewalt umzugehen ist, sei zu

---

597Ebd.

598Ebd.

599Ebd.

600Ebd.

601 Vgl. DER SPIEGEL: *Angst vor dem Volkszorn*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690993.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

602Ebd.

603Ebd.

604Ebd.

einer staatspolitischen Grundsatzfrage geworden. DER SPIEGEL meint, der Rechtsstaat wäre noch nie, auch nicht durch die RAF, so auf die Probe gestellt worden: „Dem Ausländerhaß, formuliert von organisierten Rechts-Gruppen, aufgenommen von Schlägerbanden, unterstützt von einer dumpfen Masse von Sympathisanten, scheint weder mit politischen noch mit polizeilichen Mitteln beizukommen.“<sup>605</sup> Weiter zitiert DER SPIEGEL die Süddeutsche Zeitung mit den Worten: „Noch nie haben Politik und Polizei der gewalttätigen Mißachtung, Zerstörung und Verhöhnung der Elementarwerte des Rechtsstaats so tatenlos zugesehen.“<sup>606</sup> Zudem wird die Aufklärung des Versagens der Polizei in Rostock-Lichtenhagen und die Bestrafung der Verantwortlichen immer unwahrscheinlicher, meint DER SPIEGEL. Die Aussagen der befehlshabenden Polizeiführer seien „'derart lückenhaft und teilweise widersprüchlich', daß sie für eine Klärung der Vorwürfe gegen die Polizei unbrauchbar sind.“<sup>607</sup>

In einem kritischen Interview mit Generalbundesanwalt Stahl wirft DER SPIEGEL ihm mangelnde Tatkraft beim Vorgehen gegen rechte Gewalttäter vor. Stahl jedoch beruht sich auf die Gesetze, die seine Zuständigkeit klar regeln würden und sehe sich somit nicht in der Verantwortung. DER SPIEGEL plädiert darauf, sich nicht so kleinlich an die Gesetze zu klammern und Zeichen zu setzen. Zudem werden Beispiele genannt, bei denen die Bundesanwaltschaft sich eingeschaltet hat, obwohl die Zuständigkeit auch nicht klar war, wie z.B. 1969 bei einem Anschlag auf Bundeswehrsoldaten, woraufhin DER SPIEGEL fragt: „Ist das Leben ausländischer Asylbewerber weniger wert als das Leben deutscher Soldaten?“<sup>608</sup> Stahl redet sich erneut heraus.

Anfang November unterstellt DER SPIEGEL der Polizei eine Mischung aus „Unfähigkeit und Kumpanei“<sup>609</sup> mit rechten Gewalttätern:

„So wie es möglich war, über Wochen und Monate Atomkraftwerkbaustellen vor linken Demonstranten mit Polizei-Hundertschaften abzuschirmen, lassen sich auch Asylantenheime schützen. So wie es möglich war, jugendliche Demonstranten, die Molotowcocktails gegen Polizeibeamte warfen, wegen Mordversuchs anzuklagen, können Ermittler auch gegen Randalierer von rechts vorgehen.“<sup>610</sup>

Mit dem momentanen Verhalten, ermutige die Polizei die Krawallmacher zum

---

605Ebd.

606Ebd.

607DER SPIEGEL: *Gedächtnis mit Lücken*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691111.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

608DER SPIEGEL: *'Nun mal an das Gesetz gebunden'* Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680382.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

609Ebd.

610Ebd.

Weitermachen. Problematisch sei auch, dass die Asylbewerber aufgrund von fehlenden Telefonen Anschläge oft nicht polizeilich melden können und die Bevölkerung kein großes Interesse hege Hinweise zu liefern, da sie sich mit den Opfern nicht identifizieren. Kritiker warnen davor „die Diskussion ums Asyl mit der Debatte um den Rechtsradikalismus zu vermischen, weil sich rechtsradikale Aktivisten und ihre vielen jugendlichen Mitläufer sonst nur bestätigt fühlen müssen.“<sup>611</sup> Das sei jedoch längst der Fall, erklärt DER SPIEGEL. Nach den Krawallen in Quedlinburg, Hoyerswerda und Rostock wurden die Unterkünfte geräumt und „wenig über die Bestrafung der Täter, dafür aber um so mehr über den Rauswurf der Opfer, der Asylanten, gestritten.“<sup>612</sup> Abschließend zitiert DER SPIEGEL Ignatz Bubis, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, mit den Worten: „[Es sei] als würde man die Leute ermuntern, mehr Brandsätze zu werfen: Täglich können sie ihre Erfolge an immer verrückteren Vorschlägen zur Asylpolitik ablesen.“<sup>613</sup>

Der Artikel „Biedermänner und Brandstifter“<sup>614</sup> verweist auf die Konflikte zwischen Ost und West als Ursache für den Fremdenhass:

„Beide schlagen auf 'Asylanten' ein. Die einen werfen Brandsätze, die anderen sprechen Brandsätze, der Rest schaut schockiert oder genüßlich zu. Die Mordanschläge auf Fremde sind auch - es gibt viele Ursachen - ein stellvertretender, versetzter Bürgerkrieg im weniger denn je vereinigten Deutschland.“<sup>615</sup>

Auch das neue „Hasswort“, „Asylant“, wird von Autor und Soziologe Ulrich Beck aufgrund seines aufschlussreichen „semantisch-politisch[en] Gehalt[s]“<sup>616</sup> kritisiert:

„Er bringt das eindringende, wegnehmende Fremde schlechthin zur Sprache. Alle werden in einen Topf geworfen: anerkannte oder nicht anerkannte Asylbewerber, die 'echten' politisch Verfolgten, die Armutsflüchtlinge, die Wirtschaftsflüchtlinge, die Asyltouristen, die Scheinasylanten, die ausländischen Kriminellen, die schwarzen Drogenhändler. [...] Asylbewerber gleich Asylant, gleich Assi, gleich Asozialer.“<sup>617</sup>

Zudem sieht Beck es als zutiefst gefährlich an, wie die jüngsten Anschläge in den Medien verharmlost werden. Mit mörderischer Intention gebastelte Molotowcocktails werden in Asylantenheime geworfen und „und am nächsten Morgen ist in den Nachrichten von

---

611Ebd.

612DER SPIEGEL: *Angst vor dem Volkszorn*.

613Ebd.

614Vgl. Beck, Ulrich: *Biedermänner und Brandstifter*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680768.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

615Ebd.

616Ebd.

617Ebd.

'nächtlichen Randalierern' die Rede, von 'jugendlichen Demonstranten', die 'Krawalle' anzetteln.<sup>618</sup> Die Polizei sei oft viel zu spät vor Ort und im Nachhinein wird berichtet, es wäre „nur“ Sachschaden entstanden – was diese Anschläge mit den betroffenen Menschen machen, selbst wenn sie körperlich nicht zu Schaden kommen, werde außer Acht gelassen. Der Streit um die Grundgesetzänderung ist für Ulrich Beck nur noch eine Farce: „Man muß in Deutschland nur kleine Vietnamesinnen anzünden, damit endlich das Grundrecht auf Asyl geändert wird.“<sup>619</sup> Und weiter,

„Erstens wird es, wenn man so weitermacht, bald egal sein, was im Grundgesetz steht, weil die Menschenwürde in Deutschlands Straßen in Flammen steht. Zweitens lassen sich - das müßte sich allmählich eigentlich herumgesprochen haben - mit Grundgesetzartikeln kaum Flüchtlingsströme beeinflussen.“<sup>620</sup>

Die Ende November 1992 erschienene 49. Ausgabe des SPIEGELs titelt „Mörder von rechts“<sup>621</sup>. In der Ausgabe gibt es acht Artikel, die sich den Themen Rechtsextremismus und rechter Gewalt in Deutschland und insbesondere dem Anschlag in Mölln widmen. Auch die darauffolgende Ausgabe mit dem Titel „Die Nazi-Kids“<sup>622</sup> beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Thema Rechtsextremismus in Deutschland. Behandelt wird beispielsweise die Frage, wie junge Leute in die Szene geraten, die Rolle von Frauen bei den Rechten, der Umgang mit rechten Gewalttätern und Deutschlands immer schlechter werdender Ruf im Ausland. Acht Artikel widmen sich diesen Thematiken.

In „Hier herrscht seit '33 Diktatur“<sup>623</sup> wird über Quedlinburgs Gewaltproblem berichtet: „Abend für Abend belagerten die Jungen das Haus. Steine flogen und Molotowcocktails, Schaulustige applaudierten, und auch das Fernsehen war zugegen: Alles lief nach Rostocker Vorbild.“<sup>624</sup> Anders als in Rostock stellen sich in Quedlinburg jedoch Bürger den Gewalttätern entgegen. Das Verhalten der zumeist jugendlichen Randalierer wird als Resultat der Wende gesehen:

---

618Ebd.

619Ebd.

620Ebd.

621Vgl. DER SPIEGEL: *Mörder von Rechts*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1992-49.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

622Vgl. DER SPIEGEL: *Die Nazi-Kids*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1992-50.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

623Vgl. DER SPIEGEL: *'Hier herrscht seit '33 Diktatur'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680816.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

624Ebd.

„In Wahrheit hat die 'Suppe aus Frust, Neid und Minderwertigkeitsgefühlen' (Jaekel), die sich bei vielen Ostdeutschen angeschwemmt hatte, ziemlich wenig mit rumänischen Hütchenspielern oder vietnamesischen Hemdenverkäufern zu tun, um so mehr mit Verbitterung über unerfüllte Träume von der eigenen besseren Gegenwart.“<sup>625</sup>

Der Artikel „Notfalls neue Wege“<sup>626</sup> berichtet über das Vorhaben der CDU, sich aus Angst vor den Republikanern weiter nach rechts zu orientieren. Einige Mitglieder würden sich zu wertkonservativen Zirkeln zusammenschließen: „Die neurechte Bewegung versucht die brüchige Grenze zwischen demokratischem Konservatismus und außenparlamentarischem Rechtsextremismus durchlässig zu machen.“<sup>627</sup> Noch sieht Helmut Kohl keine Gefahr für den Bestand der CDU, gefährlich werde es erst, „wenn die Rechten eine neue überzeugende Leitfigur fänden.“<sup>628</sup> Um dem entgegenzuwirken, wolle die CDU einen eigenen rechten Vormann zu Wege bringen.

Der Artikel „Sieg Heil“<sup>629</sup> berichtet über die Beteiligung deutscher Soldaten und Rekruten an ausländerfeindlichen Übergriffen. So nahm beispielsweise ein Matrose an den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen teil, in Köln habe ein Soldat mit seiner Gruppe einen Ausländer zusammengeschlagen und beraubt und in Flensburg hätte ein weiterer Soldat nach einem Streit über Ausländerpolitik den Mann, der sich für Ausländer einsetzte, malträtirt und ins Hafenbecken gestoßen, wo dieser ertrank. Laut SPIEGEL seien zudem einige Kasernen durch das gemeinschaftliche Brüllen rechter Parolen unangenehm aufgefallen. Das Verteidigungsministerium spielt die Vorwürfe herunter und bezeichnet die Vorkommnisse als Einzelfälle.<sup>630</sup>

In „Die Seele des Volkes verbogen“<sup>631</sup> wird beschrieben, dass sich nach dem Anschlag in Mölln Fremdenhass und rechtsextreme Gewalt in Deutschland ausgebreitet haben. Dies sei die Folge „jahrelanger Verharmlosung und Verdrängung des rechten Terrors durch Justiz und Regierende“<sup>632</sup>. DER SPIEGEL meint, die Aussage des Kanzlers, Deutschland sei fremdenfreundlich, habe sich als Lüge enttarnt: „Rund ein Viertel aller Bundesbürger

---

625Ebd.

626Vgl. DER SPIEGEL: *Notfalls neue Wege*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691247.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

627Ebd.

628Ebd.

629Vgl. DER SPIEGEL: *Sieg Heil*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691267.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

630Ebd.

631Vgl. DER SPIEGEL: *'Die Seele des Volkes verbogen'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691507.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

632Ebd.

stehen nach einer Meinungsumfrage hinter der Parole 'Ausländer raus'. 37 Prozent sind der Meinung, es sei 'so weit gekommen, daß sich die Deutschen im eigenen Land gegen die Ausländer wehren' müßten.<sup>633</sup> DER SPIEGEL nennt mehrere Beispiele von Rechtsradikalismus in Deutschland, der um sich greift und immer alltäglicher und normaler wird. So scheine Deutschland eine Zeitreise in das Dritte Reich unternommen zu haben. Nicht nur Ausländer, auch Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Andersgläubige und auch Obdachlose würden als „Schädlinge der Gesellschaft“<sup>634</sup> angesehen und immer öfter Opfer von Hass und Gewalt. DER SPIEGEL berichtet von mehreren individuellen Fällen massivster Misshandlungen und Tötungen. Deutlich wird auch immer wieder, dass DER SPIEGEL die Meinung vertritt, die deutsche Justiz, Polizei und Regierung sei auf dem rechten Auge blind: Oft wird, wenn angeprangert wird, dass die Strafen für rechte Gewalttäter zu milde seien, die Polizei nicht angemessen handle und ermittle, der Vergleich zu der Behandlung von Linken gezogen und ein großes Ungleichgewicht festgestellt. Gegen Linke würde schneller und umfangreicher ermittelt und die Strafen seien im Vergleich höher.<sup>635</sup>

Mitte März erzielten die Republikaner bei der Hessen-Wahl Rekordergebnisse. DER SPIEGEL berichtet aus der Carl-Sonnenschein-Siedlung im Frankfurter Vorort Sossenheim, die eine

„Hochburg von Nicht- und Rechtswählern [sei]: Nur 53 Prozent der Bewohner gaben [...] überhaupt eine gültige Stimme ab, die SPD [...] sackte von 44 auf 35 Prozent. Die Rechtsparteien Republikaner (19,2 Prozent), Deutsche Volksunion (11,1 Prozent) und NPD (2,8 Prozent) holten zusammen 33,1 Prozent.“<sup>636</sup>

Meinungen dazu sammelt DER SPIEGEL an einer zentral gelegenen Trinkhalle der Siedlung. Dort sind die Männer der Auffassung, dass das Ergebnis ruhig hätte noch höher ausfallen können, damit die Volksparteien endlich einen Denkanstoß bekommen. Sie bemängeln, dass „in die gerade frei gewordene Wohnung wieder 'schwarze Köpfe' eingezogen [sind], eine ausländische Familie, die angeblich 'Geld von allen Seiten' [bekommen].“<sup>637</sup> Dennoch sind sich die Männer sicher, dass die Rechten auch nichts ändern würden. Sie wissen sich jedoch nicht anders zu helfen, als durch eine Protestwahl

---

633Vgl. Ebd.

634Ebd.

635Vgl. DER SPIEGEL: 'Das ist politische Justiz'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681777.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

636DER SPIEGEL: 'Noch viel zu wenig'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688255.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

637Ebd.

den großen Parteien einen Denkkzettel zu verpassen.

Anfang August 1993 druckt DER SPIEGEL ein Streitgespräch über Medien und Fremdenhass. Es wird diskutiert, inwiefern die Medien ihren Anteil haben an der Stimmung gegen Ausländer. Den Medien wird unterstellt, „gefährliche Pauschalaussagen von Politikern wie 'Asylbetrüger' oder 'Das Boot ist voll' übernommen und so die Diskussion angeheizt“<sup>638</sup> zu haben. Autor Hans-Jürgen Jakobs vertritt die Ansicht, dass in erster Linie die Politiker die Schuld tragen, die die Flüchtlinge als Sündenböcke missbrauchen, um von anderen Missständen nach der Wende abzulenken. Die Medien hätten deren Schlagworte einfach übernommen, bieten dadurch aber sicherlich auch einen Nährboden für rechte Gewalt. Zudem wird kritisiert, dass bei „Straftats- und Kriminalitätsanschuldigungen die rassische Zugehörigkeit hervorgehoben [wird], etwa bei Sinti und Roma.“<sup>639</sup>

### 6.3 Kriminalisierung der Bürgerkriegsflüchtlinge

In „'Der glatte Wahnsinn'“<sup>640</sup> berichtet DER SPIEGEL über das Vorgehen eines Heilbronner Supermarktes mit Asylbewerbern, die beim stehlen erwischt worden sind. Als sogenannte „Abschreckungsmaßnahme“ versieht der Marktleiter das Aufenthaltsgestattungsdokument des jeweiligen Ausländers auf der Rückseite mit einem Stempel des Geschäfts und dem Hinweis des Hausverbotes. So sei derjenige bei jeglicher polizeilichen Kontrolle oder auch der Fahrkartenkontrolle im Öffentlichen Nahverkehr als Dieb gebrandmarkt. DER SPIEGEL zitiert Stimmen der Empörung sowie den O-Ton der Stuttgarter Stadträtin und Migrationsexpertin Shahla Blum, die die Abstempelung an „eine Brandmarkung wie den Judenstern“<sup>641</sup> erinnere. Es werden auch Mitarbeiter des betreffenden Supermarktes zitiert, die zugeben, bei ausländischen Ladendieben schon zu Selbstjustiz gegriffen und ihnen „'öfters eins draufgegeben'“<sup>642</sup> zu haben. Ein Detektivkritiker verurteilt dieses Verhalten, sieht darin keinen präventiven Nutzen und fordert dazu auf, ausländische Ladendiebe genauso zu behandeln wie Deutsche. Zudem regt er dazu an, mehrsprachige Warnschilder anzubringen. Zuletzt distanziert sich der betreffende Marktleiter von seiner Stempelpraxis und gibt an, dies nur auf Empfehlung der Polizei praktiziert zu haben.

---

638Jakobs, Hans-Jürgen: 'Greifen Sie endlich ein'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681252.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

639Ebd.

640Vgl. DER SPIEGEL: 'Der glatte Wahnsinn'. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680481.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

641Ebd.

642Ebd.

## 6.4 Solidaritätsappelle/-bewegungen

Ende Juli 1992 veröffentlicht DER SPIEGEL unter dem Titel „Die Armen sind solidarischer“<sup>643</sup> ein Interview mit der japanischen Politologie-Professorin Ogata, die das Hochkommissariat für Flüchtlinge in Genf leitet. Sie mahnt:

„Die Europäer sollten nie vergessen, daß sie im Laufe ihrer eigenen Geschichte in vielen Teilen der Welt Zuflucht gefunden haben. Zudem hat Europa viel dazu beigetragen, ein Recht auf Asyl zu schaffen, und selbst vielen Unterdrückten Zuflucht gewährt. Solche Traditionen sind viel zu wertvoll, als daß man sie leichtfertig aufgeben könnte.“<sup>644</sup>

Weiter ruft Osaka Europa dazu auf, die Bürgerkriegsflüchtlinge bei sich aufzunehmen und macht deutlich, dass die Aufnahme nur vorübergehend ist und die Flüchtlinge, sobald Frieden eingekehrt sei, in ihre Heimat zurückkehren würden.<sup>645</sup>

Mitte Oktober berichtet DER SPIEGEL in „700 Tipps zur Empörung“<sup>646</sup> über eine „Musterpresseerklärung“ die die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union an ihre rund 700 Kreisvorsitzenden der CDU-Nachwuchsorganisation herausgegeben hat, als „Hilfestellung bei der Verurteilung von Gewalt gegen Ausländer.“<sup>647</sup> So sollen die Vorsitzenden angeleitet werden, „Empörung über Ausländerfeindlichkeit zu formulieren und sie dann den Lokalzeitungen zuzusenden.“<sup>648</sup> So gebe es vorformulierte Texte für jedwede Art von rechtsextremer Ausschreitung, wo die Kreisvorsitzenden nur noch ihren Namen und die Eckdaten des Anschlages eintragen müssen. Zudem fordere der Text stets „gegen die Gewalttäter mit aller Strenge vorzugehen und sie zu bestrafen.“<sup>649</sup>

„Die geklaute Demo“<sup>650</sup> berichtet über die Großdemonstration Anfang November in Berlin, bei der 350.000 Menschen gegen Gewalt an Asylbewerbern auf die Straße gingen: „'Hände weg vom Artikel 16' lautete die eine Parole, 'Ihr Politiker seid Heuchler' die andere Botschaft.“<sup>651</sup> Dennoch versuchen die Bonner Politiker bei der Demo quasi mitzuschwimmen, sie sich zu eigen zu machen und wollen nicht verstehen, dass elementarer Teil der Demonstration die Kritik an ihrer Politik sei. Vielmehr versuchen sie,

643Vgl. DER SPIEGEL: *'Die Armen sind solidarischer'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679883.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

644Ebd.

645Vgl. Ebd.

646Vgl. DER SPIEGEL: *700 Tipps zur Empörung*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690650.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

647Ebd.

648Ebd.

649Ebd.

650Vgl. Palmer, Hartmut: *Die geklaute Demo*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681107.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

651Ebd.

Deutschlands Ruf im Ausland aufzupolieren mit den Bildern der Menschen, die sich gegen die rechte Gewalt im Land stellen.

## 6.5 sonstige relevante Artikel

In dem Artikel „'Deutsche Adresse ohne Problem'“<sup>652</sup> macht DER SPIEGEL Ende April darauf aufmerksam, dass deutsche Händler Waffen und Munition aus der Bundesrepublik zum Bürgerkrieg nach Jugoslawien exportieren und so kräftig verdienen.<sup>653</sup>

In dem Artikel „Bosnier zahlen Kriegssteuer“<sup>654</sup> berichtet DER SPIEGEL über kroatische und bosnische Steuereintreiber, die bei ihren in Deutschland lebenden Landsleuten Geld für den Bürgerkrieg eintreiben wollen: „Von den über 200 000 Gastarbeitern aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina wird erwartet, daß sie sich an der Verteidigung ihrer Heimat finanziell beteiligen.“<sup>655</sup> So reisen die Steuereintreiber teilweise schwer bewaffnet an, um bei ihren Landsleuten für die bosnische Sache zu werben. Nach Angaben der Gastarbeiter werden bis zu 20% ihres Einkommens verlangt. Dafür, dass selbst kein Wehrdienst geleistet wird, sollen monatlich 400 Euro für einen Ersatzmann bezahlt werden. Zahlungsunwilligen sollen in der Heimat die Häuser gesprengt worden sein. Aus Angst verweigern viele Gastarbeiter die Aussage, sodass die Ermittlungen der deutschen Polizei zum Großteil im Sande verlaufen.<sup>656</sup>

Mitte Juni 1993 schreibt DER SPIEGEL, dass die Zentrale des Technischen Hilfswerks (THW) und das Bonner Innenministerium die Lieferung von Hilfsgütern nach Südbosnien blockieren würden. Es sollten sechs Wasseraufbereitungsanlagen aus ehemaligen NVA-Beständen nach Mostar geliefert werden, um die Seuchengefahr zu bannen. Da sie jedoch olivgrün lackiert sind, könnte die kroatische Regierung, die die Transportwege kontrolliert, denken, dass es sich um „Gerätschaften als Unterstützung für den bosnischen Kriegsgegner“<sup>657</sup> handelt. Somit stampfen die Regierung und das THW das Projekt aus Rücksicht auf die kroatischen Freunde lieber ein, anstatt die Hilfsgüter umzulackieren.

---

652Vgl. DER SPIEGEL: *'Deutsche Adresse ohne Problem'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688121.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

653Ebd.

654Vgl. DER SPIEGEL: *Bosnier zahlen Kriegssteuer*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690333.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

655Ebd.

656Ebd.

657DER SPIEGEL: *Bonn stoppt Hilfsgüter*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690254.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Schließlich könne „auch die Abwendung von Seuchengefahr als einseitiger Eingriff ins Kriegsgeschehen gedeutet werden.“<sup>658</sup>

## 6.6 Balkankrieg

Die zahlreichen Artikel die sich rein mit dem Krieg auf dem Balkan auseinandersetzen, werden im Folgenden nicht berücksichtigt, sondern wurden nur zahlenmäßig in der Grafik zur Verteilung der Artikel erfasst. Jedoch gibt es einige Artikel, die zwar unter dieser Kategorie anzusiedeln sind, dennoch zur Untersuchungsfrage beitragen. Diese werden im Folgenden zitiert.

In „Flucht vor dem Bürgerkrieg“<sup>659</sup> wird informiert, dass sich über vier Millionen Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien auf der Flucht befinden und die ethnischen Säuberungen fortgesetzt werden. Da sich das Flüchtlingshochkommissariat der Uno nicht mehr imstande sieht, genaue Daten um das Ausmaß der Vertreibung zu erfassen, beruhen die Daten auf den Statistiken oder Schätzungen der Gastländer, „die mehrheitlich nicht mehr bereit sind, die Grenzen für die Flüchtlinge offen zu halten.“<sup>660</sup> Die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge, gemessen an der Einwohnerzahl, hätten die Schweiz, Österreich, Schweden und Ungarn aufgenommen.

Ende Juni 1993 druckt DER SPIEGEL ein Interview mit dem bosnischen Basketballspieler Samir Avdic, der in der vorangegangenen Woche für Bosnien-Herzegowina an der Europameisterschaft teilnahm. Unter dem Titel „Es gibt kein Zurück“<sup>661</sup> bemängelt Avdic das Verhalten Europas: „Es ist einfach beschämend, daß Europa tatenlos zuschaut, wie unser Land verschwindet.“<sup>662</sup> Im bosnischen Basketballteam seien drei Volksgruppen vertreten – Serben, Kroaten und Moslems. Bevor die Männer zur Europameisterschaft fahren, hätten sie freiwillig als Soldaten Sarajevo verteidigt. Avdic schildert die schlimmen Zustände in seinem Heimatland und stellt fest, dass eine Rückkehr nach Sarajevo lebensgefährlich sei und er somit versuche, einen Platz bei einem ausländischen Basketballteam zu bekommen.

In „Steine statt Brot“<sup>663</sup> berichtet DER SPIEGEL Anfang August über die Streichung des

---

658Ebd.

659Vgl. DER SPIEGEL: *Flucht vor dem Bürgerkrieg*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690444.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

660Ebd.

661Vgl. DER SPIEGEL: *'Es gibt kein Zurück'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683620.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

662Ebd.

663Vgl. DER SPIEGEL: *Steine statt Brot*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691121.html>

deutschen Hilfsetats für Bosnien-Herzegowina, da es die BRD zu viel kosten würde und die Spendengelder so gut wie aufgebraucht wären.<sup>664</sup> Bei einer Informationsreise von Frauenministerin Angela Merkel hätten in Zagreb misshandelte und vergewaltigte Frauen nach Hilfe gefleht:

„Frauen berichteten, wie sie tagelang im serbischen Lager Omarska der Verstümmelung und Tötung ihrer Männer zusehen mußten. Doch außer freundlichen Worten hatte die Ministerin [...] nichts zu verteilen: In Bonn gibt es kaum noch Geld, die Not der Flüchtlinge zu lindern.“<sup>665</sup>

Weniger als die Hälfte des Etats vom Vorjahr für humanitäre Hilfe in Bosnien stellt das Auswärtige Amt in diesem Jahr. Christian Clages, Leiter des Zagreber Büros der Deutschen Humanitären Hilfe, wird mit den Worten zitiert, dass umso mehr Flüchtlinge nach Deutschland kämen, immer weniger vor Ort geholfen werde. Die Helfer seien mehr denn je auf Spenden angewiesen und fürchten die Lebensmittelhilfe für Bosnien-Flüchtlinge einstellen zu müssen. Die Spendenbereitschaft würde dramatisch abnehmen, da es „so schwer sei, 'in diesem Krieg die Bösen und die Guten zu erkennen.“<sup>666</sup> Ministerin Merkel sei nach ihrer Rückkehr nach Deutschland aktiv geworden. So sammle sie im Bonner Ministerium Bargeld für die Flüchtlinge in Bosnien.

## 7. Resumee

Mitten in der Phase neuer gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen, fand auch in der ZEIT-Redaktion ein Umbruch statt – am 1. Oktober 1992 übergab Theo Sommer die Chefredaktion der liberalen Wochenzeitung an Robert Leicht.<sup>667</sup> Dieser definierte 1994 was 'liberal' für ihn bedeutet. So sehe er den Menschen nicht als „irgendein Säugetier, das rafft und frißt“, sondern als einen „vernünftigen Vertragspartner, der mit allen anderen einen Vertrag eingeht auf der Basis gleicher Rechte.“<sup>668</sup> Laut Leicht, stellt Gleichheit die Voraussetzung für Freiheit dar, daher muss sich der Liberale gegen massive Differenzen einsetzen. Jedoch kann er „nicht daran interessiert sein, die Gleichheit als solche zu erzeugen, weil das nur unter Voraussetzungen möglich ist, die die individuelle Freiheit einschränken.“<sup>669</sup> Mit dem liberalen Credo im Hinterkopf wird nun die Berichterstattung der

---

[zuletzt geprüft am 20.12.2018]

664Ebd.

665Ebd.

666Ebd.

667Janßen, Karl-Heinz; von Kuenheim, Haug; Sommer, Theo (2006): *DIE ZEIT – Geschichte einer Wochenzeitung 1946 bis heute*. Siedler Verlag: München, S.338f.

668Ebd. S. 339

669Ebd.

ZEIT über die Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien resümiert. Im Anschluss erfolgt das Resümee der SPIEGEL-Bestandsaufnahme mit einem integrierten Vergleich zu der Berichterstattung der ZEIT.

Auffällig ist, dass eine gesteigerte Anzahl von Artikeln über die Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland meist mit einer gesteigerten Anzahl an Artikeln über den Balkankrieg einhergeht. Nach Großereignissen, wie etwa den rassistischen Anschlägen in Mölln oder Rostock-Lichtenhagen, werden sowohl die Berichterstattung über den Balkankrieg als auch die Artikel über die Bürgerkriegsflüchtlinge schlagartig weniger und der Fokus liegt vermehrt auf Artikeln über den jeweiligen Anschlag, der Ursachenforschung und Lösungsfindung.

Generell ist die Berichterstattung über die Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland in der ZEIT zumeist den Flüchtlingen wohlgesonnen. Beispielsweise werden die untragbaren Zustände in den Zentralen Aufnahmestellen stark kritisiert und die Missstände sowie der Handlungsbedarf immer wieder anklagend aufgezeigt. Den ZEIT-Lesern werden die Schicksale der Geflüchteten näher gebracht, durch Berichte über die Kriegszustände auf dem Balkan, die Flucht, Einblicke in die Lebensverhältnisse sowie Herausforderungen der Flüchtlinge in Deutschland. Einzelpersonen sowie Initiativen, die sich für die Geflüchteten einsetzen, finden lobende Erwähnung. Die Hürden durch Bürokratie und Politik, die diesen Leuten ihr Vorhaben erschweren, werden anklagend aufgezeigt, wie z.B. in dem Artikel „Eine Welle läuft ins Leere“<sup>670</sup>. Es wird auch über Probleme beim Zusammenleben der Deutschen und Ausländer berichtet, jedoch relativ neutral und verständnisvoll für beide Seiten. Paradebeispiele gelungener Aufnahme und Integration sowie Hilfsbereitschaft und Solidarität finden mehrfach positive Beachtung. Manch ein Artikel, wie z.B. „Wer soll helfen, wenn nicht wir?“<sup>671</sup>, könnte sogar manch einen Leser zum Handeln und Helfen angeregt haben, in jedem Fall aber helfen Artikel dieser Art eventuelle Ängste und/oder Vorurteile bei der Bevölkerung abzubauen. Zudem veröffentlichte die ZEIT mehrere Solidaritätsappelle, beispielsweise von Sadako Ogata, Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), oder Walter Koisser, Vertreter des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen, die an die Politik sowie die Bevölkerung appellieren Menschlichkeit zu zeigen und den Flüchtlingen Schutz zu gewähren, bis der Krieg vorbei ist. Auch die Lichterketten-Bewegung findet große Beachtung in der ZEIT, wobei stets darauf hingewiesen wird, dass es zwar wichtig sei,

---

<sup>670</sup>Vgl. Gaserow.

<sup>671</sup>Vgl. Mainka.

seine Solidarität – in diesem Falle durch die Teilnahme an der Bewegung – zu signalisieren, es jedoch noch viel wichtiger sei, daraus solidarische Taten folgen zu lassen. Auch wird, beispielsweise in „Frieden mit aller Gewalt“<sup>672</sup> kritisiert, dass sich in Deutschland noch keine Friedensbewegung gegen den Balkankrieg formiert habe und generell bemängelt, dass sich viel zu wenige Menschen aktiv einsetzen würden, um etwas in der Welt zu bewegen.<sup>673</sup>

Es werden auch ablehnende und zynische Stimmen, wie die des Innensensors in dem Artikel „Schlimm, schlimmer...“<sup>674</sup> oder die des Leiters der Ausländerbehörde in „Dauerstreit um die neue Asylstelle“<sup>675</sup> zitiert, jedoch wird innerhalb der Artikel stets ersichtlich, dass die ZEIT deren Haltungen nicht vertritt. Zwar wird nicht explizit geschrieben, dass deren jeweilige Meinung moralisch falsch, rassistisch oder menschenunwürdig sei, jedoch wird dem Leser dies indirekt durch den jeweiligen inhaltlichen Zusammenhang deutlich. Von den Massenmedien und vor allem von den Boulevardblättern viel genutzte „semantische Exklusionsmechanismen“<sup>676</sup>, also Begriffe, die der „Aus- bzw. Abgrenzung von Menschen, die den Einheimischen 'fremd' erscheinen“<sup>677</sup>, greift die ZEIT auch auf: Asylantenflut, Asylmissbrauch, Asylbetrüger – finden jedoch meist nur Erwähnung, wenn es darum geht, das, was diese Begriffe implizieren, aufzuklären und dem Realgeschehen gegenüber zu stellen. Der hetzenden Rhetorik wird sich nicht bedient, sondern werden lediglich die dem öffentlichen Diskurs inhärenten Begriffe aufgegriffen, um sie zu relativieren. Wie beispielsweise Jens Reich in seinem Artikel „Was heißt schon politisch?“ denjenigen, die den Flüchtlingen Asylmissbrauch unterstellen, entgegensetzt: „Mißbrauch kann ein Recht nicht einschränken, und seine Möglichkeit darf Hilfsbereitschaft nicht dämpfen; wir wissen, auch unter den Elenden und Bettlern gibt es Gauner.“<sup>678</sup> Zudem versucht Reich den Lesern diesen Umstand anhand eines Vergleichs mit den DDR-Flüchtlingen näherzubringen: Diese hätten schließlich auch krumme Mittel benutzt, um in den Westen zu gelangen.<sup>679</sup> Es

---

672Vgl. Kurbjuweit.

673Vgl. Ebd.

674Dieckmann: „Infolgedessen hätte der Innensensor angeordnet die ZAST nach Hohenschönhausen zu verlagern – in ein „Revier der Rechtsradikalen.“[...] Er zeige Verständnis mit den Tätern der Anschläge in Rostock-Lichtenhagen, [...] meint dort 'vollauf berechtigten Unmut über den Massenmissbrauch des Asylrechts' beobachtet zu haben.“

675DIE ZEIT: *Dauerstreit um die neue Asylstelle*: „Wer so einfallsreich ist, von Nigeria nach Deutschland zu finden, der findet auch nach Hohenschönhausen.“

676Butterwegge, Christoph (2006): *Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung*, in: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.): *Massenmedien, Integration und Migration*. VS Verlag: Wiesbaden, S. 190.

677Ebd.

678Ebd., S. 190.

679Ebd.

gibt jedoch auch einige negative Ausnahmen, wie beispielsweise den Artikel „Am liebsten ein Baby“<sup>680</sup>, der trocken und emotionslos geschrieben ist und die Geflüchteten als „zahnlose Gestalten“, die nur am „paffen“ seien, beschreibt. Die Situation der Flüchtlinge in Deutschland wird vom Autor zwar zuerst als trist und hoffnungslos dargestellt, am Ende zieht er sie jedoch ins Lächerliche. Dieser Artikel wirkt wie Stimmungsmache, Fremdenfeindlichkeit wird nur weiter unterstützt. Dasselbe gilt für den Artikel über den jungen Flüchtling Stepanek<sup>681</sup>, in dem Mutmaßungen über eventuell geplante Straftaten angestellt und somit Antipathie und Misstrauen, nicht nur dem Protagonisten, sondern seiner gesamten Volksgruppe gegenüber, geschürt wird. Solch einen auf Mutmaßungen und ausländerfeindlichen Vorurteilen basierenden Artikel in einer von Unsicherheiten und Ängsten bezüglich der Zuwanderung geprägten Zeit zu veröffentlichen, ist sehr bedenklich, stellt jedoch glücklicherweise im Falle der ZEIT die Ausnahme dar.

Auch in den Artikeln bezüglich der Asyl- und Einwanderungspolitik wird immer wieder dazu aufgefordert die Bürgerkriegsflüchtlinge endlich aus dem Asylverfahren herauszuhalten und ihnen infolge der Genfer Flüchtlingskonvention Schutz zu gebieten. Stets wird verdeutlicht, dass es sich nur um eine vorübergehende Aufnahme für die Dauer des Krieges handele. Den Politikern wird Versagen vorgeworfen und sie werden aufgefordert endlich zu Handeln. Deutschland müsse seinen humanitären Verpflichtungen Folge leisten, insbesondere da die BRD die anderen europäischen Staaten fast schon gedrängt habe Kroatien und Slowenien als eigenständige Staaten anzuerkennen. Zudem wird die deutsche Einwanderungspolitik angeprangert, welche anscheinend nur für sie nützliche Migranten billige und es wird dazu aufgefordert, Bürgerkriegsflüchtlinge unabhängig von ihrer Arbeitskraft aufzunehmen und Menschlichkeit zu zeigen. Großes Thema ist auch der Asylkompromiss. Dieser wird beispielsweise von Autor Robert Leicht als „Heuchelei“<sup>682</sup> oder Autorin Florentine Heiber als „Feigenblatt“<sup>683</sup> und „blanker Hohn“<sup>684</sup> bezeichnet und scharf kritisiert. Deutschland wende sich nicht nur von den hilfeschuchenden Flüchtlingen ab, sondern bürde auch seinen Nachbarn, wie Polen, Tschechien oder Österreich eine enorme Last auf und lasse sie im Stich. Zudem würde der Asylkompromiss nur die vermehrte illegale Einreise von Flüchtlingen provozieren. Bis auf den Artikel „Gemach“<sup>685</sup>, der gemäß seines Titels dazu aufruft den Asylkompromiss nicht vorschnell zu verurteilen

---

680Vgl. DIE ZEIT: *Am liebsten ein Baby*.

681Vgl. Witter.

682Leicht, Robert: *Eine Kapitulation, kein Kompromiss*.

683Heiber.

684Ebd.

685Vgl. DIE ZEIT: *Gemach*.

und erst mal abzuwarten, wird dieser in der restlichen Berichterstattung einstimmig abgelehnt. Auch weitere politische Entscheidungen, wie die Sozialhilfekürzungen für Asylbewerber, werden angeprangert und den Politikern oft unterstellt, sich dem Druck von Rechts zu beugen.

Mit dem Thema Rechtsruck und Rechtsradikalismus im Zuge der Ereignisse wird in der ZEIT unterschiedlich verfahren. Theo Sommer beispielsweise, legitimiert und verharmlost den Rechtsruck im Land und das Wählen rechter Parteien.<sup>686</sup> Die einhergehenden Gefahren werden außer Acht gelassen und die Leser werden fast schon angetrieben, sich auf dieselbe destruktive Art und Weise gegen die Regierung aufzulehnen, anstatt Überlegungen anzustellen, was jeder Einzelne tun kann, um die Situation im Land zu verbessern. Andere Autoren berichten sachlicher, sehen jedoch in den Wählern der Rechten, wie Sommer auch, keine Neonazis, sondern vielmehr enttäuschte Demokraten, die den großen Parteien einen Denkkzettel verpassen wollen. Die Asyldebatte habe das Vertrauen in die Regierung und die konservativen Parteien zerstört und den Rechtsextremen in die Hände gespielt. Von den Rechten ginge jedoch keine ernstzunehmende Gefahr aus, da es ihnen an „Personal und Lösungskompetenz“<sup>687</sup> mangle. Auch druckte die ZEIT den Artikel „Schluß mit den Zauberwörtern“<sup>688</sup> des ehemaligen CDU-Politikers und Bundesinnenministers Manfred Kanther, der sich dort klar gegen das Einwanderungsgesetz und die Aufnahme weiterer Flüchtlinge positioniert und somit die Ansichten der Rechten zusätzlich unterstützt.<sup>689</sup> Dieser Artikel bleibt unkommentiert, jedoch ist die Meinung klar dem Politiker und nicht der ZEIT zuzuordnen. Bezüglich der stetig wachsenden und sich auf erschreckende Art und Weise entladenden rechten Gewaltbereitschaft zeigt sich die ZEIT fassungslos und verurteilt diese aufs Äußerste. Immer wieder wird versucht nach den Ursachen für den um sich greifenden Rechtsextremismus zu forschen und Lösungsansätze zu finden. Politiker und Polizei geraten durchweg in scharfe Kritik, insbesondere Robert Leicht prangert an, dass dem rechten Mob nicht genug Widerstand geleistet werde, beispielsweise in Rostock-Lichtenhagen großes Versagen und zu viel falsches Verständnis für die Täter vorläge.<sup>690</sup> Zudem wirft Leicht den Politikern vor, sich gegenseitig zu bekämpfen, anstatt die Gewalt von Rechts und die realen Probleme im Land anzugehen, was Politikverachtung und das

---

686Vgl. Sommer, Theo: *Nackenschlag zur Wiederbelebung*.

687Jung; Roth.

688Vgl. Kanther.

689Ebd.

690Vgl. Leicht, Robert: *Anschlag auf die Republik*.

Wachstum des rechten Netzes zur Folge habe.<sup>691</sup> Immer wieder wird sich gegen die rechten Gewalttäter klar positioniert, sich vor die Opfer gestellt, zu Solidarität aufgerufen und an die Politiker appelliert, Verantwortung zu übernehmen. Stets wird deutlich gemacht, dass die Untätigkeit der Politik gekoppelt mit der Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Problemen bei der Bevölkerung Angst auslöse, die sich in Fremdenfeindlichkeit und Gewalt niederschläge. Dieser Mechanismus sei nicht zu legitimieren, jedoch sei es nicht tragbar von der Regierung, der Bevölkerung so viel Druck zuzumuten. In diesem Zuge wird Ostdeutschland als größter Herd der Fremdenfeindlichkeit benannt. So würden insbesondere die Menschen im Osten Deutschlands keine Ausländer bei sich haben wollen und diese ablehnen, obwohl sie oftmals keinen Kontakt zu ausländischen Bürgern pflegen.<sup>692</sup> Ergebnisse aus Umfragen unterstützen diese Aussagen. Die ostdeutsche Bevölkerung wird als „[desorientierte] Gesellschaft voller Unsicherheiten“<sup>693</sup> beschrieben, die voller „[schlummernder] Ängste vor dem Unbekannten“<sup>694</sup> stecke. Generell ist der Tenor der ZEIT westdeutsch geprägt.

Des Weiteren macht die ZEIT auf stimmungsmachende Kriminalstatistiken von Bund und Ländern aufmerksam, die die Fremdenfeindlichkeit im Land nur noch verstärken würden. Die ZEIT stellt ganz klar dar, dass das Veröffentlichen solcher Statistiken ohne weitere Hintergrundinformationen gefährlich sei.

Zum großen Teil erfüllt die ZEIT ihr selbstverständliches Credo einer liberalen Zeitung. Ihre Aufgabe, die sich größtenteils auch in der untersuchten Berichterstattung widerspiegelt, formulierte Marion Gräfin Dönhöf einst folgendermaßen: „Wir müssen die Emotionen rationalisieren. Wir müssen gegenhalten, wenn sich die Leute zuviel aufregen, und wir müssen anfeuern, wenn sie stumpfsinnig dasitzen und immer noch nicht begriffen haben, daß etwas Unerhörtes vorgeht.“<sup>695</sup>

Bei der Betrachtung der Diagramme zur thematischen Verteilung der Artikel im SPIEGEL fällt auf, dass sich die thematischen Schwerpunkte je nach politischer und gesellschaftlicher Lage im Land verändern. Im Jahr 1992 steigt die Anzahl der Artikel über den Balkankrieg und die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ab März stetig an, da immer mehr Geflüchtete nach Deutschland kommen. Ab August rücken diese Themen in den Hintergrund, da sich DER SPIEGEL nach den Anschlägen in Rostock-Lichtenhagen

---

691Vgl. Ebd.

692Vgl. Dachs, Gisela: *Nur Mode oder Überzeugung?*

693Vgl. Hofmann.

694Ebd.

695Janßen; von Kuenheim; Sommer: S.339.

in erster Linie mit dem Rechtsruck und der rechten Gewalt in Deutschland beschäftigt. Im November 1992 lässt sich der Höhepunkt an Artikeln der Sparte Politik und Gesellschaft ablesen, als durch den Brandanschlag in Mölln, ein weiterer Akt rechtsextremer Gewalt das Land erschüttert. Über die Bürgerkriegsflüchtlinge und den Krieg auf dem Balkan wird zu dieser Zeit sehr wenig bis gar nicht berichtet. Im Dezember 1992 häufen sich zudem die Artikel über die Lichterketten-Bewegung, die in München ihren Anfang fand, sowie über den verabschiedeten Asylkompromiss. Zu Beginn des Jahres 1993 steigt die nicht nur die Anzahl der Artikel zum Thema Politik und Gesellschaft, sondern auch über die Geflüchteten und den Krieg wird, als Reaktion auf die geplante Umsetzung der Neuregelung des Asylrechts, mehr berichtet. Artikel jeglicher relevanter Themenfelder werden in der ersten Jahreshälfte weniger, bis schließlich im Juni 1993 ein weiterer Höhepunkt erreicht wird. Ende Mai trat zum Einen der Asylkompromiss in Kraft, zum Anderen wurde ein weiterer rechtsextremer Anschlag, dieses Mal in Solingen, verübt. Zu diesem Zeitpunkt schnellen die Artikel der Sparte Politik und Gesellschaft in die Höhe und die Berichterstattung über die Flüchtlinge erreicht auch ein neues Hoch. Bis zum Ende des Jahres und des betrachteten Zeitraums flauen letztere Zahlen ab – es wird ruhiger um die Flüchtlingsthematik. Auch über den Balkankrieg wird in diesem Zuge immer weniger berichtet.

Die Berichterstattung des SPIEGELS ist den Flüchtlingen gegenüber sehr wohlgesonnen. Über die Zentralen Aufnahmestellen wird im SPIEGEL im Gegensatz zur ZEIT jedoch kaum berichtet. Nur ein Artikel prangert die schikanösen Umstände an, es wird von Hungerstreiks gegen die kalorienarme und unausgewogene Einheitsverpflegung informiert.<sup>696</sup> Die sonstige Aufnahme und Integration der Geflüchteten wird recht ausführlich thematisiert. Jedoch finden sich im SPIEGEL nicht so viele Beschreibungen von Einzelschicksalen, wie in der ZEIT. Unter anderem in „Wo sind wir denn noch Menschen?“<sup>697</sup> wird dennoch auf die individuellen Belange der Geflüchteten eingegangen. Hier wird beispielsweise beschrieben, wie Bosnier in Toilettenanlagen übernachteten, weil sie aufgrund von bürokratischen Fehlern an der Grenze zurückgewiesen wurden. Jürgen Trittin wird zitiert mit der Aussage, dass er glaube, die Visumpflicht für die bosnischen Flüchtlinge werde nicht aufgehoben, da sie Moslems seien und somit „ein Schreckgespenst für die Festung Europa.“<sup>698</sup> Innenminister Seifers (CDU) ist sogar der Meinung, wer bosnische Flüchtlinge aufnimmt, „unterstütze die serbische

---

696Vgl. DER SPIEGEL: *Schlag in den Napf*.

697Vgl. DER SPIEGEL: *'Wo sind wir denn noch Menschen?'*.

698DER SPIEGEL: *'Schreckgespenst für Europa'*.

Vertreibungspolitik.<sup>699</sup> Wiederum setzt sich SPDler Schoor für die Aufnahme von Bosniern ein, da sie ihn an die Juden während des Dritten Reichs erinnern würden, die „in die Schweiz und in andere Länder wollten und oft an der Grenze abgewiesen wurden.“<sup>700</sup> Generell bringt DER SPIEGEL des Öfteren Bezüge zu Hitlerdeutschland, wenn es um die Flüchtlingsfrage geht. So wird in „Der glatte Wahnsinn“<sup>701</sup> die Parallele gezogen zwischen der Abstempelpraxis des Heilbronner Supermarktes zu den Judensternen in Nazi-Deutschland.<sup>702</sup> In der ZEIT werden solche Bezüge nicht hergestellt.

Schon bei dieser Thematik stellt sich heraus, dass DER SPIEGEL die Aussagen und Meinungen von Politikern der CDU/CSU ablehnt, die Standpunkte der Grünen, SPD oder auch FDP aber oftmals zur Untermalung der eigenen Meinung nutzt bzw. es so dargestellt wird, als würden letztere Parteien wissen, wie man es besser machen könnte, die Union jedoch leider am größeren Hebel sitze. Auch werden einige Artikel, die von SPD-Politikern, wie beispielsweise Gerhard Schröder oder Georg Kronawitter verfasst wurden und gegen die Union zielen, abgedruckt. DIE ZEIT schlägt sich in ihrer Berichterstattung nie auf die Seite einer bestimmten Partei oder lehnt eine Partei rigoros ab. Stets ist die Rede vom Fehlverhalten der Politik, also von allen Parteien insgesamt.

Einige gelungene Beispiele von Integration sowie die Hilfsbereitschaft der Bürger werden in den Vordergrund gestellt, dabei jedoch stets darauf verwiesen, mit welchen bürokratischen Hürden und finanziellen Problemen hilfsbereite Bürger zu kämpfen haben.<sup>703</sup> Dies sei laut SPIEGEL auch einer der Hauptgründe, warum die „Welle der Hilfsbereitschaft“<sup>704</sup> nach kurzer Zeit wieder abflaut.<sup>705</sup> Viele Leute seien bereit Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, jedoch würden es sich viele nicht leisten können, da „sie von der Bundesregierung mit den Kosten allein gelassen“<sup>706</sup> werden. So geraten immer mehr Helfer in finanzielle Bedrängnis, da die Unterbringung der Flüchtlinge von den staatlichen Stellen vielmals als Privatsache angesehen werde.<sup>707</sup> DER SPIEGEL stellt klar, dass dieser Umstand „teilweise sittenwidrig“<sup>708</sup> sei. Auch DIE ZEIT thematisiert diesen Missstand immer wieder.

Des Weiteren wird auch die Umverteilung gut integrierter Flüchtlinge kritisiert und empört

---

699Ebd.

700Ebd.

701DER SPIEGEL: *'Der glatte Wahnsinn'*

702Ebd.

703Vgl. DER SPIEGEL: *'Schreckgespenst für Europa'*. Sowie Vgl. DER SPIEGEL: *Aktion Ungehorsam*.

704Ebd.

705Vgl. DER SPIEGEL: *'Alles blödes Geschreie'*.

706Ebd.

707DER SPIEGEL: *Aktion ungehorsam*.

708Ebd.

darauf aufmerksam gemacht, wie einige Menschen die Notsituation der Geflohenen ausnutzen, um sich selber zu bereichern.<sup>709</sup> DIE ZEIT hat sich dieser Thematik auch mehrfach angenommen. Auch die Machenschaften deutscher Waffen- und Munitionshändler werden beleuchtet, die ihre Waren zum Bürgerkrieg nach Jugoslawien exportieren und kräftig verdienen.<sup>710</sup>

In mehreren Artikeln gerät auch die Drittstaatenregelung in harsche Kritik. DER SPIEGEL zeigt auf, was das neue Gesetz für Deutschlands Nachbarstaaten sowie die Geflüchteten bedeutet.<sup>711</sup> Insbesondere die Schwierigkeiten bei der Visaerteilung und die damit einhergehenden elendigen Zustände, beispielsweise in Salzburg, werden thematisiert. Nach kurzer Zeit beschließen die Haupttransitländer, vor allem Polen und die Tschechische Republik, gar keine Flüchtlinge mehr ins Land zu lassen. Deutschland will seine Grenze u.a. mithilfe von 1600 Hilfspolizisten schützen. DER SPIEGEL äußert sich abfällig und belustigt über diese Praxis und die Freiwilligen: „Nach vierwöchiger Kurzausbildung sollen schon bald 1600 Hilfspolizisten [...] Jagd auf Illegale machen. Auf den ersten Werbeauftrag meldeten sich [...] bereits 4000 Mochtgern-Sheriffs.“<sup>712</sup> DER SPIEGEL nimmt insbesondere die Union stark in die Verantwortung und unterstellt der Partei den Krieg auf dem Balkan sowie die Leiden der Menschen nicht ernst zu nehmen.<sup>713</sup> Beispielsweise wird Edmund Stoiber unterstellt, dass es für ihn ein Leichtes wäre, die Einreise- sowie Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern, ihm jedoch Abschreckung wichtiger als Gnade sei.<sup>714</sup> Bayerns Grüne werden mit der Aussage zitiert, Deutschland fahre eine „skrupellose Flüchtlingsabwehrpolitik“.<sup>715</sup>

Anfang 1992 erklärt DER SPIEGEL, dass 1991 eine Rekordzahl an Flüchtlingen erreicht wurde. Auf die Pläne der CDU einer Revision des Grundgesetzartikels 16 zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen, macht DER SPIEGEL, wie auch schon DIE ZEIT, deutlich, dass die Bundesrepublik als Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention dazu verpflichtet ist, den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien Schutz zu bieten. Außerdem wird klar gestellt, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge nicht beabsichtigen, politische Verfolgung geltend zu machen, sondern vielmehr in ihre Heimat zurückkehren wollen, sobald Frieden eingekehrt sei.<sup>716</sup> Als Missstand wird herausgestellt, dass sie dennoch „ins deutsche

---

709DER SPIEGEL: *Rücksichtnahme unmöglich*. Sowie DER SPIEGEL: *Das Geschäft mit dem Asyl*.

710Vgl. DER SPIEGEL: *'Deutsche Adresse ohne Problem'*

711Vgl. DER SPIEGEL: *Wie vom Fließband*.

712DER SPIEGEL: *Neuer Vorhang*.

713Vgl. DER SPIEGEL: *'Wo sind wir denn noch Menschen?'*

714Ebd.

715Ebd.

716Vgl. DER SPIEGEL: *'Die Armen sind solidarischer'*

Asylverfahren gezwungen und so Teil einer Statistik [werden], mit der sich Propaganda machen läßt gegen den angeblich massenhaften Mißbrauch des Asylrechts.“<sup>717</sup> Mit den steigenden Flüchtlingszahlen erscheint die Politik dem SPIEGEL handlungsunfähig und hilflos. Die Kommunen drängen die Bürgerkriegsflüchtlinge zunehmend in Asylverfahren, um die Kosten auf Bund und Länder abwälzen zu können.<sup>718</sup> Dies sei eine „widerrechtliche Praxis, wie mehrere Gerichte festgestellt haben“<sup>719</sup>, mahnt DER SPIEGEL. Es werden Missstände bezüglich der Einreise, der Unterbringung und im generellen Verfahren mit den Geflüchteten aufgezeigt, die Behörden und die Politiker angeklagt und zum Handeln aufgefordert. Stets wird betont, dass sich allein aus der Geschichte der Bundesrepublik eine Verpflichtung gegenüber den Schutzsuchenden ergebe, wie beispielsweise in dem Artikel „Wir brauchen Zuwanderer“<sup>720</sup> von Gerhard Schröder:

„Zehntausende von Deutschen haben das Dritte Reich nur überlebt, weil sie im Ausland Asyl fanden. Innenpolitische Erwägungen dürfen bei der Asylgesetzgebung keine Rolle spielen - das einzige Kriterium hat die Sicherheit politisch verfolgter Menschen zu sein.“<sup>721</sup>

Insbesondere die CDU/CSU und Kanzler Kohl sieht DER SPIEGEL stark in der Verantwortung und schuldig an der Misere, was immer wieder zum Ausdruck gebracht wird.<sup>722</sup> Des Weiteren beschuldigt DER SPIEGEL die Union die Bürgerkriegsflüchtlinge als Spielball für ihren Wahlkampf zu missbrauchen, die Sorgen der Bürger nicht ernst zu nehmen und hauptsächlich im Interesse der Wirtschaft und der Reichen zu handeln.<sup>723</sup> Den anderen Parteien zeigt sich DER SPIEGEL vor allem zu Beginn des Untersuchungszeitraums eher zugeneigt. SPD, FDP und die Grünen werden oft in ihrer Abneigung gegenüber den Handlungen der CDU zitiert und als diejenigen mit den besseren Lösungen dargestellt. So werden beispielsweise in „Wie viele Ausländer“<sup>724</sup> SPD und CDU gegenübergestellt. Erstere wollen ein Einwanderungsgesetz, um den Zustrom besser steuern zu können, Letztere plädieren auf eine Sicherung der Grenzen.<sup>725</sup> Des Weiteren erklärt DER SPIEGEL in „Gegen Schutz von Minderheiten“<sup>726</sup>, dass sich die CDU/CSU weigern würde, den Minderheitenschutz ins Grundgesetz aufzunehmen, woraufhin FDP-

---

717DER SPIEGEL: *Theoretisch die meisten*.

718DER SPIEGEL: *Aktion Ungehorsam*.

719Ebd.

720Vgl. Schröder, Gerhard: *'Wir brauchen Zuwanderer'*.

721Ebd.

722Vgl. DER SPIEGEL: *Schweinchen Schlau*.

723Vgl. DER SPIEGEL: *'Sie kommen, ob wir wollen oder nicht'* sowie Vgl. Kronawitter, Georg: *'Die flotten Enkel und die Toskana'*.

724DER SPIEGEL: *Wie viele Ausländer*.

725Ebd.

726DER SPIEGEL: *Gegen Schutz von Minderheiten*.

Mitglied Hirsch wie folgt zitiert wird: „Unglaublich, [...] liberale Ur-Anliegen werden bayerischen Überfremdungsängsten geopfert.“<sup>727</sup> Jedoch ändert sich die Situation kurzzeitig nach dem Anschlag in Rostock-Lichtenhagen, als DER SPIEGEL bekundet, alle Parteien würden zusammenrücken, jedoch klar nach rechts, und „schmieden neue Gesetze - zur Abwehr von Ausländern oder zum Abbau von Grundrechten.“<sup>728</sup> So ziehe Helmut Kohl in Betracht, sich, wenn die SPD eine Änderung des Asyl-Grundrechts ablehnt, trotzdem so zu verhalten, als ob das Grundgesetz geändert worden sei.<sup>729</sup> Im Zuge dessen rief Kohl den „Staatsnotstand“ aus, da der „innere[...] Frieden, die rechtsstaatliche demokratische Ordnung und gar 'die Seele der Bundesrepublik' (Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble) bedroht“<sup>730</sup> sei – durch die Flüchtlinge:

„Nicht die Millionen Arbeitslosen, nicht der Wohnungsmangel, nicht die zerrütteten Staatsfinanzen und auch nicht die Gewalttaten der Rechtsradikalen und das Anwachsen des Antisemitismus bereiten dem Kanzler die allergrößten Sorgen. Am dringendsten ist's dem Regierungschef, Deutschland vor den Flüchtlingen aus aller Welt zu retten.“<sup>731</sup>

DER SPIEGEL bewertet Kohls Praxis als verfassungswidrig und zitiert die SPD, die die Meinung vertritt, Kohls Vorhaben sende die falschen Signale. So würde es als legitim verkauft werden, in extremen Situationen zu extremen, rechtswidrigen Mitteln zu greifen: „Dann kann auch der Rechtsbrecher mit dem Stein oder dem Molotowcocktail in der Hand für sich in Anspruch nehmen, extrem zu handeln, weil er sich in einer extremen Situation befinde.“<sup>732</sup> Weiter wirft DER SPIEGEL der Union vor, sich zwar fleißig mit der Abschaffung von Grundrechten und Rechtsschutz zu beschäftigen, sich jedoch praktischen Lösungsvorschlägen zum Umgang mit den Asylbewerbern, wie beispielsweise einer Beschleunigung der Asylverfahren, zu versperren.<sup>733</sup> Des Weiteren wird beispielsweise Verfassungsrichter Jürgen Kühling zitiert, der klarstellt, dass die Situation des Staatsnotstandes in Deutschland nicht einmal annähernd gegeben und eine Dramatisierung der Zuwanderung höchst problematisch sei, da sie Sorgen und Ängste bei der Bevölkerung hervorrufen und verstärken würden.<sup>734</sup> DIE ZEIT erwähnt Kohls Ausruf des Staatsnotstandes im Gegensatz zum SPIEGEL überhaupt nicht. Des Weiteren wird in der ZEIT – ganz anders als beim SPIEGEL – kein spezieller Politiker bzw. keine spezielle

---

727Ebd.

728DER SPIEGEL: *Anklang an Weimar.*

729DER SPIEGEL: *'Das ist der Staatsstreich'*

730DER SPIEGEL: *Anklang an Weimar.*

731DER SPIEGEL: *Tips zum Verfassungsbruch.*

732Ebd.

733Vgl. DER SPIEGEL: *Göttliche Hände.*

734Vgl. Lamprecht, Rolf; Lersch, Paul: *'Ein gefährliches Spiel'*.

Partei als der/die „Schuldige“ an der Situation im Land genannt. DER SPIEGEL zeigt sich diesbezüglich weitaus radikaler und aggressiver als DIE ZEIT. Zudem verdeutlicht DER SPIEGEL immer wieder, dass viele Forderungen der Union verfassungswidrig seien und das Grundrecht auf Asyl nicht angetastet werden dürfe.<sup>735</sup>

Ausführlich berichtet DER SPIEGEL auch über die Sinti und Roma, die zu einem erheblichen Teil auch aus dem ehemaligen Jugoslawien einreisen. Dabei werden die Verfehlungen, die die einige Roma begangen haben und weswegen sie vielerorts auf Ablehnung stoßen, nicht außer Acht gelassen. Dennoch versucht DER SPIEGEL dem Leser auch nahe zu bringen, wieso die Roma so sind, wie sie sind und vermittelt einen Einblick in die Historie des Volkes. Zudem werden auch ein paar positive Beispiele der Integration dargestellt und generell scheint mehr Verständnis für die Volksgruppe erzielt werden zu wollen.<sup>736</sup> Auch werden die Politiker Trittin und Schröder genannt, die sich beide für die Sinti und Roma einsetzen. Über die massive Ablehnung, die den Roma beispielsweise im mecklenburgischen Goldberg entgegenschlägt, berichtet DER SPIEGEL in aller Härte: „Sie empfangen die unerwünschten Fremden mit Geschrei und Fäusteschütteln, einer der Demonstranten: 'Da kommen die Schweine. Los, hol die Kalaschnikow.'“<sup>737</sup> Im Gegensatz dazu, muten die Beschreibungen des Hamburger Protestes gegen überfüllte Flüchtlingsunterkünfte sehr harmlos und human an. Fremdenfeindlichkeit sei hier verpönt, so werde sich um einen unaufgeregten Umgang mit den vielen Geflüchteten bemüht.<sup>738</sup> Nur am Rande wird erwähnt, dass die Wählerschaft sich hier auch nach rechts orientiere oder dass Bedienstete des Wachdienstes der Flüchtlingsunterkunft im vorigen Jahr Hitlers Geburtstag gefeiert und den Geflüchteten ihre Abneigung signalisiert hätten.<sup>739</sup> Es wird der Eindruck erweckt, DER SPIEGEL, wie auch schon DIE ZEIT, schreibe aus westdeutscher Sicht, es befinden sich ja auch beide Redaktionen in Westdeutschland. In der ZEIT ist der westdeutsche Tenor noch ein wenig mehr herauszulesen, die Ostdeutschen werden oft schlecht dargestellt und als Herd der Probleme mit der Fremdenfeindlichkeit bezeichnet, was von den Ergebnissen von Umfragen untermauert wird.<sup>740</sup> Jedoch versuchen beide Magazine auch mehrfach den Ursachen für die Popularität des Rechtsextremismus, insbesondere bei den Jugendlichen

---

735Vgl. DER SPIEGEL: *Das Grundrecht.*

736Vgl. DER SPIEGEL: *Sinti und Roma nach Bonn.*

737DER SPIEGEL: *'Da hört die Christlichkeit auf'.*

738DER SPIEGEL: *'Das alles nervt total'*

739Ebd.

740DER SPIEGEL: *Null in der Masse.*

aus Ostdeutschland, auf den Grund zu gehen.<sup>741</sup> Die Ausländerfrage sei laut SPIEGEL nur eines von vielen Problemen, das die Jugendlichen nach rechts driften lassen: „[...] eine drohende Wirtschaftskrise, die ungewisse Zukunft Europas und der Verlust jeglicher Autoritäten“<sup>742</sup> würden weitere Schwierigkeiten für die ostdeutschen Jugendlichen darstellen. Zudem spricht sich auch DER SPIEGEL dagegen aus, die Jugendlichen vorschnell als Rechtsextreme abzustempeln, da sie so „in eine Ecke gedrängt [werden], aus der wir sie vielleicht nicht mehr herauskriegen.“<sup>743</sup> Generell wird im SPIEGEL, aber noch deutlicher in der ZEIT, erklärt, die Wiedervereinigung hätte für die Ostdeutschen nicht das gebracht, was sie sich erhofften, was sich in großer „Verbitterung über unerfüllte Träume von der eigenen besseren Gegenwart“<sup>744</sup> manifestiere. Helmut Kohl habe versagt. So steht beim SPIEGEL schlussendlich wieder Helmut Kohl als Urheber der Misere im Fokus. Durch ihn sei das Land unregierbar geworden: „Die Rechte wird populär, die Regierung findet kein Konzept gegen die Krise. Im Osten stirbt die Industrie, der Westen steht am Rande einer Rezession, Verteilungskämpfe mit ungeahnter Wucht drohen.“<sup>745</sup> Auch die zunehmende Politikverdrossenheit der Deutschen wird auch ausführlich thematisiert. Die Bürger würden zu Protest- oder Nichtwählern avancieren, um die Politiker abzustrafen.<sup>746</sup> DIE ZEIT widmet sich dem Thema ebenso ausführlich.

Besonders verurteilt DER SPIEGEL auch die politische Reaktion auf die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen. Kanzler Kohl habe die Anschläge verharmlost und die haltlose Behauptung aufgestellt, die Stasi hätte die Ausschreitungen angezettelt.<sup>747</sup> DER SPIEGEL verurteilt die Attentäter, Mitläufer und Schaulustige aufs Schärfste, wirft sowohl der Politik als auch den Behörden Versagen und eine Mitschuld vor.<sup>748</sup> Der Union unterstellt DER SPIEGEL aus Kalkül nicht zu handeln. Die CDU/CSU hätten die Situation hochkochen lassen, um ihre eigenen Forderungen bezüglich der Grundgesetzänderung durchzukriegen.<sup>749</sup> Des Weiteren nutzt DER SPIEGEL die Anschläge, um Parallelen zum Balkankrieg und den Bürgerkriegsflüchtlingen zu ziehen. So wird beispielsweise der SPD-Abgeordnete Duve zitiert, den der „gezwungene Exodus an die zynisch so genannten

---

741DER SPIEGEL: *'Anfang der Todesspur'*

742Ebd.

743Foerster; Müller von Blumencron.

744DER SPIEGEL: *Hier herrscht seit '33 Diktatur.*

745DER SPIEGEL: *Dieses Land wird unregierbar.*

746DER SPIEGEL: *'Bis ins letzte Negerdorf'*

747Vgl. DER SPIEGEL: *'Ernstes Zeichen an der Wand'.*

748Ebd.

749Vgl. DER SPIEGEL: *Stimmung hochkochen.*

ethnischen Säuberungen auf dem Gebiet des einstigen Jugoslawien<sup>750</sup> erinnern. Außerdem erklärt Duve: „In wenigen Stunden [ist] unsere moralische Berechtigung, den Vertreibungsterror der Serben gegen die moslemischen Bosnier zu geißeln, beschädigt worden.“<sup>751</sup> Thematisiert wird auch, dass sich die CDU bewusst aus der Teilnahme an einer Großkundgebung gegen Rechts ausschloss. Dass einige CDU-Mitglieder auch noch provozierend erklärten, was sie stattdessen zu tun gedenken und die Veranstaltung verspotteten, rügt DER SPIEGEL.<sup>752</sup> Allerdings findet die Lichterketten-Bewegung, die in der ZEIT große Aufmerksamkeit erhält, im SPIEGEL wenn dann nur am Rande Erwähnung. Der Grund hierfür, kann nur gemutmaßt werden. Aufgrund des generellen Bildes der Berichterstattung im SPIEGEL kann es sein, dass der Lichterketten-Bewegung so wenig Beachtung zukam, da DER SPIEGEL lieber Skandale aufdeckt, Fehlverhalten rügt und Missstände benennt, anstatt über Positives zu berichten.

Das Verständnis, das viele Politiker den Attentätern von Rostock-Lichtenhagen entgegenbringen, sieht DER SPIEGEL äußerst kritisch und zieht den Vergleich zu den linksextremen Anschlägen der RAF, die „beinahe zum staatlichen Notstand geführt“<sup>753</sup> hätten. Der rechte Terror würde nicht mal ansatzweise so viel Entrüstung bei der Politik entfachen, es hätte weder Sondersitzungen im Bundestag, noch Trauerbekundungen gegeben:<sup>754</sup> „Noch nie haben Politik und Polizei der gewalttätigen Mißachtung, Zerstörung und Verhöhnung der Elementarwerte des Rechtsstaats so tatenlos zugesehen.“<sup>755</sup> Deutlich wird immer wieder, dass DER SPIEGEL die Meinung vertritt, die deutsche Justiz, Polizei und Regierung sei auf dem rechten Auge blind: Oft wird, wenn angeprangert wird, dass die Strafen für rechte Gewalttäter zu milde seien, die Polizei nicht angemessen handle und ermittle, der Vergleich zu der Behandlung von Linken gezogen und ein großes Ungleichgewicht festgestellt.<sup>756</sup> Immer wieder werden im SPIEGEL Vergleiche zum Umgang mit oder der Verurteilung von linksextremen zu rechtsextremen Straffälligen gezogen und anklagend festgestellt, dass der Staat bei Ersteren weitaus strenger und engagierter bei der Verfolgung und Verurteilung dieser agieren würde. ZEIT und SPIEGEL verstehen sich beide als linksliberale Blätter, DER SPIEGEL positioniert sich jedoch deutlich linksgerichteter in seiner Berichterstattung als DIE ZEIT. Des Weiteren legt sich

---

750DER SPIEGEL: *'Ernstes Zeichen an der Wand'*.

751Ebd.

752DER SPIEGEL: *Angst vor dem Volkszorn*.

753DER SPIEGEL: *'Es gibt einen Riesenkrach'*.

754Ebd. sowie Vgl. DER SPIEGEL: *Angst vor dem Volkszorn*.

755DER SPIEGEL: *Angst vor dem Volkszorn*.

756Vgl. DER SPIEGEL: *'Das ist politische Justiz'*.

DER SPIEGEL mit Generalbundesanwalt Stahl an und wirft ihm mangelnde Tatkraft im Vorgehen gegen rechte Gewalttäter vor.<sup>757</sup> Außerdem bezichtigt DER SPIEGEL der Polizei eine Mischung aus „Unfähigkeit und Kumpanei“<sup>758</sup> mit rechten Gewalttätern:

„So wie es möglich war, über Wochen und Monate Atomkraftwerkbaustellen vor linken Demonstranten mit Polizei-Hundertschaften abzuschirmen, lassen sich auch Asylantenheime schützen. So wie es möglich war, jugendliche Demonstranten, die Molotowcocktails gegen Polizeibeamte warfen, wegen Mordversuchs anzuklagen, können Ermittler auch gegen Randalierer von rechts vorgehen.“<sup>759</sup>

In „Notfalls neue Wege“<sup>760</sup> berichtet DER SPIEGEL über einige CDU-Mitglieder, die sich zu wertkonservativen Zirkeln zusammengeschlossen hätten. Helmut Kohl sehe dadurch vorerst keine Gefahr für den Bestand seiner Partei, gefährlich werde es erst, so Kohl, wenn die Rechten eine überzeugende Leitfigur fänden, sodass er plane, selber einen eigenen rechten Vormann zu Wege zu bringen.<sup>761</sup> In der ZEIT werden solche Aussagen Kohls gar nicht thematisiert. Es scheint, als würde DIE ZEIT bezüglich der Verfehlungen des Kanzlers oder einzelner Politiker etwas nüchterner und neutraler agieren und formulieren. DER SPIEGEL wiederum scheint seinen Lesern kein Detail verschweigen und alle Skandale offenlegen zu wollen. Auch die von Rudolf Augstein geprägte Sprache ist ganz im Gegensatz zur ZEIT eher ruppig, aggressiv und oftmals provozierend. So lässt sich der von Augstein geprägte Grundsatz des SPIEGELS „vor keiner Autorität, auch nicht einer befreundeten, zu kuschen“ sowie „Kehrseiten [zu] beleuchten und politische Illusionen zum platzen [zu] bringen“<sup>762</sup> in der Berichterstattung durchaus wiederfinden. DER SPIEGEL zeigt sich zudem engagiert für „die Freiheit des Einzelnen und gegen die Übermacht staatlicher und gesellschaftlicher Apparate“<sup>763</sup> und führt einen „programmatische[n] Kampf gegen Machtmissbrauch und Korruption“<sup>764</sup>. Dies untermauert auch Erich Kuby mit einem Zitat Rudolf Augsteins über den SPIEGEL: „[...] hier [darf] der letzte Schreiber den amtierenden Bundeskanzler einen Ignoranten nennen. Nichts wird uns retten, wenn uns diese Freiheit nicht teurer ist als Brot und Leben, teurer als Ehrgeiz und Macht, teurer selbst als die bequemen Formeln einer Demokratie, die nicht scheintot

---

757Vgl. DER SPIEGEL: *'Nun mal an das Gesetz gebunden'*.

758Ebd.

759Ebd.

760DER SPIEGEL: *Notfalls neue Wege*.

761Ebd.

762Vgl. Schrag, S. 163. sowie Vgl. Pürer, Heinz; Raabe, Johannes (1996): *Medien in Deutschland. Band 1*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH, S. 185.

763Vgl. Pürer; Raabe, S. 185.

764Ebd.

ist wie unter Hitler, sondern die nur scheinbar lebt.“<sup>765</sup>

Als weiterführende Untersuchung würde sich beispielsweise ein Vergleich mit der Berichterstattung über die Migrationsbewegung aus Syrien nach Deutschland 2015/16 anbieten. Es wäre spannend zu erfahren, inwiefern Parallelen und Unterschiede bezüglich der Art der Berichterstattung festzustellen sind und inwiefern/ob DER SPIEGEL und DIE ZEIT sich im Vergleich zu 1992/93 in ihrem Stil verändert haben. Von hohem Interesse wäre es auch zu ergründen, inwieweit sich 2015/16 die Geschichte zu wiederholen schien. Beinahe alle Gesprächspartner, denen ich von dieser Arbeit und den Ergebnissen berichtete, fühlten sich stark zurückerinnert an den Zeitraum 2015/16 und die Vorkommnisse rund um die Migrationsbewegung aus Syrien nach Deutschland. Dabei wurde durchweg die Meinung vertreten, dass sich von politischer, behördlicher und gesellschaftlicher Seite nichts geändert und die Geschichte sich scheinbar wiederholt hätte. Dies zu ergründen wäre eine spannende Weiterführung der vorliegenden Arbeit.

---

<sup>765</sup>Kuby, Erich (1987): *DER SPIEGEL im Spiegel*. München: Wilhelm Heyne Verlag GmbH, S. 176.

## 8. Quellen- und Literaturverzeichnis

Blum, Roger; Bonfadelli, Heinz; Imhof, Kurt; Jarren, Otfried (Hrsg.) (2011): *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation: Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien*. Wiesbaden: Springer-Verlag.

Bönisch, Julia (2006): *Meinungsführer oder Populärmedium? Das journalistische Profil von Spiegel Online*. Münster: LIT Verlag Münster.

Bröckers, Mathias: *Wenn das Narrativ stimmt, sind Fakten zweitrangig*. Online verfügbar unter <https://www.heise.de/tp/features/Wenn-das-Narrativ-stimmt-sind-Fakten-zweitrangig-4258586.html> [zuletzt geprüft am 20.02.2019]

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (Hrsg.) (2016): *Die Deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten 2016*. Online verfügbar unter [https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzv\\_hauptseite/aktuell/publikationen/2016/ZDF\\_2016.pdf](https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzv_hauptseite/aktuell/publikationen/2016/ZDF_2016.pdf) [zuletzt geprüft am 1.02.2018]

Bundeszentrale für politische Bildung: *Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen*. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/31042/der-zerfall-jugoslawiens-und-dessen-folgen?p=all> [zuletzt geprüft am 26.03.2018]

Butterwegge, Christoph (2006): *Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung*, in: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.): *Massenmedien, Integration und Migration*. VS Verlag: Wiesbaden.

Calic, Marie-Janine: *Der erste „neue“ Krieg?- Staatszerfall und Radikalisierung der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien*. Online verfügbar unter <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2005/id=4431> [zuletzt geprüft am 09.03.2018]

Djuric, Rajko; Bengsch, Bertolt (1992): *Der Zerfall Jugoslawiens*. Berlin: Morgenbuch Verlag.

Efms: *Statistiken zur Migration und Integration von Migranten- Kriegsflüchtlinge aus dem ehem. Jugoslawien in verschiedene Staaten*, online verfügbar unter: [http://www.efms.uni-bamberg.de/ds27\\_2\\_e.htm](http://www.efms.uni-bamberg.de/ds27_2_e.htm) [zuletzt geprüft am 26.03.2018]

Elvert, Jürgen (1997): *Der Balkan*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Esslinger, Detlef: *400.000 Kerzen gegen rechte Gewalt*. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/jahre-lichterkette-in-muenchen-kerzen-gegen-rechte-gewalt-1.1543012> [zuletzt geprüft am 01.02.2019]

European forum for migration studies: *Statistiken zur Migration und Integration von Migranten- Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in verschiedene Staaten*. Online verfügbar unter [http://www.efms.uni-bamberg.de/ds27\\_2\\_e.htm](http://www.efms.uni-bamberg.de/ds27_2_e.htm) [zuletzt geprüft am 09.03.2018]

Grimmer, Claudia: *Die 90er in Deutschland- Da war doch was?*, online verfügbar unter:

<https://www.br.de/nachrichten/fluechtlinge-rueckblick-kosovo-balkan-100.html> [zuletzt geprüft am 19.03.2018]

Göttlich, Udo (2002): *Massenmedium*. In: Schanze, Helmut (Hg.): *Metzler Lexikon. Medientheorie Medienwissenschaft*. Stuttgart, Weimar: Verlag J.B. Metzler.  
Hachmeister, Lutz (2014): *Heideggers Testament*. Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH.

Hans-Bredow-Institut (2013): *Leitmedium Internet? Mögliche Auswirkungen des Aufstiegs des Internets zum Leitmedium für das deutsche Mediensystem*. Online verfügbar unter [http://www.hans-bredow-institut.de/webfm\\_send/734](http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/734), [zuletzt geprüft am 18.01.2018]

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: *Der Spiegel*. Online verfügbar unter <http://www.ivw.de/aw/print/ha/titel/122>, [zuletzt geprüft am 2.02.2018]

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: *Die Zeit*. Online verfügbar unter <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/967?quartal%5B19981%5D=19981&quartal%5B20161%5D=20161#views-exposed-form-aw-titel-az-aw-az-qa> [zuletzt geprüft am 16.02.2018]

Janßen, Karl-Heinz (1995): *Die Zeit in der ZEIT*. Hamburg: Siedler.

Janßen, Karl-Heinz; von Kuenheim, Haug; Sommer, Theo (2006): *DIE ZEIT – Geschichte einer Wochenzeitung 1946 bis heute*. Siedler Verlag: München.

Kuby, Erich (1987): *DER SPIEGEL im Spiegel*. München: Wilhelm Heyne Verlag GmbH.

Mast, Claudia (Hg.) (2012): *ABC des Journalismus*. Konstanz und München: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Mauersberger, Kerstin: *Rechter Terror: 25 Jahre Rostock-Lichtenhagen*. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/zeitreise/rechter-terror-nsu-rostock-lichtenhagen-100.html> [zuletzt geprüft am 01.02.2019]

Melcic, Dunja (2007): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hrsg.) (2002): *Fischer Lexikon Publizistik und Massenkommunikation*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Pürer, Heinz; Raabe, Johannes (1996): *Medien in Deutschland. Band 1*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Ruß-Mohl, Stephan (2010): *Journalismus*. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch.

Schrag, Wolfgang (2007): *Medienlandschaft Deutschland*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Süddeutsche Zeitung: *Wenn Neonazis zuschlagen*. Online verfügbar unter

<https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextreme-anschlaege-in-deutschland-wenn-neonazis-zuschlagen-1.1647363> [zuletzt geprüft am 01.02.2019]

Von Hodenberg, Christina (2006): *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973*. Göttingen: Wallstein Verlag.

Von Kuenheim, Haug; Sommer, Theo: *Fast eine Freundschaft*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2003/42/A-Vorwort> [zuletzt geprüft am 17.02.2019]

Wikipedia: *Ernst Samhaber*. Online verfügbar unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst\\_Samhaber](https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Samhaber) [zuletzt geprüft am 15.08.2018]

Wikipedia: *Jugoslawien*. Online verfügbar unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawien#F%C3%B6derative\\_Volksrepublik\\_Jugoslawien\\_\(1945%E2%80%931963\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawien#F%C3%B6derative_Volksrepublik_Jugoslawien_(1945%E2%80%931963)) [zuletzt geprüft am 23.03.2018]

Yildiz, Erol: *Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft*, in: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.): *Massenmedien, Migration und Integration*. VS Verlag: Wiesbaden, 2006.

Yonan, Gabriele (1998): *Flüchtlinge vom Balkan*. Göttingen: Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.

## 8.1 ZEIT-Aufsätze

Böhme, Rolf: *In den Städten wächst der Zorn*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/48/in-den-staedten-waechst-der-zorn> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

Brandt, Ernst-Michael: *Endlich is' hier was los, Schnucki*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/36/endlich-is-hier-was-los-schnucki> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

Buchsteiner, Jochen. *Der heimliche Treck durch die Wälder*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/29/der-heimliche-treck-durch-die-waelder> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

Dachs, Gisela: *Den Haß krieg' ich nicht mehr los*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/01/den-hass-krieg-ich-nicht-mehr-los> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

Dachs, Gisela: *'Jetzt keine falschen Hoffnungen wecken'*. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/1992/16/jetzt-keine-falschen-hoffnungen-wecken/komplettansicht> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

Dachs, Gisela: *Nur Mode oder Überzeugung?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/05/nur-mode-oder-ueberzeugung> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

Dachs, Gisela und Perger, Werner A.: *Ein Recht auf Zuwanderung kann es nicht geben*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/17/ein-recht-auf-zuwanderung-kann-es-nicht-geben> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

DIE ZEIT: *Abenteurer*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/33/abenteurer> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

DIE ZEIT: *Am liebsten ein Baby*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/36/am-liebsten-ein-baby> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

DIE ZEIT: *'Auch wir sind gebrannte Kinder'*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/38/auch-wir-sind-gebrannte-kinder> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

DIE ZEIT: *Böse, böse*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/51/boese-boese> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

DIE ZEIT: *Chronik*. Online verfügbar unter <http://www.zeit-verlagsgruppe.de/unternehmen/chronik/> [zuletzt geprüft am 16.02.2017]

DIE ZEIT: *Dauerstreit um die neue Asylstelle*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/45/dauerstreit-um-die-neue-asylstelle> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

DIE ZEIT: *Dorf unter Verdacht*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/35/dorf-unter-verdacht> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

DIE ZEIT: *Eine Schule für die Kinder aller Länder*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/52/eine-schule-fuer-kiner-aller-laender> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

DIE ZEIT: *Gemach*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/31/gemach> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

DIE ZEIT: *Geschichte*. Online verfügbar unter <http://www.zeit-verlagsgruppe.de/unternehmen/geschichte/> [zuletzt geprüft am 16.02.2018]

DIE ZEIT: *Nicht nach Blankenese*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/39/nicht-nach-blankenese> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

DIE ZEIT: *Öl für die Flammen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/45/oel-fuer-die-flammen> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

DIE ZEIT: *Platz für Bulgarien, männlich?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/37/platz-fuer-bulgarien-maennlich> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

DIE ZEIT: *Schäbige Fürsorge*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/44/schaebige-fuersorge> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

DIE ZEIT. *Tam Tam auf dem Friedhof*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/46/tamtam-auf-dem-friedhof> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

DIE ZEIT: *Vor zwanzig Jahren: Einschränkung des Asylrechts 1993*. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/160780/asylkompromiss-24-05-2013> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

Dieckmann, Christoph: *Schlimm, schlimmer...* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/43/schlimm-schlimmer> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

Fritz-Vannahme, Joachim: *Die Gelassenheit des Grenzgängers.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/52/die-gelassenheit-des-grenzgangers> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Fritz-Vannahme, Joachim: *Einer treibt den anderen.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/39/einer-treibt-den-anderen> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Fritz-Vannahme, Joachim: *Einig auf Kosten der Nachbarn.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/51/einig-auf-kosten-des-nachbarn> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

Gaserow, Vera: *Eine Welle läuft ins Leere.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/32/eine-welle-laeuft-ins-leere> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

Grill, Bartholomäus: *Gewalt von rechts.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/35/gewalt-von-rechts> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

Habermas, Jürgen: *Die Festung Europa und das neue Deutschland.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/22/die-festung-europa-und-das-neue-deutschland> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Harpprecht, Klaus: *Öffentlicher Anstand lässt sich lernen.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/05/oeffentlicher-anstand-laesst-sich-lernen> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

Hartung, Klaus: *Feuer und Flamme.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/06/feuer-und-flamme> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

Hartung, Klaus: *Maßstab kann nur die Not sein.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/48/massstab-kann-nur-die-note-sein> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

Heiber, Florentine: *Nur noch ein Feigenblatt.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/09/nur-noch-ein-feigenblatt> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Hirsch, Helga: *Auch Bedrohte nicht geduldet.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/35/auch-bedrohte-nicht-geduldet> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

Hofmann, Gunter: *Der Abstieg ins Provinzielle droht.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/47/der-abstieg-ins-provinzielle-droht> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Hofmann, Gunter: *Die Suche nach neuen Gewissheiten.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/36/die-suche-nach-neuen-gewissheiten> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

Jung, Matthias; Roth, Dieter: *Der Stimmzettel als Denkzettel.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/16/der-stimmzettel-als-denkezettel> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

- Kanther, Manfred. *Schluß mit den Zauberwörtern*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/39/schluss-mit-den-zauberwoertern> [zuletzt geprüft 4.11.2018]
- Kassel, Karl-Friedrich: *Konjunkturprogramm Asyl*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/03/konjunkturprogramm-asyl> [zuletzt geprüft 11.11.2018]
- Kläsgen, Michael: *Phantasie ist gefragt*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/48/phantasie-ist-gefragt> [zuletzt geprüft 3.11.2018]
- Klingst, Martin. *Auf schmalem Grat*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/39/auf-schmalem-grat> [zuletzt geprüft 4.11.2018]
- Klingst, Martin: *Die Tücken der Praxis*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/21/die-tuecken-der-praxis> [zuletzt geprüft 22.10.2018]
- Klingst, Martin: *Mehr über die Not sprechen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/47/mehr-ueber-die-not-sprechen> [zuletzt geprüft 7.11.2018]
- Klingst, Martin. *Neuer Terror*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/50/neuer-terror> [zuletzt geprüft 4.11.2018]
- Klingst, Martin: *Sendepause für Tarzan*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/38/sendepause-fuer-tarzan> [zuletzt geprüft 4.11.2018]
- Koisser, Walter. *Recht muss auch Gerechtigkeit schaffen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/21/recht-muss-auch-gerechtigkeit-schaffen> [zuletzt geprüft 22.10.2018]
- Kostede, Norbert: *Der Ausländer als Verbrecher*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/26/der-auslaender-als-verbrecher> [zuletzt geprüft 7.11.2018]
- Kostede, Norbert: *Der Wind dreht auf*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/16/der-wind-dreht-auf> [zuletzt geprüft 17.10.2018]
- Kostede, Norbert: *Erleuchtung für die Politik*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/05/erleuchtung-fuer-die-politik> [zuletzt geprüft 7.11.2018]
- Kruse, Kuno; Scheytt, Stefan; Schweben, Michael: *Krieg ist kein Asylgrund*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/29/krieg-ist-kein-asylgrund> [zuletzt geprüft 19.10.2018]
- Kurbjuweit, Dirk: *Frieden mit aller Gewalt*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/06/friede-mit-aller-gewalt> [zuletzt geprüft 7.11.2018]
- Leicht, Robert: *Anschlag auf die Republik*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/36/anschlag-auf-die-republik> [zuletzt geprüft 3.11.2018]
- Leicht, Robert: *Eine Kapitulation, kein Kompromiss*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/51/eine-kapitulation-kein-kompromiss> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Mainka, Iris: *'Wer soll helfen, wenn nicht wir?'* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/17/wer-soll-helfen-wenn-nicht-wir> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

Marx, Katja: *Feuerprobe bestanden.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/02/feuerprobe-bestanden> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

Maußhardt, Philipp: *Die Albaner bleiben.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/11/die-albaner-bleiben> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

Müller, Albrecht: *Eintritt nur mit Schusswunden?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/30/eintritt-nur-mit-schusswunden> [zuletzt geprüft 19.10.2018]

Ogata, Sadako: *Draußen vor Europas Tür.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/31/draussen-vor-europas-tuer> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

Pahlke, Dieter: *Schöne Theorie der kurzen Wege.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/44/schoene-theorie-der-kurzen-wege> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

Pelinka, Peter: *Häßliche Deutsche.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/28/haessliche-deutsche> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

Prüss, Jens: *Stammtisch befiehl, wir folgen!* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/45/stammtisch-befiehl-wir-folgen> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

Reich, Jens: *Was heißt schon 'politisch'?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/15/was-heisst-schon-politisch> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Schmalz-Jacobsen, Cornelia: *Leib und Leben.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/49/leib-und-leben> [zuletzt geprüft 4.11.2018]

Schmid, Klaus-Peter: *Europa wird zur Festung ausgebaut.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/24/europa-wird-zur-festung-ausgebaut> [zuletzt geprüft 2.11.2018]

Schueler, Hans: *Asylrecht auf kleinstem Nenner?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/20/asylrecht-auf-kleinstem-nenner> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

Schueler, Hans: *Das Asylrecht aus den Angeln heben.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/06/das-asylrecht-aus-den-angeln-heben> [zuletzt geprüft 17.10.2018]

Schueler, Hans: *Wer darf Deutscher sein?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1993/07/wer-darf-deutscher-sein> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

Sommer, Theo: *Nackenschlag zur Wiederbelebung.* Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/1992/16/nackenschlag-zur-wiederbelebung> [zuletzt geprüft 3.11.2018]

Sommer, Theo: *Wenn Worte nicht mehr reichen.* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/34/wenn-worte-nicht-mehr-reichen> [zuletzt geprüft 11.11.2018]

Steinherr, Alfred: *Wenn Yusuf Deutscher wird.* Online verfügbar unter

<https://www.zeit.de/1993/09/wenn-yusuf-deutscher-wird> [zuletzt geprüft 22.10.2018]

Stock, Ulrich: *Das traurige Wort von der Zumutbarkeit*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/06/das-traurige-wort-von-der-zumutbarkeit> [zuletzt geprüft 14.10.2018]

Witter, Ben: *Angetippt*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1992/16/angetippt> [zuletzt geprüft 7.11.2018]

Ziegler, Philip. *Was wurde aus den Flüchtlingen der Neunziger?* Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2016-09/integration-fluechtlinge-arbeitsmarkt-deutschland-diw-studie> [zuletzt geprüft am 14.10.2018]

## 8.2 SPIEGEL-Aufsätze

Beck, Ulrich: *Biedermänner und Brandstifter*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680768.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *700 Tipps zur Empörung*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690650.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Aktion Ungehorsam*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691698.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Alles blödes Geschreie'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689555.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *An die Wand*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681459.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Anfang der Todesspur'* Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681826.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Angst vor dem Volkszorn*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690993.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Anklang an Weimar*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690531.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Anschreiben lassen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692721.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Asyl: Legal, illegal, rektal*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691801.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Asyl: So schlimm nicht*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691930.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Bis ins letzte Negerdorf'*. Online verfügbar unter

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687826.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Bonn stoppt Hilfsgüter*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690254.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Bosnier zahlen Kriegssteuer*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690333.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Da hört die Christlichkeit auf'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680096.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Das alles nervt total'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680916.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Das Geschäft mit dem Asyl*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687041.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Das Grundrecht*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9288850.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Das ist der neue Adel'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687917.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Das ist der Staatsstreich'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680374.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Das ist politische Justiz'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681777.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Der glatte Wahnsinn'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680481.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Deutsche Adresse ohne Problem'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688121.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Die Armen sind solidarischer'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679883.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Die Bahn muss zahlen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687095.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Die Lage ist dramatisch*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855268.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Die Nazi-Kids*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1992-50.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Die Seele des Volkes verbogen'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691507.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Dieses Land wird unregierbar'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681808.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Donner und Granaten*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692111.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Eine Million auf dem Sprung'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689417.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Eine zweite Katastrophe'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682062.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Ernstes Zeichen an der Wand'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689982.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Erwartungen dämpfen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688703.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Es gibt einen Riesenkrach'* Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693797.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Es gibt kein Zurück'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683620.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Flucht vor dem Bürgerkrieg*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690444.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Früher war hier ein Blumenmeer'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681535.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Gedächtnis mit Lücken*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691111.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Gegen Schutz von Minderheiten*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693214.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Gemischte Gefühle*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690800.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Göttliche Hände*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690777.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Grenzen des Erträglichen'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682159.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Hier herrscht seit '33 Diktatur'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680816.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *„Hier ist jedes Loch besetzt.“* Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681388.html> [zuletzt geprüft 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Mörder von Rechts*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1992-49.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Neuer Vorhang*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687861.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Nimm deinen Karenztag'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689809.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Noch viel zu wenig'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688255.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Notfalls neue Wege*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691247.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Null in der Masse*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690663.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Nun mal an das Gesetz gebunden'* Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680382.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Rücksichtnahme unmöglich*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685887.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Salto in Bonn*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688514.html> [zuletzt geprüft am 21.12.2018]

DER SPIEGEL: *Schlag in den Napf*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688924.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Schöne Zeiten für Schlepper*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690527.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Schreckgespenst für Europa'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689421.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Schweinchen Schlau*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680723.html> [zuletzt geprüft 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Seelisch fertig*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690211.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Sie kommen, ob wir wollen oder nicht'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687823.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Sieg Heil*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691267.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Sinti und Roma nach Bonn*. Online verfügbar unter

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690102.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Sportlicher Ehrgeiz*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691118.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Steine statt Brot*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691121.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Stimmung hochkochen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690095.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Theoretisch die meisten*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685310.html> [zuletzt geprüft 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Tips zum Verfassungsbruch*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680756.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Transit im Frachthof*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690120.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Wie viele Ausländer*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9277750.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Wie vom Fließband*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690982.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Wieder freie Betten*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691953.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *'Wo sind wir denn noch Menschen?'* Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689195.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Zirndorf arbeitet schneller*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688786.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

DER SPIEGEL: *Zügig überholt*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682465.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Foerster, Uly und Müller von Blumencron, Mathias: *'Die haben richtig Angst'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679763.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Hogrefe, Jürgen: *'Wir kriegen einen Aufstand'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681527.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Jakobs, Hans-Jürgen: *'Greifen Sie endlich ein'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681252.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Kronawitter, Georg: *'Die flotten Enkel und die Toskana'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679441.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Lamprecht, Rolf; Lersch, Paul: *'Ein gefährliches Spiel'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681145.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Palmer, Hartmut: *Die geklaute Demo*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681107.html> [zuletzt geprüft am 20.12.2018]

Schröder, Gerhard: *'Wir brauchen Zuwanderer'*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681678.html> [zuletzt geprüft 20.12.2018]

## 9. Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Ort, Datum

Unterschrift